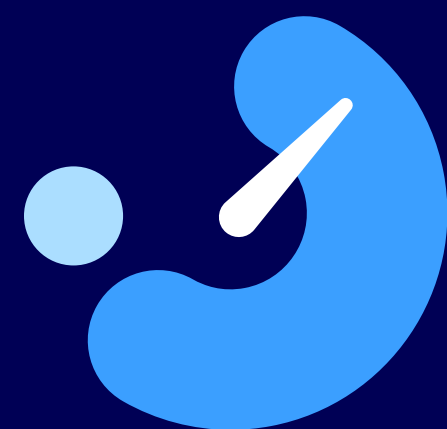
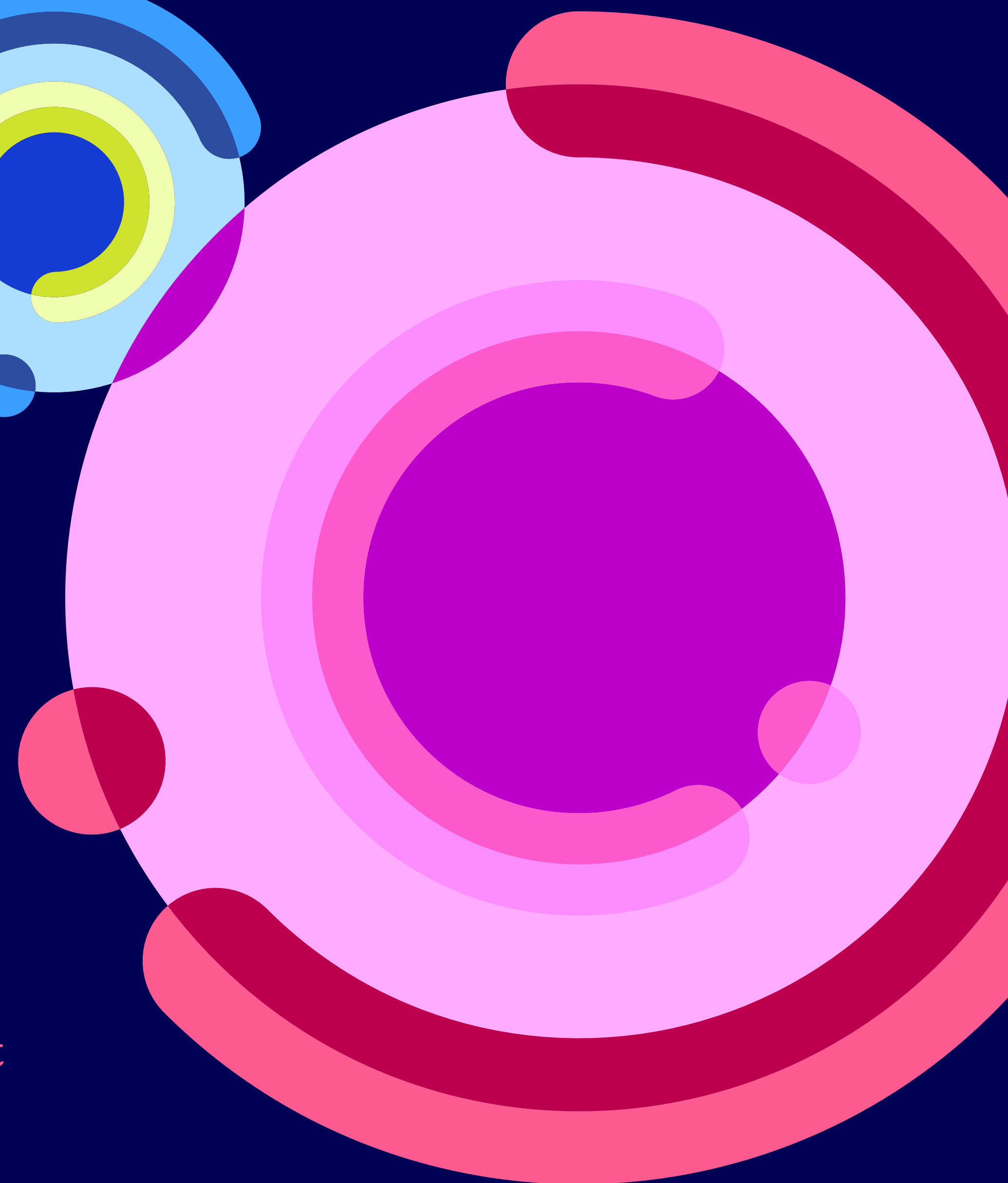
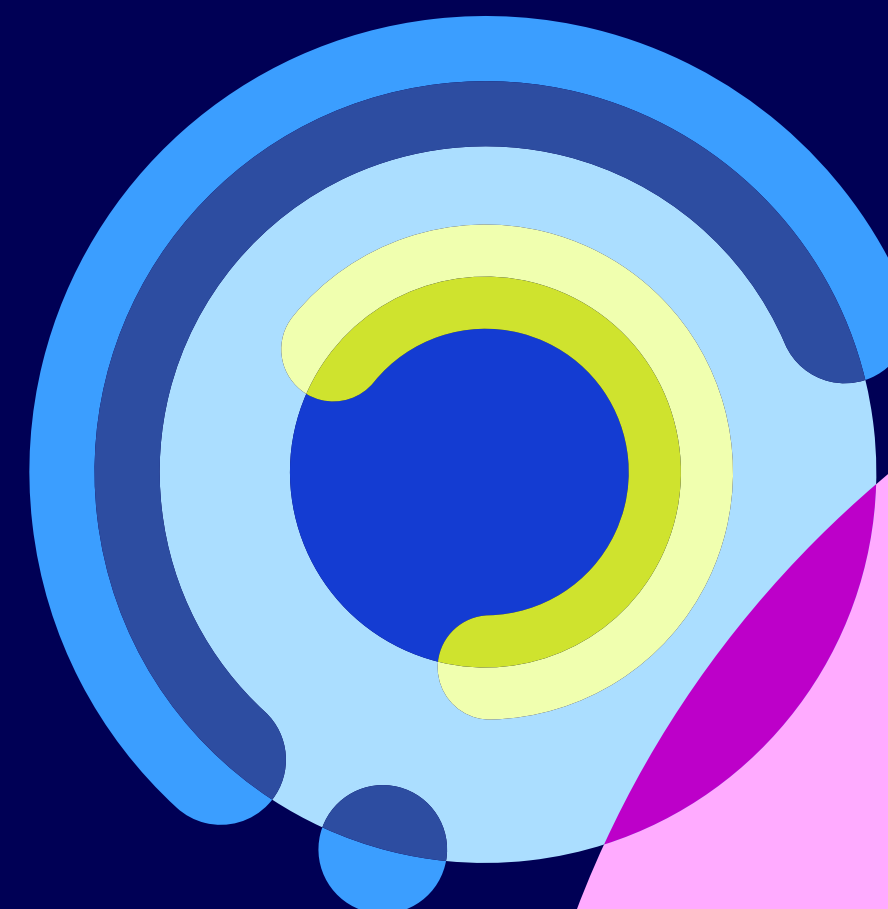
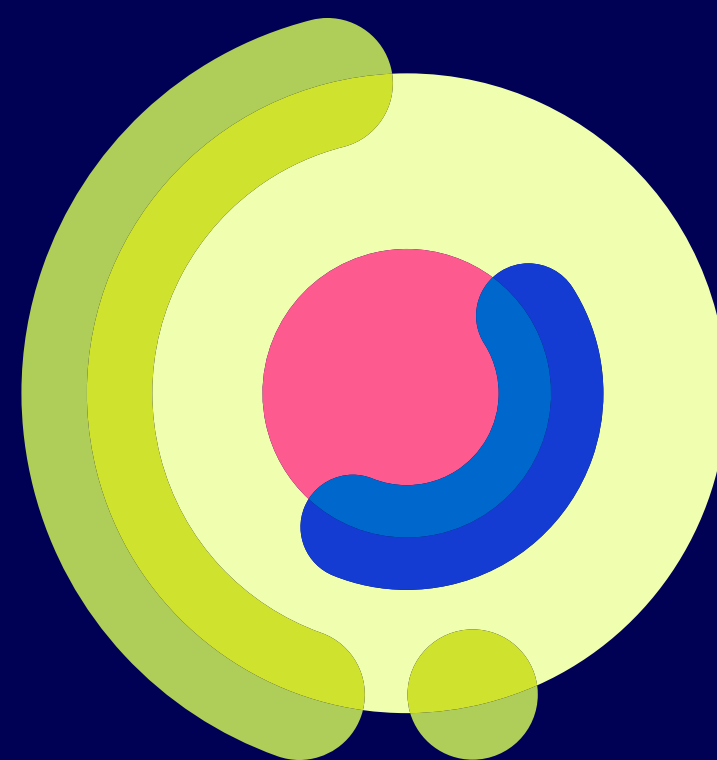




Soziales
Nachhaltigkeitsbarometer
der Transformation



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation: Jahresbericht 2026

Wie unsere Gesellschaft auf den nachhaltigen Wandel blickt

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

August 2026

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0

www.bertelsmann-stiftung.de

Autorinnen und Autoren

Benita Ebersbach

Jean-Henri Huttarsch

Miriam Körfer

Anne Meisiek

Luisa Schulze Marquarding

Zitationshinweis

Ebersbach, B., Huttarsch, J.-H., Körfer, M., Meisiek, A. & Schulze Marquarding, L. (2026). Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation: Jahresbericht 2026. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Lektorat

Rudolf Jan Gajdacz

Gestaltung

FORMBA GmbH, Hamburg

www.formba.de

DOI 10.11586/2026120

Bildnachweise

Seite 5: © Nadine Stenzel Photography

Seite 6, links: © Ansichtssache Britta Schröder

Seite 6, rechts: © Kai Uwe Oesterhelweg

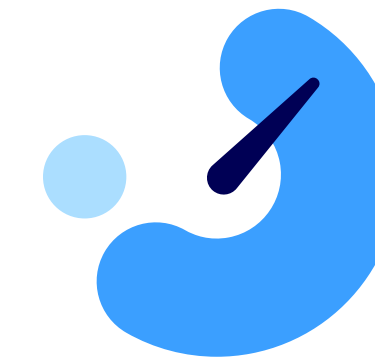
Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden Personenbezeichnungen größtenteils in weiblicher und männlicher Form verwendet. Gemeint sind stets Menschen aller Geschlechter.

Lizenz

Der Text und die Grafiken dieser Publikation sind lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung – Share Alike 4.0 International Lizenz (CC-BY-SA 4.0). Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

Davon ausgenommen sind alle Porträtfotos und Logos, sie unterfallen nicht der oben genannten CC-Lizenz.



Soziales
Nachhaltigkeitsbarometer
der Transformation

Inhalt

Über uns	4
Vorworte	5
Executive Summary	7
Einleitung	9

1	Aktuelle klimapolitische Debatten und Einstellungen	10
1.1	Klimawandel: Ursachen, Folgen und Besorgnis	11
1.2	Politik zwischen Ermöglichung und Steuerung	12
1.3	Wachstumsnarrative und Diskurse der Verzögerung	13
1.4	Bewertung politischer Entscheidungsprozesse	14

2	Finanzierung der Transformation	15
2.1	Wie soll Klimaschutz künftig finanziert werden?	16
2.2	Mittelverwendung – Wofür soll das Geld eingesetzt werden?	18
2.3	Sondervermögen: Echter Konjunkturbooster oder leeres Versprechen?	19

3	Die Wenden im Vergleich	20
3.1	Befürwortung der Transformation und Umsetzungsbewertung im Zeitverlauf	22
3.2	Energie-, Verkehrs- und Wärmewende im Vergleich	24
3.3	Wirtschaftliche Auswirkungen der Wenden im Detail	25
3.4	Politische Zielsetzungen der Wenden	26

4	Transformation im Alltag: Investitionen, Verhalten und lokale Akzeptanz	28
4.1	Handlungsbereitschaft in der Energiewende	29
4.2	Infrastruktur mittragen: Die Energiewende vor Ort	30
4.3	Handlungsbereitschaft in der Verkehrswende	31
4.4	Handlungsbereitschaft in der Wärmewende	32

Fazit	34
Methodik	35

Über uns

Das **Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation** ist ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung und des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit am GFZ (RIFS).

Die **Bertelsmann Stiftung** ist eine 1977 von Reinhard Mohn gegründete, gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Gütersloh, die sich mit ihrer Arbeit für gesellschaftliche Teilhabe einsetzt.

| Bertelsmann**Stiftung**

Am **Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ** (Research Institute for Sustainability, RIFS) werden Entwicklungspfade für die globale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft erforscht, aufgezeigt und unterstützt. Das Institut ist an das GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung angebunden und damit Teil der Helmholtz-Gemeinschaft.



HELMHOLTZ

Vorwort



Dr. Franziska Mey

Krisen und Wandel zählen gegenwärtig zu den prägendsten Schlagworten in der öffentlichen Debatte. Die durch geopolitische Konflikte ausgelöste Energiekrise(n) sowie die fortschreitende Klimakrise beeinflussen zunehmend individuelle Alltagserfahrungen. Zudem ist die Bewältigung der Klimakrise zu einem zentralen Imperativ der gesellschaftlichen Transformation geworden und weist auf die Notwendigkeit weitreichender Veränderungen in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens hin. Mit dem Ziel Deutschlands, bis 2045 klimaneutral zu werden, gewinnen die Veränderungen zunehmend an Dringlichkeit. Elemente der Abkehr von fossilen Energieträgern und der Umstieg auf erneuerbare Energien wird für alle Bürgerinnen und Bürger deutlich präsenter – sei es durch den Ausbau von Windenergie- und Solar-Anlagen vor Ort, die größer werdende Anzahl von Elektroautos auf deutschen Straßen oder Umstellungen in der Wärmeversorgung.

Gleichzeitig lässt sich in manchen Bevölkerungsgruppen ein schwindendes Vertrauen in öffentliche Institutionen beobachten und die Schwierigkeit der Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenses steigt. Die Polarisierung im öffentlichen Diskurs über wesentliche Maßnahmen – Stichwort „Heizungsgesetz“ – vermittelt den Eindruck, dass die gesellschaftliche Entwicklung zunehmend zentrifugalen Kräften unterliegt. Bestimmte Zielkonflikte treten offener zutage und sind vermehrt mit Fragen sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe verknüpft. In der Tat setzt die Durchführung dieses gesamtgesellschaftlichen Transformationsprojekts in einem demokratischen System auf die Unterstützung und aktive Mitwirkung der Bevölkerung. Es reicht nicht aus, eine stillschweigende Zustimmung zu antizipieren, denn die Veränderungen müssen mitgetragen werden und mehrheitsfähig sein.

Wie sieht es also vor diesem Hintergrund mit der Zustimmung zu den Zielen und Maßnahmen des Klimaschutzes und der Bereitschaft zur Mitwirkung an diesen Maßnahmen aus?

Um dieser Frage nachzugehen, führen das Research Institute for Sustainability (RIFS) am GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung und die Bertelsmann Stiftung das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation durch. Anknüpfend an die vom Institute for Advanced Sustainability Studies (Name des RIFS bis 2023) zwischen 2017 und 2023 jährlich durchgeführten Umfragen werden in dieser deutschlandweiten Erhebung Perspektiven der Bevölkerung auf die Energie-, Verkehrs- und Wärme-wende erhoben.

In unserer Langzeitstudie spiegeln sich die oben angesprochenen gesellschaftlichen Trends wider. Es wird deutlich, dass die Bevölkerung die mit der Transformation verbundenen Zielkonflikte durchaus wahrnimmt und insgesamt ein differenziertes Verständnis für die Herausforderungen des Wandels mitbringt. Dabei ist hervorzuheben, dass der Klimawandel von einer Mehrheit der Bevölkerung weiterhin als eine ernste Bedrohung angesehen wird. Allerdings sinkt das Vertrauen in die politische Fähigkeit, notwendige Maßnahmen erfolgreich und sozial gerecht umzusetzen. Dieser Befund dominiert viele der Bewertungen und kann nicht anders als ein deutliches Warnsignal an die Politik interpretiert werden. Gleichwohl bieten die Einzelergebnisse noch viel Analyse- und Diskussionspotenzial.

**Prof. Dr. Doris Fuchs, Institutsleitung, und
Dr. Franziska Mey, Forschungsgruppenleitung**
Research Institute for Sustainability (RIFS)



Prof. Dr. Doris Fuchs

Vorwort | BertelsmannStiftung



Frank Frick

Als Bertelsmann Stiftung setzen wir uns für eine Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft ein. Unser Ziel ist eine klimaneutrale und ressourcenschonende Wirtschaft, die wettbewerbsfähig ist und soziale Teilhabe ermöglicht. Der Erfolg der Nachhaltigkeitstransformation hängt dabei maßgeblich von der Frage ab, inwiefern politische Maßnahmen in der Gesellschaft auf Akzeptanz stoßen oder nicht. Daher war es uns als Bertelsmann Stiftung ein besonderes Anliegen, gemeinsam mit dem Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ (RIFS) das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer als umfassende Erhebung der gesellschaftlichen Erwartungen, Sorgen und Hoffnungen rund um die Nachhaltigkeitstransformation fortzuführen und zu erweitern.

Die neuen Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers zeigen einen bemerkenswerten Befund: Auch in einer Zeit multipler Krisen besteht in Deutschland weiterhin ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen und dafür gezielte politische Maßnahmen zu ergreifen. Die Gesellschaft stellt die Relevanz der Nachhaltigkeitstransformation nicht grundsätzlich infrage. Im Zentrum der Debatte steht nicht die Legitimität der Transformation, sondern deren konkrete Ausgestaltung.

Dabei wird deutlich, dass sich viele Menschen zunehmend mit ökonomischen Belastungen konfrontiert sehen oder eine Einschränkung ihrer materiellen Lebensgrundlagen befürchten. Daher muss die Nachhaltigkeitstransformation insbesondere vor dem Hintergrund sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und wirtschaftlicher Sorgen gedacht werden.

Im Zuge aktueller Debatten über knappe öffentliche Haushaltsmittel und notwendige Konsolidierungsmaßnahmen gewinnt zudem die Frage nach einer tragfähigen und effizienten Finanzierung der Nachhaltigkeitstransformation an Bedeutung. Trotz verhaltener Wirtschaftsaussichten fordert eine Mehrheit höhere

staatliche Klimaschutz Ausgaben. Dabei sehen die Menschen jedoch eine zentrale Herausforderung darin, eine faire Lastenverteilung sicherzustellen. Auch die Frage der Transparenz und Wirksamkeit ergriffener Maßnahmen erweist sich als zentrale Bedingung für die gesellschaftliche Legitimation des Wandels.

Die Nachhaltigkeitstransformation ist eine gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe von historischer Tragweite. Ihr Gelingen setzt voraus, dass ökologische Erfordernisse, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt gleichermaßen berücksichtigt werden. Wo Wandel nachvollziehbar gestaltet, Teilhabe ermöglicht und Perspektiven eröffnet werden, entsteht Vertrauen. Und Vertrauen wiederum ist die unverzichtbare Grundlage für die Bereitschaft, Veränderungen mitzutragen und Zukunft gemeinsam zu gestalten. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Transformation ist kein nachgelagerter Erfolgsfaktor, sondern eine ihrer wesentlichen Voraussetzungen. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, den notwendigen Wandel wirksam, gerecht und gemeinsam zu gestalten.

Mit dem Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer wollen wir hierzu einen Beitrag leisten und der Politik wichtiges Orientierungswissen im Kontext konkreter Reformentscheidungen an die Hand geben. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

D. Schraad-Tischler *F. Frick*

Dr. Daniel Schraad-Tischler und Frank Frick,
Direktoren Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Bertelsmann Stiftung



Dr. Daniel Schraad-Tischler

Executive Summary

Breites gesellschaftliches Mandat für Klimaschutz besteht weiterhin - Zustimmung und Dringlichkeit nehmen jedoch ab

In Deutschland ist die Unterstützung für Klimaschutz weiterhin hoch. 80% der Bevölkerung äußern Besorgnis über die Folgen des Klimawandels. Dies zeigt sich auch darin, dass absolute Mehrheiten die auch in Deutschland spürbaren, gravierenden Folgen des Klimawandels anerkennen. Nur etwa jede zehnte Person (11%) zweifelt am menschengemachten Ursprung des Klimawandels. Die Dringlichkeit, mit der die Bevölkerung den Klimawandel bewertet, nimmt im Zeitverlauf jedoch ab: Im Vergleich zu 2021 sinkt die akute Besorgnis um rund 7 Prozentpunkte. Auch die Zustimmung zu klimapolitischen Maßnahmen ging in diesem Zeitraum leicht zurück. Trotz dieser Entwicklung besteht weiterhin ein breites, mehrheitliches gesellschaftliches Mandat für die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende. Die einzelnen Wenden werden von 50 bis 60 % befürwortet und 52 bis 58 % fordern weitere Maßnahmen für deren Fortschritt.¹

Wirtschaftliche Sorgen gehen mit einer geringeren Wahrnehmung der Dringlichkeit des Klimawandels einher

Die angespannte Wirtschaftslage und die gesellschaftliche Klimawandelsorge sind eng miteinander verknüpft. Menschen, die die wirtschaftliche Lage in Deutschland als angespannt bewerten, äußern deutlich seltener Sorgen vor dem Klimawandel. Die wirtschaftliche Lage wird mehrheitlich als (eher) schlecht eingeschätzt (56%). Dementsprechend könnten bei der Betrachtung des nachhaltigen Wandels zunehmend Faktoren, die den eigenen Geldbeutel und gesellschaftlichen Wohlstand betreffen, in den Fokus genommen sowie Kosten, Nutzen und Risiken gegeneinander abgewogen werden. Sorgen vor persönlichen finanziellen Einbußen, gesamtwirtschaftlichen Nachteilen und sozialer Spaltung sind verbreitet. Diese Sorgen könnten dabei einerseits Argumente gegen ambitionierteres Handeln anschlussfähiger machen (sogenannte „Verzögerungsdiskurse“) und die individuelle Verän-

Durchschnittlich
56 %
fordern über Energie-,
Verkehrs- und Wärme-
wende hinweg weitere
Maßnahmen

derungsbereitschaft und Akzeptanz politischer Maßnahmen hemmen. Allerdings dominiert beim Verhältnis der Relevanz von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum bei politischem Handeln keine klare Entweder-oder-Haltung: Eine absolute Mehrheit wertet sie als relativ gleichrangige Ziele (52 %).

Die Bevölkerung erwartet staatliche Investitionen und eine angemessene Steuerung durch fördernde und ermöglichende politische Rahmensetzung

Die Bevölkerung bewertet die (ökologische) Transformation nicht als individuelle, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der dem Staat eine zentrale, steuernde Rolle zugeschrieben wird. Dies zeigt sich sowohl in der Unterstützung für höhere Klimaschutzausgaben (54%) als auch in der Notwendigkeit des Ausbaus klimaneutraler öffentlicher Infrastruktur (79%), in der grundsätzlichen Zustimmung zu Preissignalen, die nachhaltiges Verhalten attraktiver machen (61%), und beim Bedarf staatlicher Vorgaben und Regeln (49%). Nur eine Minderheit (29%) ist der Meinung, dass Klimaschutz eine rein individuelle Aufgabe sein sollte. Die Zustimmung zu einer aktiven Rolle des Staates scheint jedoch an Erwartungen geknüpft zu sein: bezahlbare Alternativen, gezielte Förderung, verlässliche Infrastruktur und eine faire Verteilung von Lasten. Bei vielen individuellen Investitionsentscheidungen, die Vorteile auch im Alltag erlebbar machen können – etwa Gebäudemodernisierung, Energieeffizienz oder Photovoltaik – ist Bereitschaft vorhanden, sie wird aber häufig durch finanzielle Hemmnisse begrenzt.

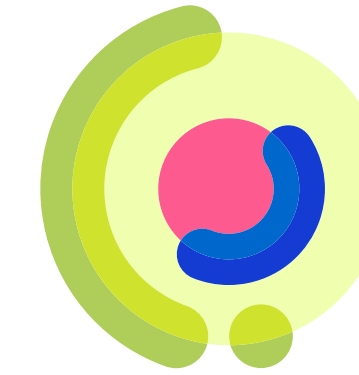
Vertrauens- und Umsetzungskrise als eine zentrale Schwachstelle

Die Umsetzung der Energiewende wird von einer Mehrheit als unverständlich (56%), teuer (64 %) und bürgerfern (63 %) bewertet: fast vier von zehn Personen zweifeln zudem an deren Wirksamkeit (37 %). Diese Kombination birgt Risiken für das Vertrauen in politische Akteure sowie für den langfristigen Erfolg der Transformation. Damit korrespondiert, dass das Vertrauen in die Bundesregierung niedrig ist: 55 % der Bevölkerung geben fehlendes oder mangelhaftes Vertrauen an, dass die Bundesregierung bei der Gestaltung des nachhaltigen Wandels im Interesse der Allgemeinheit handle. Gleichzeitig werden die Transparenz von Entscheidungen in der Klimapolitik sowie faire Beteiligungsmöglichkeiten und Berücksichtigung von Bevölkerungsinteressen von

rund drei Vierteln der Menschen (eher) schlecht eingeschätzt (73 bis 76%). Dies schlägt sich auch in der Bewertung konkreter Maßnahmen nieder: Wo Informationsstand und Vertrauen gering sind, werden politische Vorhaben kritisch bewertet. Dies zeigt sich beispielhaft in der Bewertung des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität. Die damit einhergehenden politischen Ziele werden insbesondere unter denjenigen kritisch bewertet, die sich ohnehin nicht ausreichend informiert gefühlt oder wenig Vertrauen in die Bundesregierung haben.

Wirtschaftliche Sinnhaftigkeit, Beteiligungsmöglichkeiten und damit verbesserte Umsetzungswahrnehmung als Hebel

Trotz zunehmender gesellschaftlicher Skepsis deuten die Ergebnisse darauf hin, dass weiterhin Ansatzpunkte bestehen, um – anknüpfend an die nach wie vor mehrheitliche Unterstützung staatlichen Handelns – die rückläufige Zustimmung und das sinkende Vertrauen zu adressieren. Eine Möglichkeit ist beispielsweise die Beteiligung der Bevölkerung an der Energiewende: Der Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort ist bereits mehrheitlich akzeptiert: Sechs von zehn Personen (58 %) befürworten Windanlagen im Wohnumfeld, bei PV-Anlagen auf Freiflächen sind mehr als zwei Drittel (69 %) dafür. Ungefähr ein Drittel der Gegnerinnen und Gegner von Windanlagen gibt an, sich wiederum entweder durch prozedurale oder finanzielle Beteiligung umstimmen zu lassen. Ein weiterer möglicher Ansatzpunkt könnte sein, die Transformation stärker über ihre potenziellen wirtschaftlichen Chancen zu vermitteln. Bei der Energiewende halten sich positive und negative Erwartungen hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen etwa die Waage (jeweils 30 %), während der erhebliche Teil der noch Unentschiedenen die strategische Schlüsselgruppe für die Formierung stabiler gesellschaftlicher Mehrheiten bildet. Entscheidend ist schließlich eine Transformationspolitik, die persönliche, politische und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten und wirtschaftliche Tragfähigkeit zusammendenkt und damit hilft, Kosten und Nutzen der Transformation gerechter zu verteilen.



Einleitung

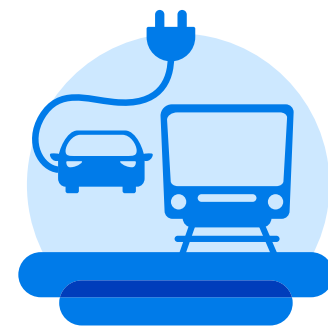
Einleitung

Die Transformation zu einer nachhaltigeren Gesellschaft prägt zunehmend Politik, Wirtschaft und Alltag in Deutschland. Zusätzliche Dringlichkeit erhält dieser Wandel durch das Ziel der Klimaneutralität, das insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr und Wärme tiefgreifende Veränderungen erforderlich macht. Mit der Nachhaltigkeitstransformation sollen Umwelt und Klima geschützt und zugleich ein gutes Leben für heutige und zukünftige Generationen ermöglicht werden. In einer Demokratie kann dies jedoch nur gelingen, wenn die Erwartungen und Sorgen der Bevölkerung berücksichtigt werden und der Wandel mehrheitlich mitgetragen wird. Das **Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation** setzt genau an dieser Stelle an: anhand wiederholter repräsentativer Bevölkerungsumfragen ermöglicht es ein detailliertes Verständnis der Sicht unserer Gesellschaft auf den nachhaltigen Wandel. Dabei wird soziale Nachhaltigkeit als positives Leitbild verstanden, das aus fünf Dimensionen besteht. Transformationen sind demnach dann sozial nachhaltig, wenn ...

- in der Bevölkerung **Akzeptanz** besteht, d.h. wenn transformationspolitische Ziele und Maßnahmen auf Zustimmung stoßen oder zumindest als hinnehmbar gelten, lokale Vorhaben mitgetragen werden und Menschen bereit sind, entsprechende Verhaltensänderungen vorzunehmen.
- **prozedurale Beteiligung** ermöglicht wird, d.h. wenn Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden, sie reale Mitsprachemöglichkeiten haben und sich als politisch selbstwirksam erleben.
- **gesellschaftlicher Zusammenhalt** erhalten und gestärkt wird, d.h. wenn Vertrauen in zentrale Akteure besteht, gesellschaftliche Konflikte begrenzt bleiben und gemeinsame Normen sowie soziale Verbundenheit gefördert werden.



Energiewende



Verkehrswende



Wärmewende

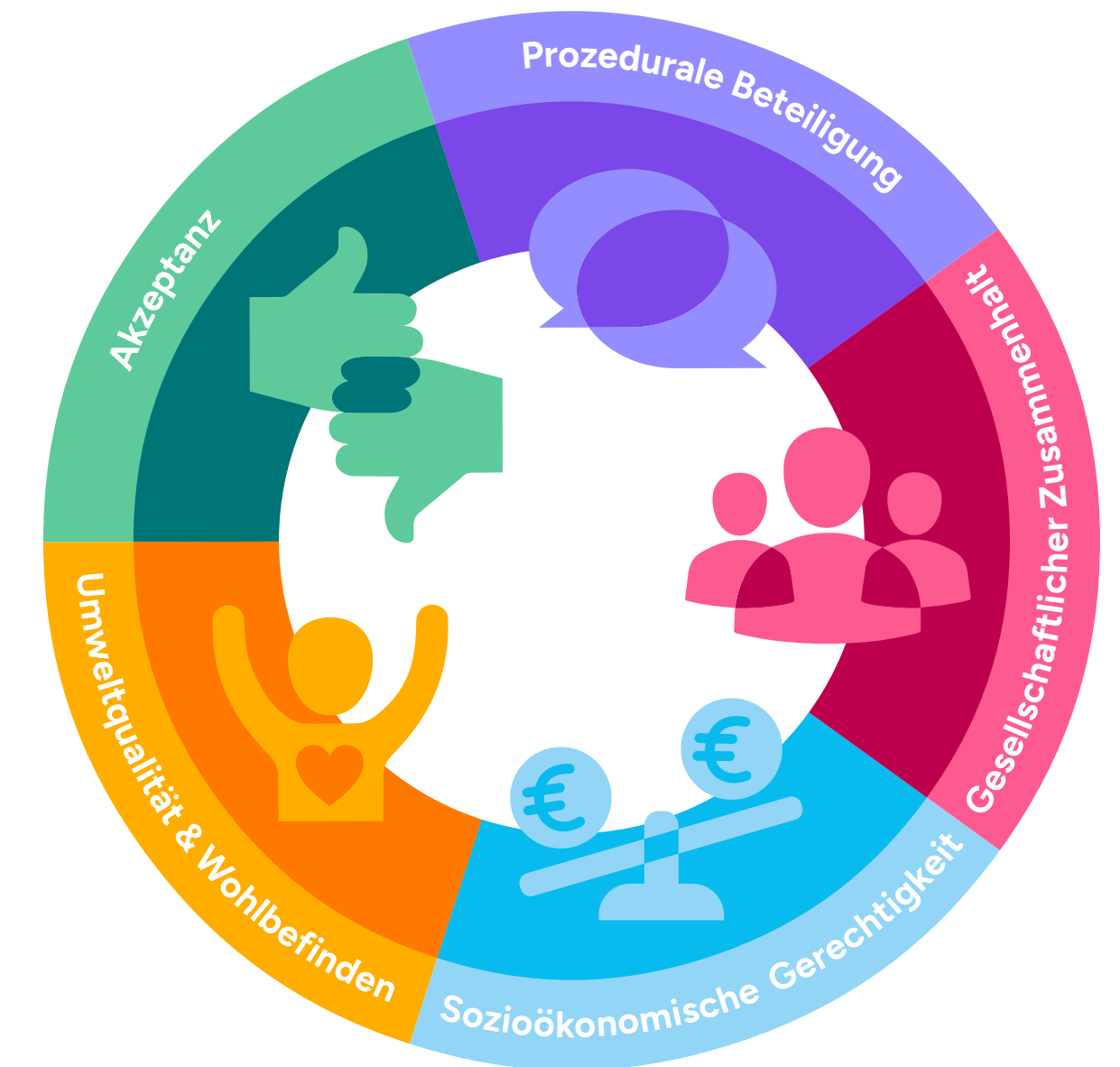
- **sozioökonomische Gerechtigkeit** gewährleistet ist, d.h. wenn wirtschaftliche Belastungen tragbar bleiben, die Verteilung von Kosten und Nutzen als fair wahrgenommen wird und der Zugang zu zentralen Ressourcen wie Energie und Mobilität gesichert ist.
- **Umweltqualität und Wohlbefinden** sichergestellt werden, d.h. wenn natürliche und gebaute Umwelt als lebenswert wahrgenommen werden, Umwelt- und Gesundheitsbelastungen gering sind und das Wohlbefinden der Bevölkerung erhalten oder verbessert wird.

Diese Dimensionen geben Orientierung, welche Aspekte zusammenkommen müssen, um sozialverträgliche sowie faire Lösungen für die Umsetzung zu finden und somit den Transformationsprozess an den Vorstellungen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger zu orientieren. Die Nachhaltigkeitstransformation greift tief in gesellschaftliche Strukturen und den Alltag der Menschen ein. Wie die dafür notwendigen Ressourcen bereitgestellt, eingesetzt und verteilt werden, ist daher eine zentrale Anschlussfrage, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Debatten rund um den Staatshaushalt, notwendige Einsparungen und Investitionen.

Die Transformation ist also nicht nur eine Frage technologischer Innovation oder politischer Zielsetzungen, sondern auch eine der Finanzierung. Denn der nachhaltige Wandel erfordert Investitionen – und diese müssen finanziert, organisiert und die Kosten fair verteilt werden. Dabei stellen sich grundlegende Fragen nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates, nach geeigneten Finanzierungsquellen und nach dem Verhältnis von öffentlicher Förderung und individueller Beteiligung. Ebenso zentral ist die Frage, welche Investitionen prioritär sind, nach welchen Kriterien Lasten zwischen gesellschaftlichen Gruppen verteilt werden und welche Finanzierung von der deutschen Bevölkerung präferiert wird. Mit diesen grundlegenden Fragen der Transformationsfinanzierung setzt sich das diesjährige Barometer vertieft auseinander (vgl. Kapitel 3).

Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation ist ein gemeinsames Projekt der **Bertelsmann Stiftung** und des **Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit am GFZ** (Research Institute for Sustainability, RIFS). Im Rahmen einer bundesweit repräsentativen

Panelbefragung werden in einjährigem Abstand die Einstellungen, Bewertungen und Erwartungen von etwa 6.500 Personen zum nachhaltigen Wandel umfangreich erhoben. Neben allgemeinen Fragen zu Transformation und Klimapolitik sind zentrale Themenfelder der Umbau unseres Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien (**Energiewende**), der Umstieg auf umweltfreundliche Mobilität (**Verkehrswende**) und die energetische Sanierung und klimafreundliche Wärmeversorgung von Gebäuden (**Wärmewende**). Neben der generellen Unterstützung für grundlegende Ziele und Strategien wird auch spezifisch nach der politischen Ausgestaltung und Umsetzung, nach konkreten Maßnahmen und nach den Hintergründen für Zustimmung oder Ablehnung gefragt. Die Befragung baut auf den Vorarbeiten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Jahre 2017 bis 2019 und 2021 bis 2023 auf, sodass langfristige Trends und Veränderungen in transformationsrelevanten Einstellungen ergründet werden können. Gleichzeitig wird das Instrument stetig inhaltlich weiterentwickelt, um aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten abzubilden.



Das Rad zeigt die fünf Dimensionen sozial nachhaltiger Transformationen. Weitere Informationen zum Bericht sowie die gesamten Ergebnisse der Befragung können auf unserer Website interaktiv erkundet werden.

soziales-nachhaltigkeitsbarometer.de

Aktuelle klimapolitische Debatten und Einstellungen

Der menschengemachte Klimawandel wird weiterhin anerkannt, während die Besorgnis leicht abnimmt. Wer negativer auf die deutsche Wirtschaft blickt, ist weniger besorgt.

Klimaschutz wird mehrheitlich nicht als individuelle Verantwortung verstanden, sondern soll durch politische Rahmenbedingungen unterstützt oder erst ermöglicht werden.

Klimaschutz wird häufig technologisch gerahmt, Wachstumskritik bleibt randständig. Zugleich sorgen sich viele um Kosten und Belastungen für Schlechtergestellte.

Das Vertrauen in die Bundesregierung ist gering. Politische Entscheidungen sollen hauptsächlich mit der Wissenschaft und direkter Bürgerbeteiligung getroffen werden.

1.1

Klimawandel: Ursachen, Folgen und Besorgnis

Wie Menschen ökologische Probleme wahrnehmen, beeinflusst maßgeblich die gesellschaftliche Unterstützung der Nachhaltigkeitstransformation. Von besonderer Bedeutung ist dabei, ob der Klimawandel anerkannt wird, welche Ursachen ihm zugeschrieben und wie schwerwiegend seine Folgen eingeschätzt werden. Dieses Kapitel untersucht diese Dimensionen der Problemwahrnehmung anhand der Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers.

Breite Anerkennung des Klimawandels bleibt bestehen

Die grundlegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel werden von der Bevölkerung weiterhin breit geteilt. Drei Viertel der Menschen in Deutschland lehnen die Aussage ab, dass der Klimawandel überhaupt nicht stattfindet (75 %).² Gleichzeitig stimmen zwei Drittel sowohl der Aussage zu, dass menschliche Aktivitäten die Hauptursache des Klimawandels sind, als auch, dass er schwerwiegende negative Folgen nach sich ziehen wird (beide 66 %).

Die Ergebnisse zeigen damit, dass die Existenz des Klimawandels und seine anthropogenen – also menschengemachten – Ursachen in Deutschland nach wie vor nur von einer Minderheit infrage gestellt werden. Grundlegende Zweifel am Klimawandel spielen somit für die gesellschaftliche Debatte insgesamt eine vergleichsweise geringe Rolle.

Leichter Rückgang der akuten Sorge vor dem Klimawandel

Trotz dieser breiten generellen Anerkennung des Klimawandels zeigt sich bei mehreren spezifischen Überzeugungen eine leichte Verschiebung. Der Anteil der Menschen, die mit schwerwiegen-

den Folgen des Klimawandels rechnen, ist gegenüber den Vorjahren etwas zurückgegangen. Ähnliches gilt für die Erwartung, dass die eigene Region die Folgen des Klimawandels spürbar erleben werde (in beiden Fällen –7 Prozentpunkte seit 2022). Gleichzeitig stimmen etwas mehr Personen der Aussage zu, dass es noch lange dauern werde, bis die Folgen des Klimawandels spürbar werden (+7 Prozentpunkte seit 2022).

Zwar geben aktuell vier von fünf Menschen (80 %) an, zumindest etwas besorgt zu sein. Der Anteil derjenigen, die sehr oder äußerst besorgt sind, ist jedoch von etwas mehr als der Hälfte der Bevölkerung (54 %) im Jahr 2021 auf weniger als die Hälfte (47 %) zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Personen, die wenig oder gar nicht besorgt sind, im selben Zeitraum von 10 auf 20 % verdoppelt.

Die Daten deuten somit nicht auf einen grundlegenden Wandel der Überzeugungen hin. Vielmehr scheint sich die subjektive Dringlichkeit des Problems etwas abgeschwächt zu haben.

Klimasorge und wirtschaftliche Lage hängen eng zusammen

Besonders aufschlussreich ist der Zusammenhang zwischen Klimawandelsorge und der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Unter Personen, die die wirtschaftliche Situation (eher) positiv bewerten, sind mit zwei Dritteln deutlich mehr über den Klimawandel sehr oder äußerst besorgt (64 %). Umgekehrt finden sich unter denjenigen, die die wirtschaftliche Lage als (eher) schlecht einschätzen, deutlich weniger Menschen mit entsprechenden Sorgen (36 %).

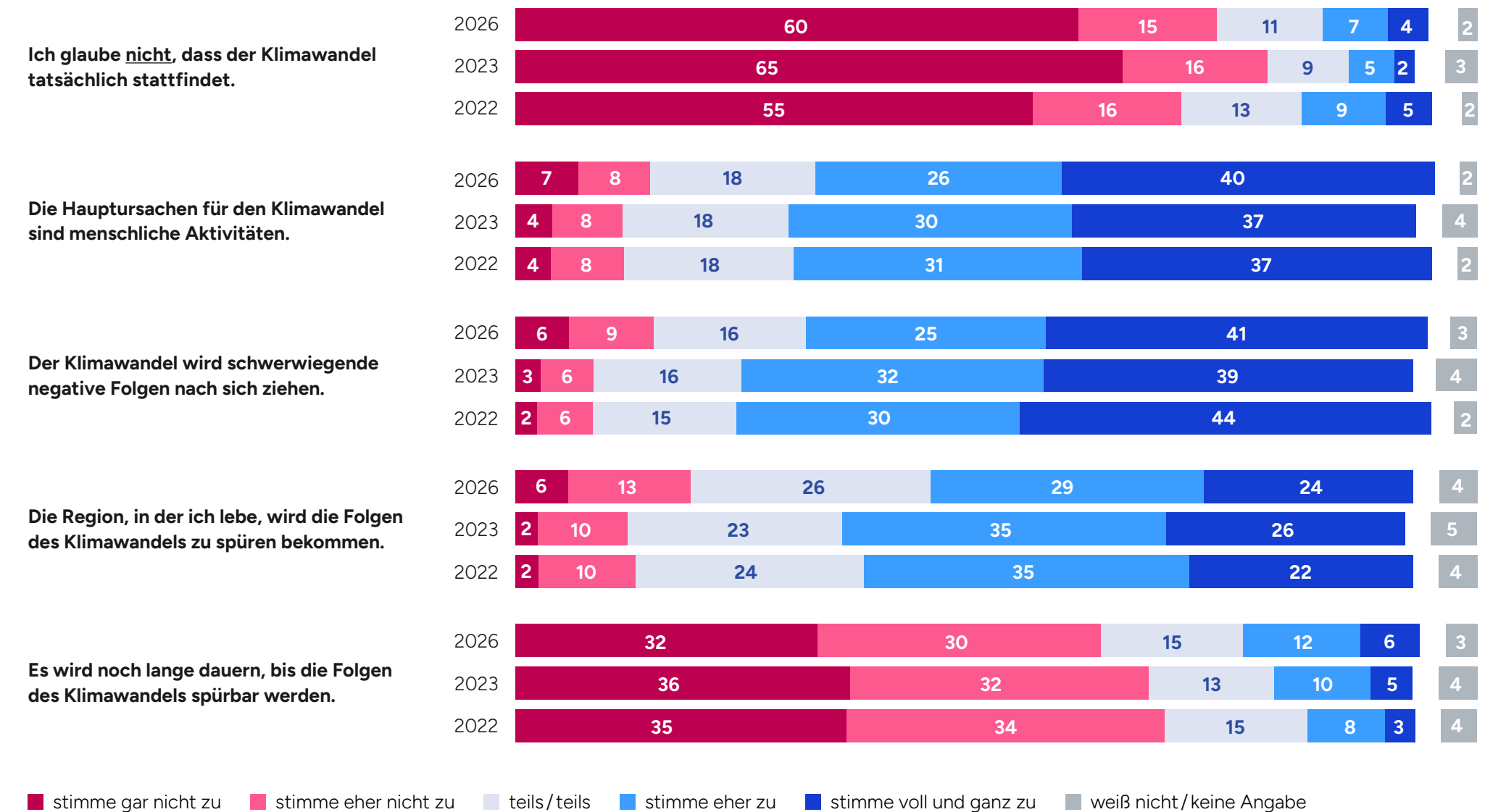
Dieser Zusammenhang bedeutet nicht zwangsläufig, dass wirtschaftliche Sorgen die Klimasorge verdrängen. Er verweist jedoch darauf, dass beide Themen bei vielen Menschen eng miteinander verknüpft sind. Wer die wirtschaftliche Situation als angespannt erlebt, könnte ökologische Fragen häufiger vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Herausforderungen bewerten (vgl. Kapitel 3.2).

Wirtschaftliche Herausforderungen können Klimasorgen überlagern

Insgesamt zeichnen die Ergebnisse das Bild einer Bevölkerung, die den Klimawandel weiterhin als reale und menschengemachte Herausforderung betrachtet. Gleichzeitig lassen die Ergebnisse den Schluss zu, dass die wahrgenommene Dringlichkeit des Problems gegenüber den vergangenen Erhebungsjahren etwas abge-

nommen hat. Sie legen außerdem nahe, dass die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger von ökologischen Problemen ablenkt und die Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen verschiebt. Diese Entwicklung bildet einen wichtigen Hintergrund für die folgenden Kapitel. Wenn wirtschaftliche Fragen stärker in den Vordergrund rücken, verändert dies auch die Bedingungen, unter denen Energie-, Verkehrs- und Wärmewende bewertet werden. Vor diesem Hintergrund hängt die Akzeptanz der Transformation zunehmend auch davon ab, wie ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen wahrgenommen werden.

Klimawandelwahrnehmungen



■ stimme gar nicht zu ■ stimme eher nicht zu ■ teils/teils ■ stimme eher zu ■ stimme voll und ganz zu ■ weiß nicht/keine Angabe

Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | 2026: n = 6.566; 2023: n = 6.543; 2022: n = 6.615 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt



2 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

1.2

Politik zwischen Ermöglichung und Steuerung

In Deutschland existiert weiterhin eine breite Anerkennung der Realität des Klimawandels sowie seiner überwiegend menschlichen Ursachen (vgl. Kapitel 1.1). Damit besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die grundlegende Problemdefinition. Deutlich offener ist hingegen die Frage, wie die daraus abgeleitete gesellschaftliche Transformation gestaltet werden soll und welche Rolle dabei unterschiedlichen Akteuren zukommt. Im Zentrum steht dabei die Politik, die im Kontext der nationalen und internationalen Klimaziele eine besondere Verantwortung trägt und zugleich auch auf die Mitwirkung individueller und gesellschaftlicher Akteure angewiesen ist. Dieses Kapitel untersucht daher die Erwartungen der Bevölkerung an politische Steuerung im Bereich des Klimaschutzes und zeigt, wie Verantwortung, Ermöglichung und individuelle Freiheit zusammengedacht werden.

Zwischen Eigenverantwortung und politischer Rahmensetzung

Ein Großteil der Bevölkerung lehnt die reine Individualverantwortung im Klimaschutz ab. Vielmehr wird deutlich, dass individuelle Entscheidungen aus Sicht vieler Menschen durch politische Rahmenbedingungen unterstützt oder erst ermöglicht werden müssen. Während weniger als ein Drittel der Aussage zustimmt, Kli-

maschutz solle weitgehend der individuellen Entscheidung überlassen bleiben (29%), findet die Position, dass es klarer Regeln und Vorschriften bedarf – fast eine absolute Mehrheit (49%).³ Die Zustimmung zu verbindlichen Regeln bedeutet jedoch keine vorbehaltlose Akzeptanz. Eine knappe Zwei-Drittel-Mehrheit (über Verkehrs- und Energiewende gemittelt 61%) befürchtet durch Vorschriften und Regeln hohe Kosten. Sie hält sie aber zugleich für angemessen, wenn der Staat gleichzeitig Förderprogramme anbietet (über Verkehrs- und Energiewende gemittelt 54%, vgl. Kapitel 2.2). Verbindliche Regeln für klimafreundliches Handeln werden vor allem dann akzeptiert, wenn andere politische Maßnahmen sie begleitend ermöglichen.

Preise und Infrastruktur als zentrale Steuerungslogiken

Fast zwei Drittel der Bevölkerung befürworten das Prinzip, klimafreundliches Verhalten durch Preissignale attraktiver und klimaschädliches Verhalten teurer zu machen (61%). Die Zustimmung fällt jedoch je nach konkreter Ausgestaltung unterschiedlich aus. Während beispielsweise die einkommensabhängige Förderung von Elektroautos von einer Mehrheit befürwortet wird (54%), stößt ein CO₂-Preis lediglich bei drei von zehn Personen auf Zustimmung (30%). Dieses Muster entspricht der häufig beobachteten höheren Akzeptanz von Anreizen gegenüber belastenden Preisinstrumenten. Im Einklang mit der Anreizbefürwortung steht auch die besonders hohe Zustimmung zu einer Verbesserung des Zugangs zu klimafreundlicher Infrastruktur wie öffentlichem Verkehr oder klimafreundlicher Energieversorgung. Diese werden von einer deutlichen Mehrheit als notwendige Voraussetzung für klimafreundliches Handeln gesehen (79%). Damit liegt der Fokus weniger auf staatlichen Eingriffen im engeren Sinne als auf der Bereitstellung von Handlungsoptionen im Alltag. Ergänzende Befunde des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers zu strukturellen Bedingungen nachhaltigen Handelns zeigen, dass eine Mehrheit ihre Möglichkeiten als begrenzt wahrnimmt – z. B. durch ihre Umgebung (51%) und Kosten (81%). In diesem Kontext sind Infrastrukturmaßnahmen und Förderungen keine Einschränkung, sondern Ermöglichung. Insgesamt verweisen diese Haltungen auf ein Politikverständnis, in dem Klimaschutz überwiegend nicht als individuelle Verantwortung verstanden wird, sondern diverse politische Rahmenbedingungen in kluger Kombination als notwendige Voraussetzung für klimafreundliches Handeln gelten.

Klimaschutz und Wirtschaftswachstum: kein klarer Vorrang

Auch die Frage nach dem Verhältnis von Klimaschutz und wirtschaftlicher Entwicklung zeigt kein stark polarisiertes Bild. Der größte Anteil der Menschen sieht beide Ziele als gleichrangig an (37%), während weitere 8 bzw. 7 Prozent eine nur leichte Präferenz für ökologische bzw. ökonomische Schwerpunktsetzungen haben. Gleichzeitig existieren sowohl Gruppen, die dem Klimaschutz klar Vorrang einräumen (10%), als auch solche, die Wachstum uneindeutig stärker gewichten (23%). Dieser Befund fügt sich in die im vorherigen Kapitel beschriebene Wahrnehmung ein, dass Klimaschutz zunehmend im Kontext wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bewertet wird, ohne dass für die Mehrheit daraus ein eindeutiger Zielkonflikt entsteht.

Klimafreundliches Handeln ermöglichen statt Entweder-oder

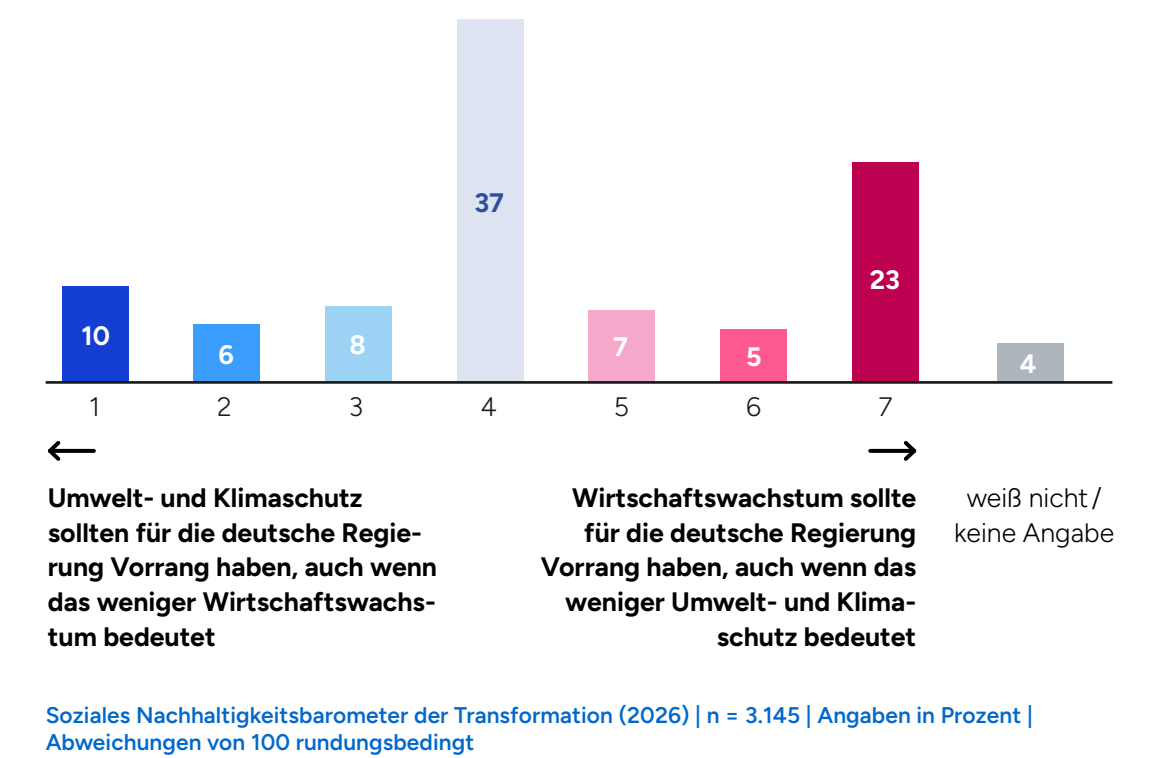
Insgesamt zeigen die Ergebnisse ein konsistentes Muster: Die Bevölkerung erwartet Klimapolitik mehrheitlich nicht als Frage individueller Verantwortung, sondern staatlich gesteuert – und zwar als Kombination aus Regeln, Anreizen und vor allem ermöglichen der Infrastruktur. Gleichzeitig wird deutlich, dass diese Erwartungen vor dem Hintergrund wahrgenommener struktureller Einschränkungen im Alltag entstehen, etwa durch Kosten, Zugangsmöglichkeiten oder soziale Rahmenbedingungen. Die gesellschaftliche Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen hängt damit weniger von grundsätzlicher Zustimmung oder Ablehnung staatlicher Eingriffe ab. Entscheidend ist vielmehr, ob politische Maßnahmen individuelle und kollektive Handlungsmöglichkeiten erweitern und dabei nicht als Belastung für wirtschaftliche Stabilität und Wohlstandsperspektiven wahrgenommen werden. Letzteres knüpft nahtlos an den im vorherigen Kapitel beschriebenen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Klimawandelsorge an, der die Wahrnehmung von Klimapolitik mitprägt.

Klimapolitische Präferenzen



Umwelt- und Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum

Welches Ziel sollte für die deutsche Regierung wichtiger sein?



3 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

1.3 Wachstumsnarrative und Diskurse der Verzögerung

Die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist eng verknüpft mit Vorstellungen darüber, wie wirtschaftlicher Wohlstand, staatliche Steuerung und ökologische Grenzen zueinander in Beziehung stehen. Während einerseits angenommen wird, dass wirtschaftliches Wachstum und Klimaschutz miteinander vereinbar sind (sogenanntes „grünes Wachstum“ oder Green Growth), stellen andere Ansätze die Notwendigkeit von Wachstum für gesellschaftliches Wohlergehen grundsätzlich infrage (sogenanntes „Postwachstum“). Gleichzeitig prägen teils eng mit diesen Wachstumsnarrativen verknüpfte sogenannte „Verzögerungsdiskurse“ (Discourses of Delay)⁴ die öffentliche Bewertung von Transformationsmaßnahmen. Diese Diskurse sind Argumentationsmuster, die geringere Ambitionen, langsamere Umsetzung oder alternative Prioritäten bei der Transformation begründen. Dadurch verschieben sie die Wahrnehmung der Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen und lassen aus ökologischer Sicht notwendige Transformationspfade problematisch oder überfordernd erscheinen. Um zu verstehen, warum Klimaschutzmaßnahmen teilweise abgelehnt bzw. nur zögerlich befürwortet werden, obwohl die grundsätzliche Existenz des Klimawandels sowie der menschliche Beitrag dazu nur selten infrage gestellt werden (vgl. Kapitel 1.1), hilft es, die wirtschaftspolitische Orientierung, Verzögerungsdiskurse und Wachstumsnarrative zu untersuchen.

Wirtschaftspolitische Grundorientierung: Zwischen Marktvertrauen und staatlicher Steuerung

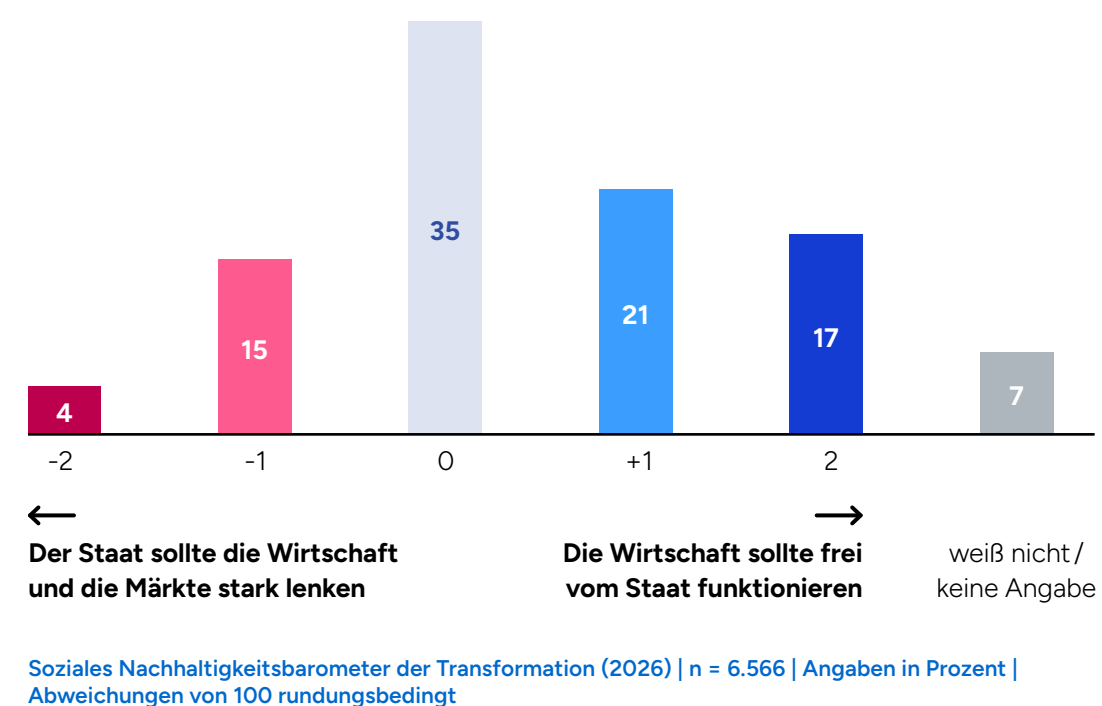
Die Bevölkerung zeigt ein gemischtes, aber tendenziell markliberales Profil in der wirtschaftspolitischen Grundorientierung. Wäh-

rend sich ein Sechstel klar zum freien Markt bekennt (17%), bevorzugt nur knapp jede zwanzigste Person starke staatliche Lenkung (4%). Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland positioniert sich im mittleren Bereich (35%) oder mit leichter Präferenz für den Markt (21%) bzw. für staatliche Lenkung (15%). Insgesamt deutet dies auf eine ausgeprägte Präferenz für Mischmodelle hin, in denen weder reiner Staat noch reiner Markt dominieren. Beide Prinzipien werden demnach als kombinierbar wahrgenommen. Diese Präferenz zeigt sich auch bei der Bewertung der Nachhaltigkeitstransformation: Trotz einer tendenziell marktliberalen Grundorientierung befürworten viele Bürgerinnen und Bürger staatliche Maßnahmen und Investitionen zur Förderung klimafreundlichen Verhaltens (vgl. Kapitel 1.2, 4.2 und 4.3).

Wachstumsnarrative: Zustimmung zu Green Growth, Skepsis gegenüber Postwachstum

Die Idee eines grünen Wachstums findet in der Bevölkerung breite Zustimmung: Die Hälfte hält es für möglich, dass wirtschaftliches Wachstum und Klimaschutz vereinbar sind (50%).⁵ Entsprechend glaubt nur knapp ein Viertel (23%) nicht, dass Klimainvestitionen Wachstum und Beschäftigung fördern. Die Unterstützung für Postwachstumspositionen fällt demgegenüber deutlich geringer aus: Nur ein Fünftel stimmt zu, dass ein gutes Leben auch ohne Wirtschaftswachstum möglich sei (20%). Die Ergebnisse deuten auf eine klare Dominanz wachstumskompa-

Wirtschaftspolitische Grundorientierung



tibler Zukunftsnarrative hin, während wachstumskritische Perspektiven in der Bevölkerung eine Minderheitsposition einnehmen.

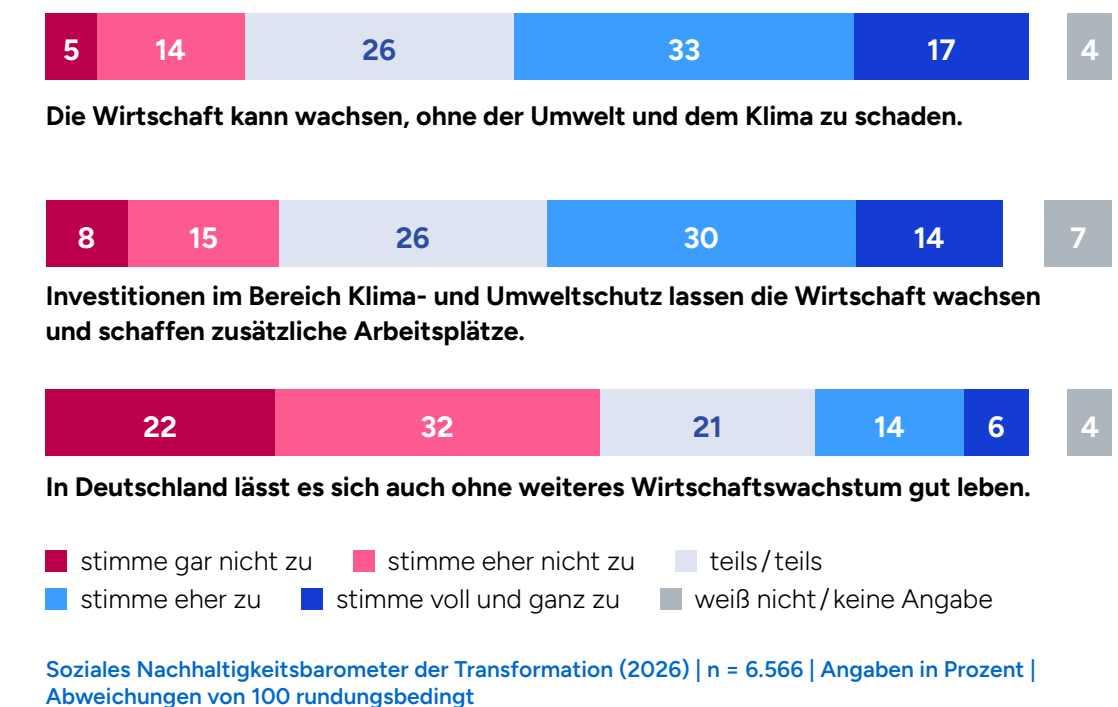
Diskurse der Verzögerung: technologische Hoffnung und soziale Sorge

Die stärkste Zustimmung zeigt sich bei technologischoptimistischen Deutungsmustern. Eine absolute Mehrheit (57%) stimmt der Aussage zu, dass Klimaschutz primär durch technologische Innovationen erreicht werden sollte. Das Argument ungerechter Lastenverteilung ist ebenfalls weit verbreitet: Die Hälfte der Bevölkerung (50%) ist der Meinung, dass Klimaschutzmaßnahmen insbesondere ärmere Bevölkerungsgruppen übermäßig belasten. Gemischt fällt hingegen die Zustimmung zum Argument aus, dass ambitionierter Klimaschutz die Lebensweise grundlegend und unzumutbar verändern würde. Hier stimmen 39% zu, während fast gleich viele anderer Meinung sind (36%). Ein klassisches Argument der Verantwortungsverschiebung – nämlich, dass andere Länder mit hohen Emissionen zuerst handeln sollen – findet mit knapp einem Viertel hingegen vergleichsweise weniger Unterstützung (23%), während es die absolute Mehrheit sogar aktiv ablehnt (59%). Insgesamt weisen die Daten darauf hin, dass Verzögerungsdiskurse in Deutschland auf offene Ohren fallen können – insbesondere diejenigen zu technologischem Optimismus und gerechter Lastenverteilung. Deutschlands Verantwortung, die Transformation voranzubringen, wird von der Bevölkerung jedoch nur selten grundsätzlich infrage gestellt.

Ein Spannungsfeld zwischen Wachstum, staatlicher Steuerung und Klimapolitik

Die Ergebnisse verdeutlichen ein konsistentes Deutungsmuster: Wachstumsorientierte, tendenziell marktfreundliche und technikoptimistische Perspektiven dominieren, während postwachstumskritische Positionen deutlich weniger Zustimmung erhalten. Gleichzeitig wird Klimapolitik häufig im Spannungsfeld sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Belastungen wahrgenommen. Zusammengenommen legen die Befunde nahe, dass Verzögerungsdiskurse teils eine erhebliche Anschlussfähigkeit an Bürgermeinungen aufweisen. Da diese Diskurse häufig an legitime soziale oder wirtschaftliche Bedenken anknüpfen, ergibt sich für die politische Umsetzbarkeit der weiteren Transformation die Notwendigkeit, diese in der Ausgestaltung politischer Maßnahmen stärker zu berücksichtigen.

Einstellungen zu Wachstumsnarrativen



Einstellungen zu Verzögerungsdiskursen (Discourses of Delay)



4 Lamb, W. F., Mattioli, G., Levi, S., Roberts, J. T., Capstick, S., Creutzig, F., Minx, J. C., Müller-Hansen, F., Culhane, T., & Steinberger, J. K. (2020). Discourses of climate delay. Global Sustainability, 3, e17.

5 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

1.4 Bewertung politischer Entscheidungsprozesse

Die Umsetzung weitreichender Veränderungen zum Schutz von Klima und Umwelt kann nur sozial nachhaltig sein, wenn sie als demokratisch legitimiert wahrgenommen wird. Voraussetzung dafür sind als gerecht und transparent wahrgenommene politische Entscheidungsprozesse. Werden z. B. Bürgerinteressen darin berücksichtigt, stärkt dies das Vertrauen in politische Institutionen. All diese Aspekte sind notwendig für gesellschaftlich tragfähige Transformationsprozesse.

Demokratie in ihrer Umsetzungs-, nicht jedoch Glaubenskrise

Die Menschen sind immer unzufriedener mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Knapp die Hälfte (49 %) ist mit der gelebten Demokratie (eher) unzufrieden. Dagegen ist ein Drittel (eher) zufrieden (35 %). Dabei setzt sich ein negativer Trend aus den letzten Jahren fort: Die Unzufriedenheit ist im Vergleich zu 2022 um 9 Prozentpunkte gestiegen. Trotz der hohen Umsetzungsunzufriedenheit wird die Demokratie als Idee von einer bedeutenden Mehrheit (90 %) unterstützt⁶ – entsprechend wünscht sich nicht einmal ein Zehntel (8 %), dass der nachhaltige Wandel in Deutschland durch eine einzelne Führungsperson an der Spitze des Staates entschieden werden soll.

Beteiligung und Transparenz in der Klimapolitik ungenügend

Eine Ursache hierfür könnte die schlechte Bewertung der politischen Entscheidungsprozesse rund um die Transformation sein. Die Transparenz, faire Beteiligungsmöglichkeiten und Berücksichtigung von Bürgerinteressen werden von rund drei Vierteln der

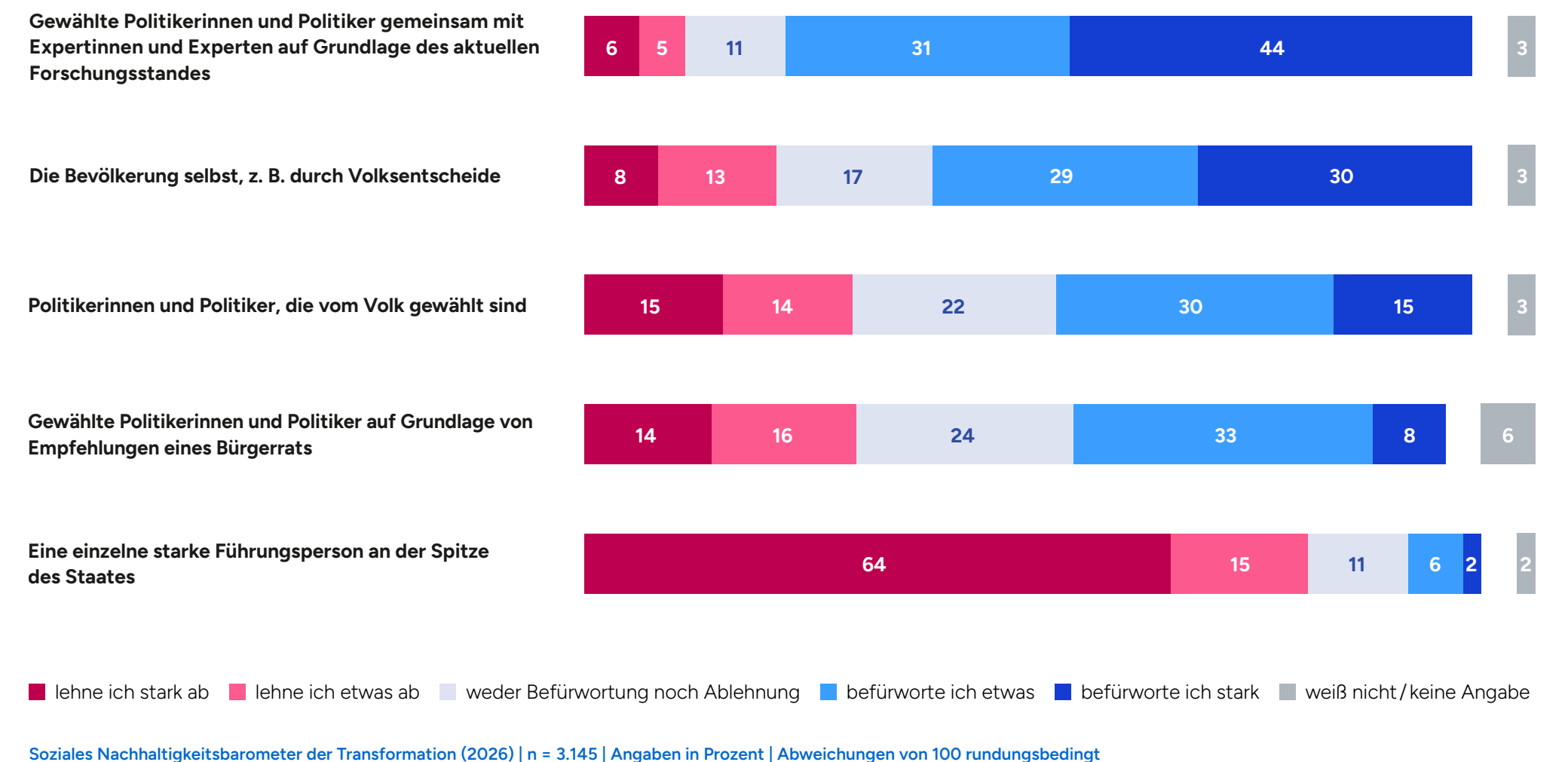
Menschen in Deutschland (eher) schlecht eingeschätzt (73 bis 76 %). Die mehrheitlich schlechte Bewertung des politischen Systems ist dabei nicht neu – bereits in den Jahren 2021 und 2023 wurden diese Aspekte hinsichtlich der Gestaltung der Energie- und Verkehrswendepolitik mehrheitlich negativ eingeschätzt. Im Vergleich ist die Unzufriedenheit sogar leicht gestiegen. Ein weiterer negativer Trend zeigt sich beim Vertrauen in die Bundesregierung. Während 2021 noch eine Minderheit (40 %) sehr wenig bis kein Vertrauen in die Problemlösefähigkeiten der Bundesregierung in Energie- und Verkehrswende hatte, ist es nun eine absolute Mehrheit (55 %), die (eher) nicht darauf vertraut, dass die Bundesregierung beim nachhaltigen Wandel verantwortungsvoll und im Interesse der Allgemeinheit handelt.

Entscheidungen zum nachhaltigen Wandel gemeinsam mit Wissenschaft treffen

Die kritische Bewertung bestehender politischer Prozesse wirft die Frage auf, wie politische Entscheidungen im Kontext der Transformation aus Sicht der Bevölkerung getroffen werden sollten. Dem geringen Vertrauen in die Bundesregierung entsprechend stößt eine hauptsächlich bei gewählten Politikerinnen und Politikern liegende Entscheidungsverantwortung auf vergleichsweise geringe Zustimmung. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung (45 %) befürwortet dies. Stärker wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger dagegen einerseits direkte demokratische Formate, bei denen sie selbst unmittelbar über politische Fragen abstimmen. Eine deutliche Mehrheit (59 %) befürwortet Volksentscheide, während nur jede fünfte Person diese (eher) ablehnt (21 %). Andererseits ist noch beliebter, wenn Politikerinnen und Politiker gemeinsam mit der Wissenschaft auf Grundlage des aktuellen Forschungsstandes Entscheidungen fällen. Drei von vier Personen in Deutschland befürworten dies (75 %), während nur etwa jeweils ein Zehntel unentschieden ist oder dies ablehnt (jeweils 11 %). Diese Einschätzung spiegelt sich auch im weiterhin hohen Vertrauen der Bevölkerung wider, dass die Wissenschaft beim nachhaltigen Wandel im Interesse der Allgemeinheit handelt. Über zwei Drittel bringen dieser (sehr) viel Vertrauen entgegen (69 %). Ein möglicher Weg aus der Vertrauenskrise könnte eine stärkere politische Beteiligung sein, die bislang mehrheitlich als unzureichend wahrgenommen wird. Bürgerräte⁷ als deliberatives Beteiligungsformat stoßen jedoch auf gemischte Einstellungen: Eine relative Mehrheit (41 %) befürwortet politische Ent-

Präferenz bei politischen Entscheidungen zum nachhaltigen Wandel

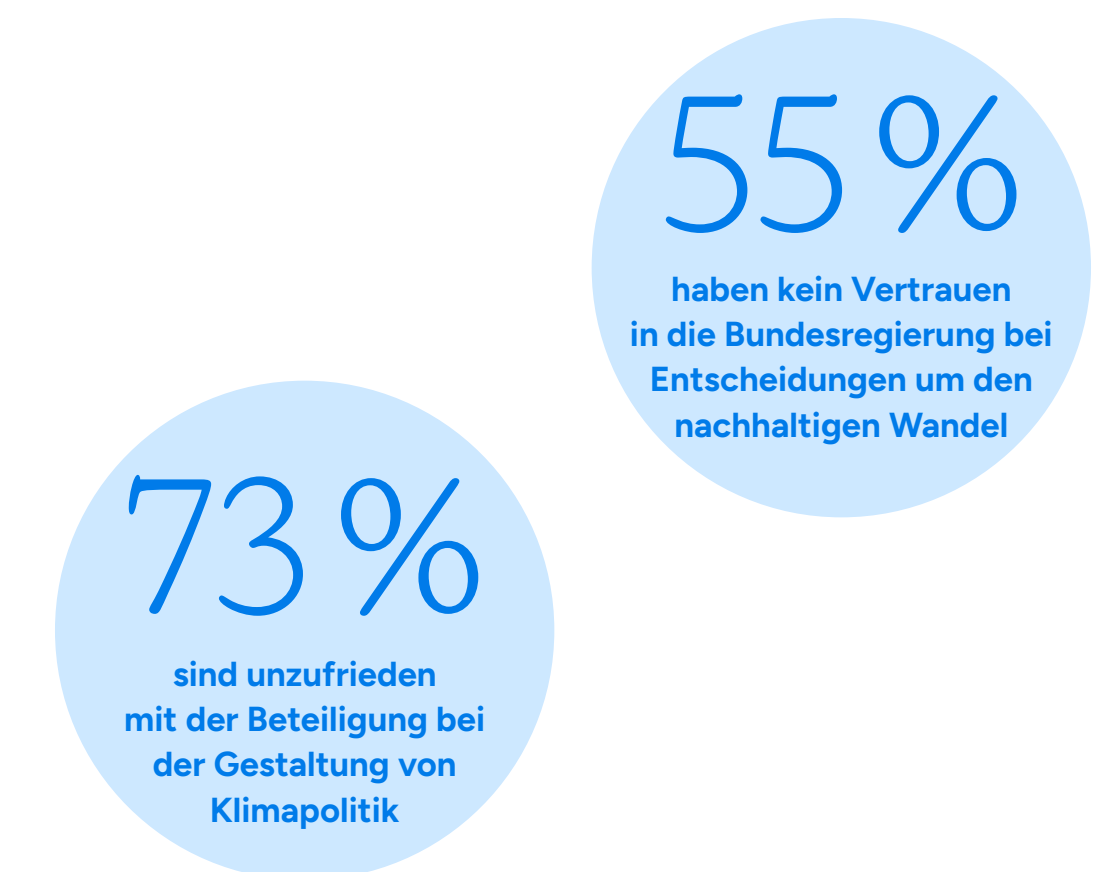
Wer sollte hauptsächlich politische Entscheidungen im Zusammenhang mit dem nachhaltigen Wandel in Deutschland treffen?



scheidungen auf Grundlage von Bürgerräten, während etwa ein Drittel (30 %) diesem Ansatz ablehnend gegenübersteht.

Legitimität politischen Handelns im nachhaltigen Wandel (wieder-)herstellen

Zusammenfassend stehen die Menschen in Deutschland weiterhin deutlich hinter der Demokratie als System. Weite, über einzelne politische Milieus hinausgehende Teile der Bevölkerung finden jedoch, dass die praktische Umsetzung dieses Systems den Ansprüchen nicht gerecht wird, gleichzeitig sinkt ihr Vertrauen in politische Institutionen. Die Herausforderung besteht dabei weniger in der Legitimität der Demokratie als vielmehr in der Legitimität des politischen Handelns. Die Ergebnisse legen nahe, dass Transformationspolitik nachvollziehbarer auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und zugleich als responsiver gegenüber den Interessen der Bevölkerung wahrgenommen werden sollte.



⁶ Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

⁷ An Bürgerräten nehmen zufällig aus der Bevölkerung ausgeloste Personen teil. Dabei sitzen dort Handwerkerinnen neben Akademikern, Rentnerinnen neben Jugendlichen, hier geborene Menschen neben Zugewanderten. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam Lösungen für politische Probleme vorzuschlagen. Diese Empfehlungen werden dem jeweils zuständigen Parlament oder Gemeinderat zur Beratung vorgelegt.

Finanzierung der Transformation

2

Trotz verhaltener Wirtschaftsaussichten: Die Mehrheit der Menschen fordert höhere Klimaschutz Ausgaben.

Mehr Lasten für starke Schultern und Verursachergerechtigkeit: Menschen wünschen sich faire Kostenverteilung, auch bei der Finanzierung von Klimaschutz.

Sowohl Förderungen als auch Entlastungen werden als notwendig angesehen. Dabei ist ein bezahlbarer Umstieg für alle Bürgerinnen und Bürger das wichtigste Ziel.

Die Menschen fühlen sich bislang nicht gut über das Sondervermögen informiert und äußern Zweifel an dessen Finanzierung, Mittelverwendung und Zielerreichung.

2.1

Wie soll Klimaschutz künftig finanziert werden?

54 %

finden, der Staat sollte mehr Geld für Klimaschutz ausgeben als bisher

Die Bundesregierung hat den Sparkurs ausgerufen: In allen Bereichen müsse eingespart werden, heißt es. Zu hohe Ausgaben treffen auf zu geringe Einnahmen. Weder die Wirtschaft noch private Haushalte sollen übermäßig belastet werden, zugleich steht die Regierung vor großen Investitionsaufgaben. Diese beinhalten insbesondere auch Klimaschutzausgaben, z. B. für den Ausbau klimaneutraler Infrastrukturen. Wie blickt die Bevölkerung auf die Staatsfinanzen? Und welche Rolle misst sie Klimaschutz ausgaben bei?

Die Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Transformation zeigen, dass die allgemeine Einschätzung der Staatsfinanzen ambivalent ist: Knapp die Hälfte der Bevölkerung (49 %) findet, dem Staat stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, um all seinen Aufgaben gerecht zu werden; ein nahezu gleicher Anteil glaubt das Gegenteil (47 %). Diese Einschätzung ist die Grundlage, auf Basis derer Präferenzen über den Umfang, die Finanzierung und den Einsatz von Staatsausgaben ausgebildet werden.

Trotz verhaltener Wirtschaftsaussichten: Mehrheit fordert mehr Klimaschutz ausgaben

Mehr als die Hälfte (54 %) findet, dass der Staat mehr Geld für Klimaschutz ausgeben sollte als bisher. Es zeigt sich ein ähnlicher Zusammenhang wie bereits zwischen Klimasorge und Wahrnehmung der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Deutschland (vgl. Kapitel 1.1). Auch die Forderung nach mehr Klimaschutz ausgaben scheint von Letzterer abzuhängen. Unter denjenigen, die einen (eher) optimistischen Blick auf die wirtschaftliche Lage haben, fordern über drei Viertel (76 %) mehr Ausgaben für Klimaschutz. Unter den (eher) pessimistisch eingestellten Bürgerinnen und Bürgern sind es nur vier von zehn Personen (41 %). Insgesamt blickt über die Hälfte der Menschen (56 %) (eher) negativ auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland, während sich positive und neutrale Einschätzungen mit jeweils rund einem Fünftel die Waage halten (22 bzw. 21 %).

Klimaschädliche Subventionen streichen und mehr Lasten für starke Schultern

Fragt man die deutsche Bevölkerung anschließend nach präferierten Finanzierungsquellen für (höhere) Klimaschutz ausgaben, heben sich drei Optionen eindeutig ab: Knapp drei Viertel (72 %) nennen die Streichung von klimaschädlichen Subventionen, gefolgt von höheren Steuern für Spitzenverdienerinnen und -verdiener (67 %) und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer (57 %). Während die Streichung klimaschädlicher Subventionen grundsätzlich hohe Zustimmung genießt, lässt sich das nicht gleichermaßen auf konkrete Subventionen übertragen. Die Befürwortung oder Ablehnung hängt also stark von der betrachteten Maßnahme ab. Beispielsweise befürworten gut vier von zehn Personen (44 %) die Abschaffung der steuerlichen Bevorteilung von Dieselmotoren (33 % lehnen dies ab).⁸ Eine Steuer- und Abgabenerhöhung für Flugtickets, die implizit die Streichung bestehender Vergünstigungen beinhaltet, wird immerhin von mehr als der Hälfte (56 %) befürwortet. Die Abschaffung der Entfernungspauschale, die aufgrund ihres Anreizes zur Pkw-Nutzung über weite Strecken und schlechter Verteilungswirkung ebenfalls als klimaschädliche Subvention in der Kritik steht, wird von zwei Dritteln (66 %) der Bevölkerung jedoch abgelehnt.

INFOBOX

Klimaschädliche Subventionen

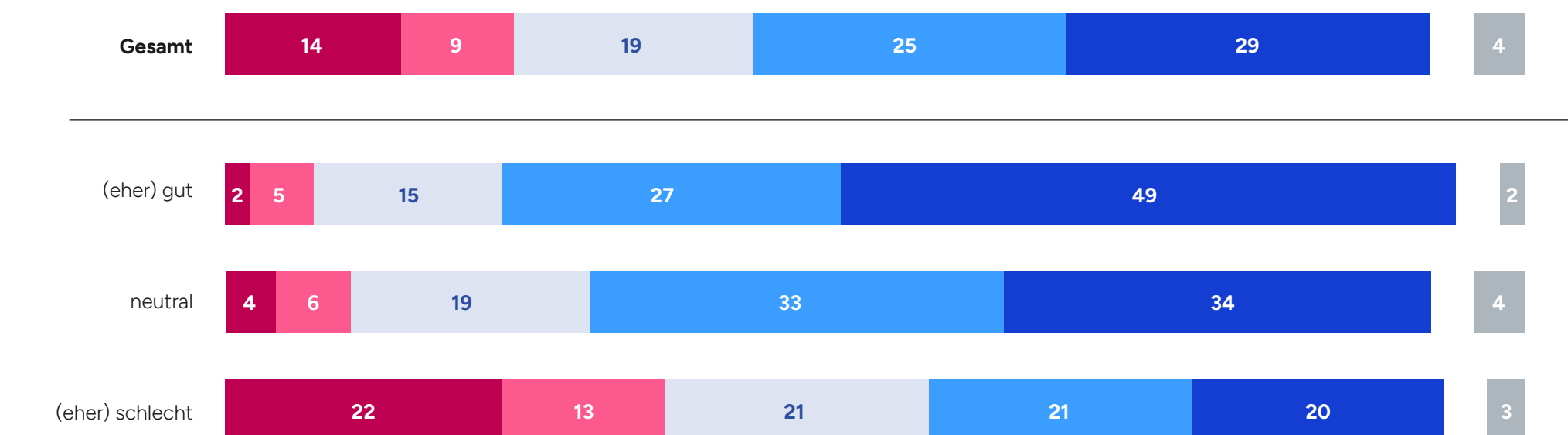
Klimaschädliche Subventionen sind staatliche Vorteile oder Vergünstigungen für Aktivitäten, Produkte oder Verhaltensweisen, die dem Klima und der Umwelt schaden und aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Sie wirken klimaschädlich, wenn sie Anreize für klimaschädigendes Verhalten setzen. In Deutschland zählen dazu z. B. Steuerbefreiungen bei Kerosin im Flugverkehr, die Entfernungspauschale oder das Dienstwagenprivileg. Grundsätzlich lassen sich Subventionen neben ihrer Klimawirkung auch an ihrer Wirksamkeit, Notwendigkeit und sozialen Verträglichkeit messen. Aufgrund der häufig ambivalenten Wirkung solcher Subventionen, die oft auch begründete Entlastungsmaßnahmen beinhalten, wird vermehrt eine adäquate Reform (statt eines pauschalen Abbaus) gefordert.⁹



Klimaschutz ausgaben in Abhängigkeit der Wirtschaftsaussichten

Sollte der Staat weniger oder mehr Geld als aktuell für Klimaschutz ausgeben?

Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage:



Wieviel Geld sollte der Staat ausgeben:

deutlich weniger etwas weniger so viel wie heute etwas mehr deutlich mehr weiß nicht / keine Angabe

Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 6.566 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt

⁸ Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

⁹ Vgl. Bertelsmann Stiftung (2023). Reform umweltschädlicher Subventionen: Auswirkungen auf Klima, Gesellschaft und Wirtschaft. Gütersloh.

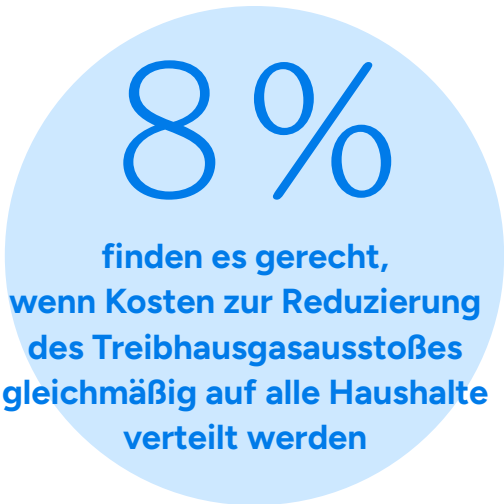
Pauschale Steuererhöhungen für alle Bürgerinnen und Bürger finden so gut wie keinen Zuspruch und auch die Depriorisierung anderer Politikfelder – wie z. B. Soziales oder öffentliche Infrastruktur – wird jeweils nur von knapp einem Sechstel (15%) als gute Gegenfinanzierungsoption genannt.

Auffällig ist außerdem, dass vor allem in der jüngsten Altersgruppe (18 bis 29 Jahre) der Ruf nach mehr Klimaschutzausgaben am lautesten ist (72 gegenüber 54% in der Gesamtbevölkerung) – und diese positiver gegenüber zusätzlicher Schuldenaufnahme zur Finanzierung eingestellt ist (16 gegenüber 8% in der Gesamtbevölkerung).

Klimaneutrale Infrastrukturen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

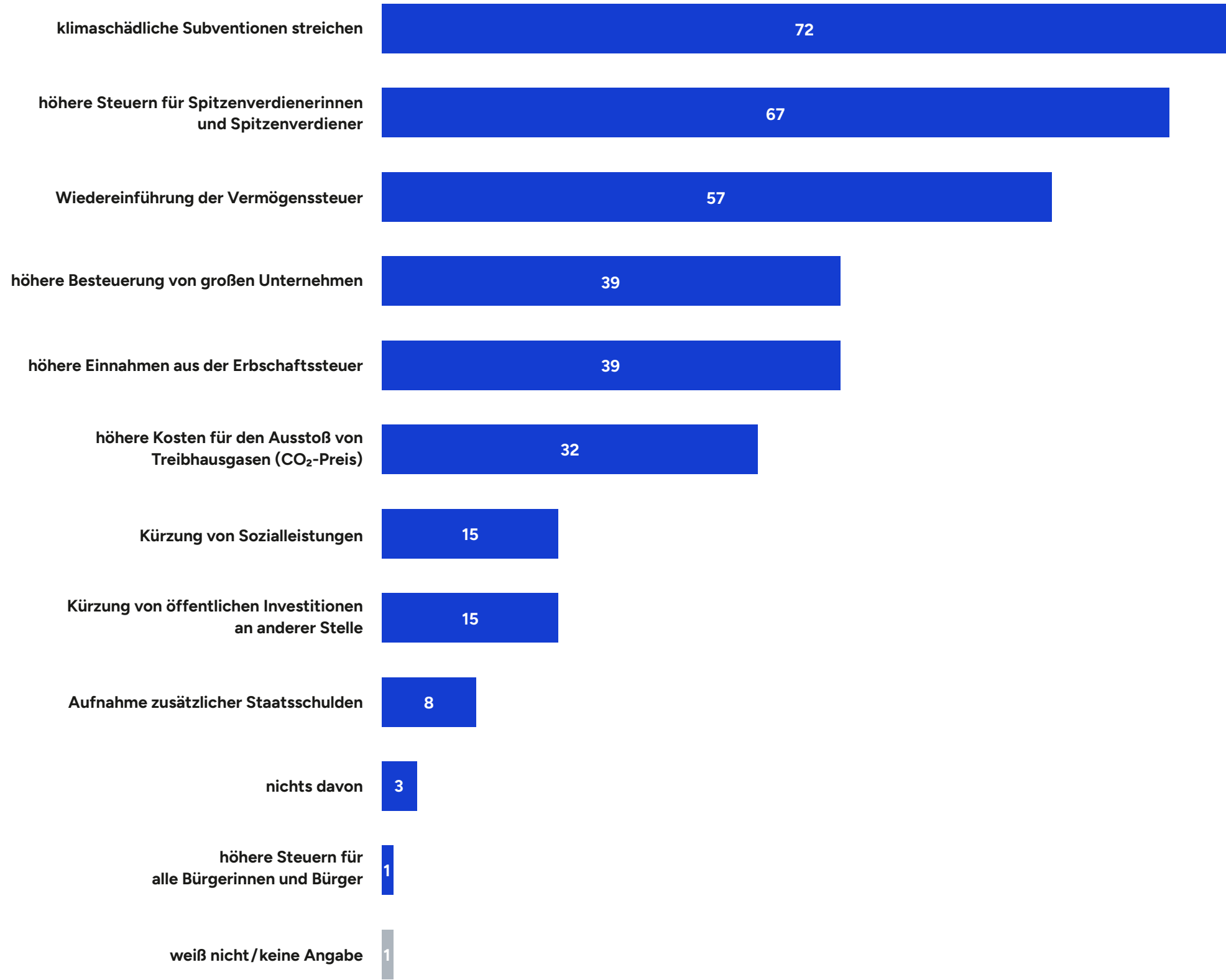
Die Verfügbarkeit und die Zugänglichkeit von Infrastrukturen – wie z. B. Wärme- und Schienennetze, aber auch Ladeinfrastruktur für E-Autos – ist zentral für des Gelingen der Nachhaltigkeitstransformation. Fragt man danach, wie konkret der Ausbau klimaneutraler Infrastrukturen finanziert werden kann, spricht sich eine klare Mehrheit von drei Vierteln (75%) für einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag aus. Nur knapp ein Fünftel (17%) möchte stattdessen eher, dass Nutzerinnen und Nutzer dieser Infrastrukturen stärker finanziell beitragen. Die Rahmenbedingungen für klimafreundliches Verhalten, die u. a. nachhaltige Infrastruktur umfassen, werden aber mehrheitlich nicht als positiv wahrgenommen und gleichzeitig als zentrale Grundvoraussetzung gesehen (vgl. Kapitel 1.2)

Bei der Frage, wie sich Kosten zur Vermeidung von Treibhausgasen unter Haushalten gerecht aufteilen lassen, scheint ein Punkt Konsens zu sein: Pauschallösungen sind unbeliebt. Nur knapp jede zehnte Person (8%) findet es gerecht, wenn Kosten gleichmäßig auf alle Haushalte verteilt werden. Präferiert wird vielmehr eine Differenzierung, der entweder nach dem Einkommen (50%) oder nach dem Ausstoß von Treibhausgasen (51%) jeweils die Hälfte zustimmt. Dass die Kosten für den Umstieg bzw. die Vermeidung von Treibhausgasen nicht von den Haushalten alleine getragen werden können, wird im nächsten Kapitel 2.2 thematisiert.



Zusammenfassend wird der Wunsch nach einer differenzierten Besteuerung und einer gerechteren Verteilung der Kosten des Klimaschutzes sichtbar. Insbesondere die Orientierung am Leistungsvermögen (z. B. gemessen an Vermögen oder Einkommen) oder am Verursacherprinzip wird mehrheitlich als gerecht empfunden. Trotz der engen Verflechtung mit der wirtschaftlichen Lage, mit um Ressourcen konkurrierenden Politikbereichen sowie mit sinkender (akuter) Klimabesorgnis, spricht sich eine Mehrheit klar für weitere Klimaschutzausgaben aus. Dieser Befund passt zur grundsätzlichen und breit geteilten Investitionslogik: Um den nachhaltigen Wandel erfolgreich voranzubringen und langfristig Kosten zu senken, muss die Gesellschaft jetzt mehr investieren (vgl. Kapitel 3.3).

Wie sollte der Staat Ausgaben für den Klimaschutz finanzieren?



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 5.017 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt | Ohne diejenigen, die weniger Klimaschutzausgaben fordern | Mehrfachnennungen möglich

2.2

Mittelverwendung – Wofür soll das Geld eingesetzt werden?

Die Verwendung von klimapolitischen Finanzmitteln ist ein weiterer Fokus im Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer. Bei der Frage, wohin Geld fließen soll, spielen Förderungen und Entlastungen eine zentrale Rolle für das Gelingen der Transformation. Förderungen zielen darauf ab, Anreize für nachhaltige Transformationsprozesse zu schaffen, wie beispielsweise die Anfang des Jahres 2026 angelaufene E-Auto-Förderung und die KfW-Förderung für Wärmepumpen. Eine Entlastung, die Kosten bei hohen Preisen für fossile Energien senken soll, stellt beispielsweise die Energiesteuersenkung im Zuge des Irankrieges (sogenannter „Tankrabbatt“) dar.

Bürgerinnen und Bürger erwarten staatliche Hilfestellung beim Umsetzen der Transformation

Die weit verbreitete wahrgenommene Notwendigkeit von Förderungen und Entlastungen wird vermutlich von der Sorge vor persönlichen finanziellen Belastungen (vgl. Kapitel 3.3) geprägt. Über drei Viertel der Bevölkerung (79%) halten Förderungen für notwendig, damit der Umstieg auf klimaneutrale Technologien gelingt.¹⁰ Ähnlich hohe Zustimmungswerte ergeben sich für staatliche Entlastungsmaßnahmen (73%), um Überforderung von zu hohen Kosten abzuwenden. Allerdings nimmt auch eine relative

59 %

halten Bezahlbarkeit für alle für das wichtigste Ziel von Förderpolitik

79 %

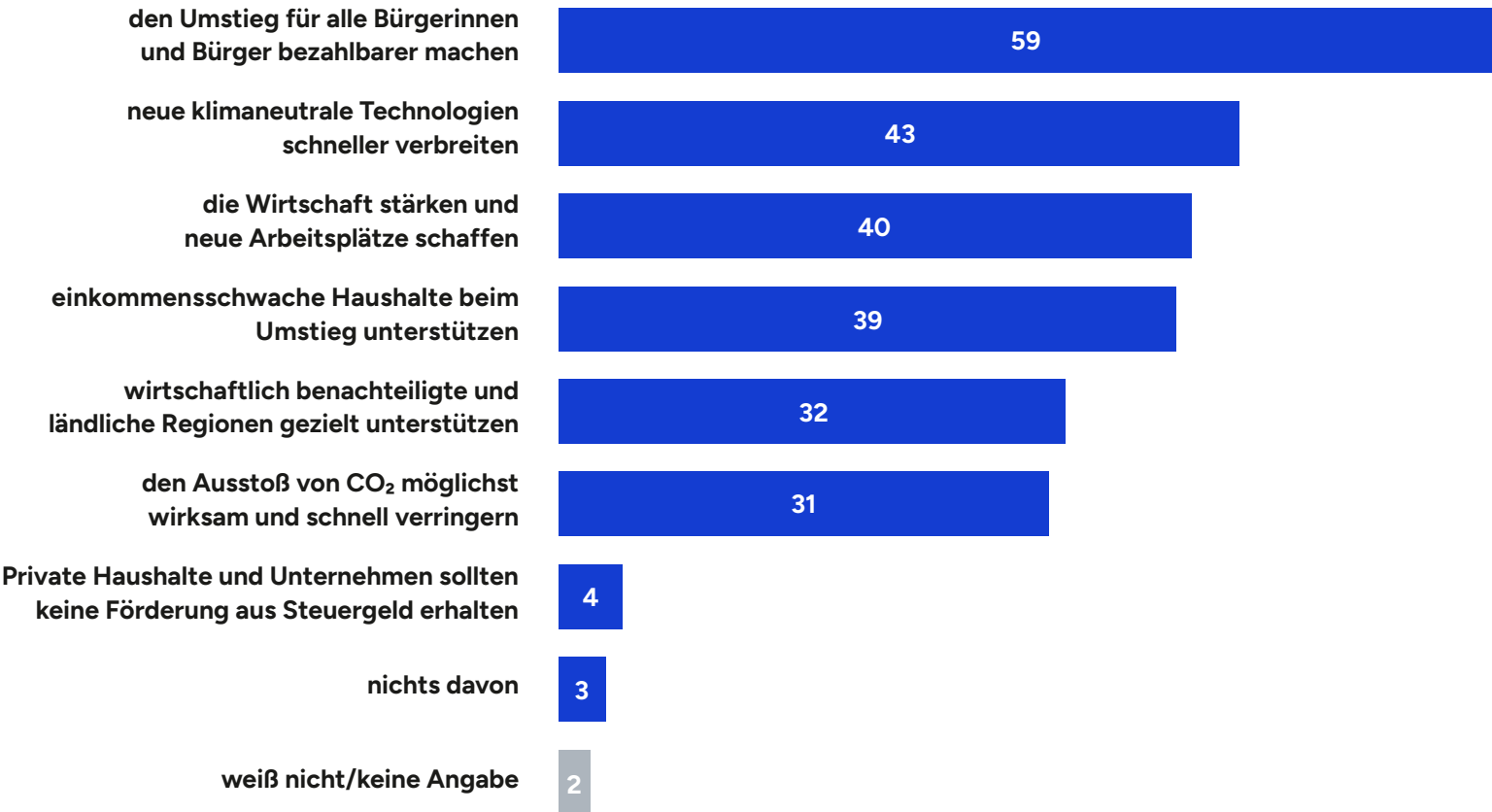
sehen Förderungen als zentralen Erfolgsfaktor für eine nachhaltige Transformation

Mehrheit (48 %) einen Zielkonflikt wahr: Entlastungen bei hohen Preisen für fossile Energien könnten notwendige Investitionen in klimaneutrale Technologien verzögern. Unabhängig von der eigenen wirtschaftspolitischen Grundorientierung (vgl. Kapitel 1.3) werden Förderungen und Entlastungen in der nachhaltigen Transformation von der Mehrheit der Bevölkerung als notwendig erachtet. Auch unabhängig vom eigenen Einkommen werden Förderungen und Entlastungen mehrheitlich befürwortet, wobei ihnen mit höherem Einkommen tendenziell weniger Wichtigkeit zugesprochen wird. Der potenzielle Zielkonflikt zwischen Entlastungen und der Verbreitung von nachhaltigen Technologien scheint stärker wahrgenommen zu werden, wenn die eigene finanzielle Situation gesicherter ist.

Die Förderpolitik soll vor allem Bezahlbarkeit, technologischen Fortschritt und Beschäftigung stärken

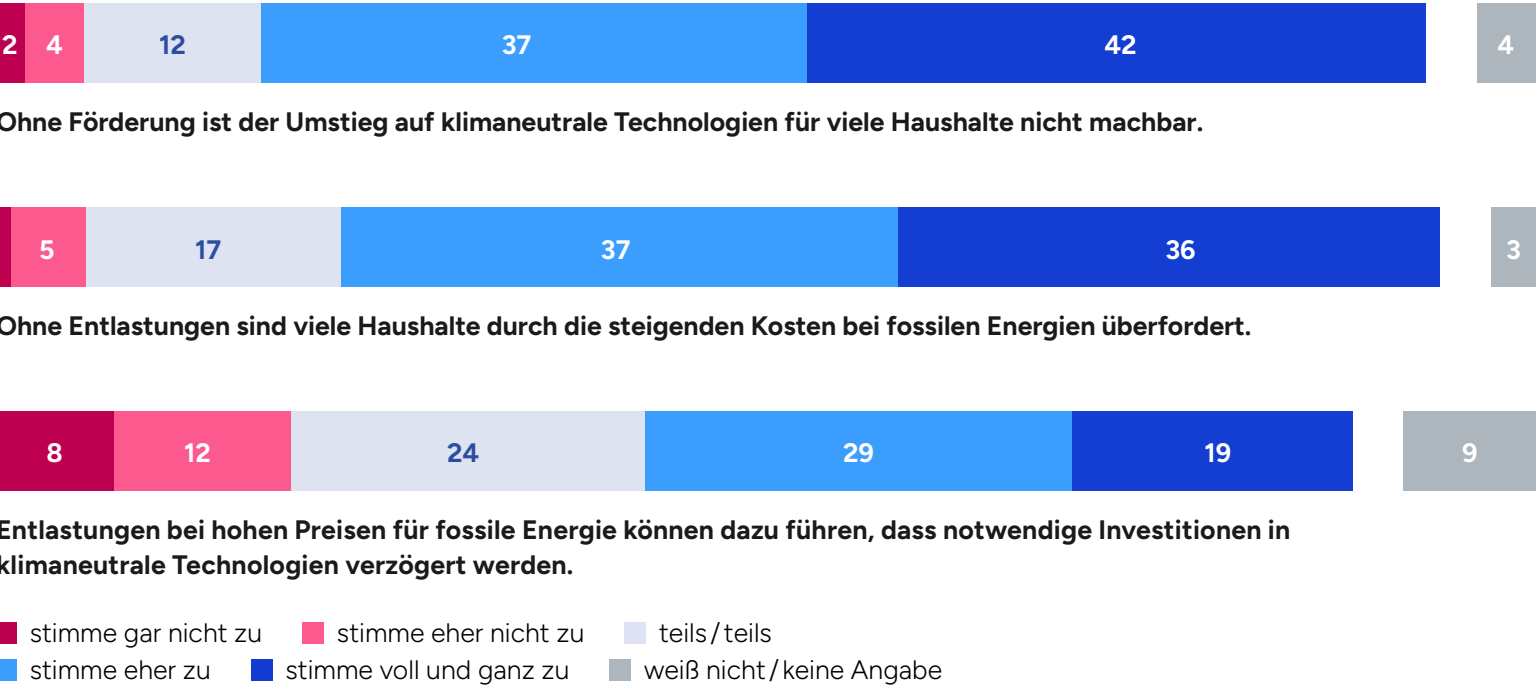
Auf die Frage, was das wichtigste Ziel von Förderpolitik sein sollte, nennen knapp zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger vor allem Bezahlbarkeit für breite Bevölkerungsschichten (59%); und das auch unabhängig von der eigenen Marktorientierung. Danach werden die Ziele, nachhaltige Technologien zu verbreiten (43%) sowie die Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern (40%) genannt. Auch die gezielte Unterstützung einkommensschwächerer Haushalte wird als zentrale Aufgabe gesehen (39%), was sich mit dem grundsätzlichen Wunsch nach Bedarfsgerechtigkeit deckt (vgl. Kapitel 2.1). Nur knapp jede zwanzigste Person (4 %) lehnt Förderungen prinzipiell ab und somit auch alle genannten Ziele. Seltener werden die Reduktion des CO₂-Ausstoßes sowie die gezielte Unterstützung benachteiligter Regionen als wichtigste Ziele von Förderpolitik genannt. Zusammenfassend wünscht sich die deutsche Bevölkerung eine Förder- und Entlastungspolitik, die sowohl Wirtschaftswachstum als auch Klimaschutz vorantreibt. Angesichts der aktuell verhaltenen wirtschaftlichen Gesamtsituation und der wahrgenommenen finanziellen Belastung durch die Transformation wird der Staat in die Verantwortung genommen, finanziell zu unterstützen.

Wichtigste Ziele von Förderpolitik



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.298 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt | Mehrfachnennungen möglich

Wahrnehmung von staatlichen Entlastungen und Förderungen



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.145 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt | Zahlen unter 2 % aus darstellerischen Gründen nicht abgebildet

10 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

2.3

Sondervermögen: Echter Konjunktur- booster oder leeres Versprechen?

Die Bundesregierung hat im Jahr 2025 das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) eingerichtet, welches zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz ermöglichen soll. Aus Perspektive der sozialen Nachhaltigkeit ist das SVIK insbesondere deshalb relevant, weil die dadurch finanzierten Maßnahmen die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung unmittelbar beeinflussen können und sollen. Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und eine moderne Verkehrs- und Wärmestruktur tragen nicht nur zur Erreichung klimapolitischer Ziele bei, sondern können zugleich die Versorgungssicherheit stärken, neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und die gesellschaftliche Teilhabe durch verbesserte Infrastruktur fördern. Damit entfalten die geförderten Maßnahmen neben ökologischen auch soziale Wirkungen und leisten einen Beitrag zu einer sozialverträglichen Gestaltung der Transformation.

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung fühlt sich nicht gut über das Sondervermögen informiert

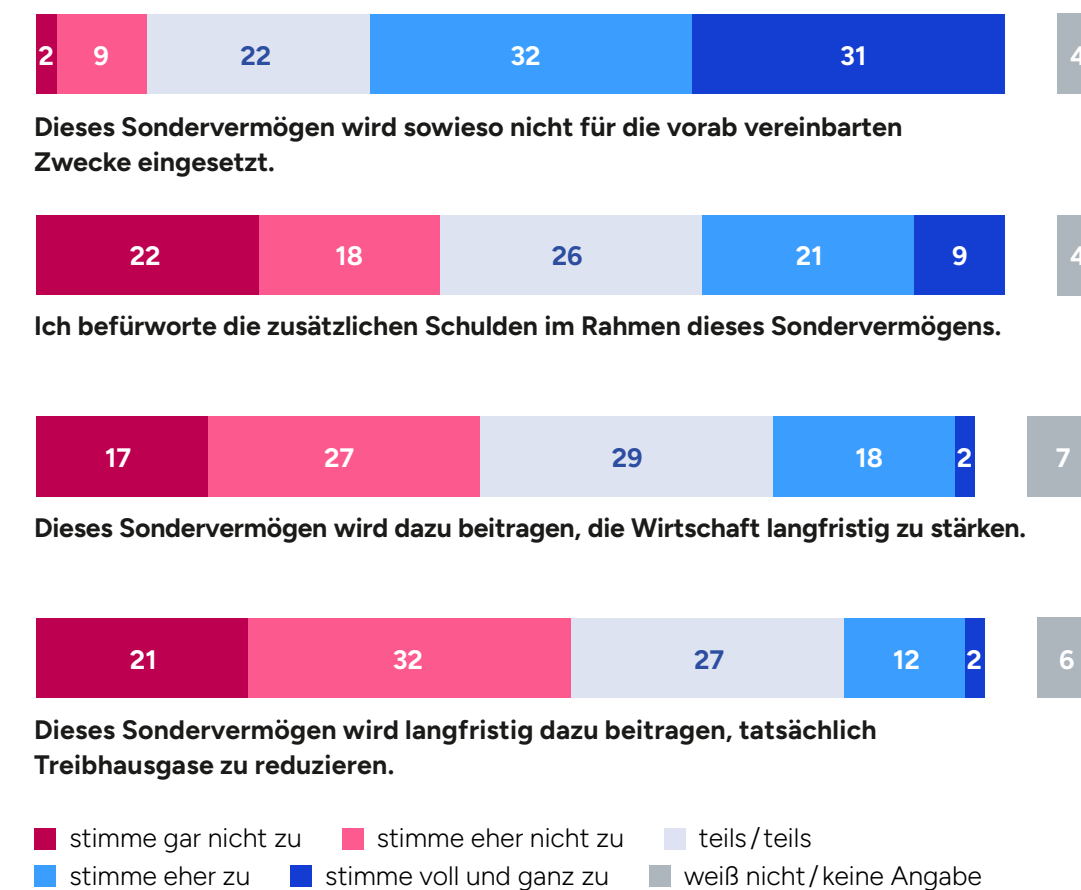
Die Ergebnisse des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers zeigen, dass der Informationsstand der Bevölkerung zum SVIK insgesamt gering ausfällt. Lediglich jede zehnte Person gibt an, sich gut informiert zu fühlen (13%). Demgegenüber bewertet eine deutliche Mehrheit ihren Informationsstand als unzureichend (85%). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein Großteil der Bevölkerung bislang nur über begrenzte Informationen zum Sondervermögen

verfügt. Obwohl das Sondervermögen in den vergangenen Monaten wiederholt Gegenstand öffentlicher und politischer Debatten war, scheint es bislang nur eingeschränkt gelungen zu sein, Zielsetzung, Struktur und konkrete Verwendung der Mittel nachvollziehbar zu kommunizieren.

Skepsis überwiegt: Bewertung der Verschuldung durch das Sondervermögen und Mittelverwendung

Hinsichtlich der zusätzlichen Schuldenaufnahme im Rahmen des Sondervermögens zeigt sich, dass lediglich knapp ein Drittel (30%) der Bevölkerung die zusätzliche Verschuldung befürwortet, vier von zehn Personen (40%) lehnen diese ab.¹¹ Die Ergebnisse legen nahe, dass die Finanzierung des Sondervermögens über zusätzliche Schulden derzeit nicht auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stößt, wenngleich die geplanten Investitionen große politischen Bedeutung für die Transformation besitzen.

Bewertung der Zielerreichung und Mittelverwendung des Sondervermögens



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.145 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt

Noch deutlicher fällt die Einschätzung hinsichtlich der Mittelverwendung aus. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung geht davon aus, dass das Sondervermögen nicht für die ursprünglich vereinbarten Zwecke eingesetzt wird. Insgesamt stimmen knapp zwei Drittel (63%) dieser Aussage zu, während lediglich jede zehnte Person widerspricht (11%). Die Ergebnisse deuten damit auf ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber der politischen Zweckbindung und Umsetzung des Sondervermögens hin.

Erwartungen an die wirtschaftliche und klimapolitische Wirkung sind verhalten

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Wirkung des Sondervermögens zeigt sich ein ambivalentes Meinungsbild. Während jede fünfte Person (20%) davon ausgeht, dass das Sondervermögen langfristig zur Stärkung der Wirtschaft beitragen wird, lehnen insgesamt 44% diese Einschätzung ab. Dies deutet darauf hin, dass mögliche wirtschaftliche Effekte des Sondervermögens derzeit von einem erheblichen Teil der Bevölkerung zurückhaltend bewertet werden.

Besonders kritisch fällt schließlich die Einschätzung der klimapolitischen Wirksamkeit aus. Über die Hälfte der Bevölkerung (53%) geht nicht davon aus, dass das Sondervermögen langfristig tatsächlich zur Reduktion von Treibhausgasen beitragen wird. Lediglich jede siebte Person (14%) äußert diesbezüglich Zustimmung. Auffällig ist zudem, dass sich die kritischeren Bewertungen insbesondere bei Personen mit geringem subjektiven Informationsstand finden. Dies zeigt sich sowohl bei der Bewertung der zusätzlichen Verschuldung und der Mittelverwendung als auch hinsichtlich der erwarteten wirtschaftlichen und klimapolitischen Wirkungen des Sondervermögens. Ähnliches zeigt sich im Hinblick auf das Vertrauen in die Bundesregierung: Mit einer kritischeren Bewertung des Sondervermögens geht auch geringeres Vertrauen in die Bundesregierung einher. Dementsprechend ist die neu geschaffene Transparenz seitens des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) eine große Chance, insbesondere dann, wenn sie nicht nur die öffentliche Debatte besser informiert, sondern auch als Maßstab zur Zielerreichung und Zweckerfüllung dient. Insgesamt deutet sich zum Erhebungszeitpunkt März/April 2026 eine deutliche Diskrepanz zwischen den politischen Zielsetzungen des Sondervermögens und der öffentlichen Erwartung hinsichtlich seiner Wirkung an.

INFOBOX Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität



Bei dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) handelt es sich um zusätzliche staatliche Schulden, die ausschließlich für festgelegte Zwecke genutzt werden sollen – vor allem für den Ausbau von Verkehrs- und Energieinfrastruktur oder Maßnahmen für mehr Klimaschutz. Insgesamt werden im Sondervermögen 500 Milliarden Euro bereitgestellt, die sich über Bund (300 Milliarden), Länder und Kommunen (100 Milliarden) verteilen. Ein weiterer Teil des Geldes fließt in den Klima- und Transformationsfond (100 Milliarden). Seit Einführung des Sondervermögens wird kontrovers diskutiert, ob die bereitgestellten Mittel einen Beitrag zu den angestrebten Klima- und Infrastrukturzielen leisten oder lediglich bestehende Ausgaben ersetzen. Zentraler Diskussionspunkt ist insbesondere die Frage, ob das Sondervermögen zusätzliche Investitionen anstößt oder vor allem zur Schließung bestehender Finanzierungslücken genutzt wird.¹²

Der sogenannte „Sondervermögen-Tracker“ verfolgt die Mittelverwendung für die drei Säulen des SVIK. Dieser Analyse zufolge zahlen nur etwa 52% der Gelder aus dem Bundesanteil SVIK auf das Klimaziel ein. Beim Klima- und Transformationsfonds (KTF) der Bundesregierung sind es rund 68%. Rund 10% aus dem Bundesanteil SVIK und über 30% aus dem KTF wirken hingegen gegen die Klimaziele. Für einen weiteren Anteil von über 30% aus dem Bundesanteil SVIK wird eine neutrale Umwelt- und Klimaschutzwirkung erwartet.¹³ Im Juni 2026 hat auch das Bundesministerium der Finanzen (BMF) ein eigenes Monitoring Dashboard sowie einen ersten Bericht über die Mittelverwendung des Sondervermögens veröffentlicht, um die Fortschritte und Verwendungszwecke bei der Verausgabung transparent darzulegen.¹⁴ Insofern hat sich die öffentliche Kommunikation seit der Feldphase erheblich gewandelt.

¹¹ Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

¹² Vgl. Eckstein, P. (2026). „Warum es Kritik am Einsatz des Sondervermögens gibt“. Tagesschau 17.3. (Download 19.6.26).

¹³ Vgl. Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V., und WEtell GmbH (o.D.). „Sondervermögen-Tracker“. (Download 19.6.26).

¹⁴ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (o.D.). „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Bundeshaushalt“. (Download 19.6.26).



Die Wenden im Vergleich

Absolute Mehrheiten befürworten die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende und sprechen sich für weitere politische Maßnahmen zu deren Umsetzung aus.

Gleichzeitig geht die Zustimmung seit einigen Jahren zurück und die Umsetzung der Energiewende wird zunehmend kritischer bewertet.

Kurzfristig erwarten viele finanzielle Belastungen durch die Transformationsprozesse; langfristig halten sich positive und negative Erwartungen weitgehend die Waage.

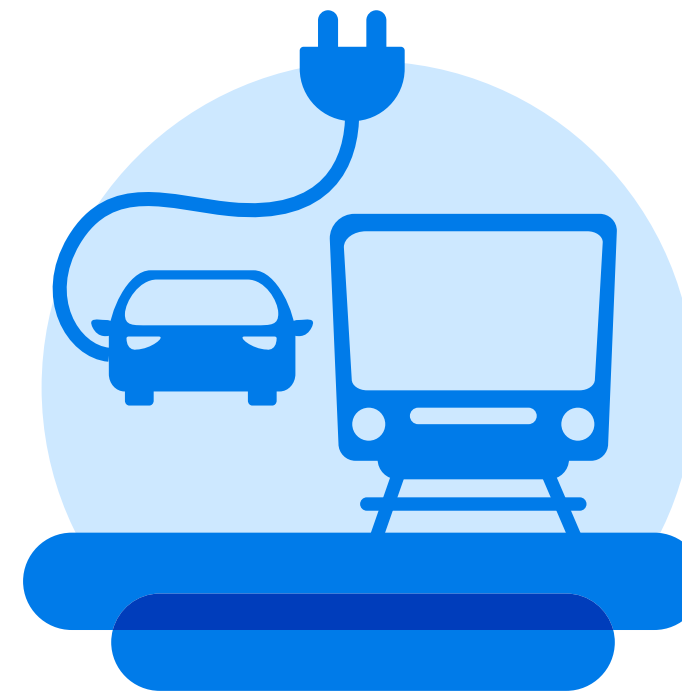
In der Energie- und Verkehrswende werden technologieorientierte Transformationspfade stärker unterstützt als Maßnahmen, die mit individuellem Verzicht verbunden sind.

Übersicht der Wenden



Energiewende

Das Konzept der Energiewende beschreibt den Umbau der Energieversorgung von der überwiegenden Nutzung fossiler (Erdöl, Erdgas, Kohle) und atomarer Energieträger hin zu einer Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien aus nachhaltigen Quellen (z.B. Wind-, Sonnenenergie usw.).



Verkehrswende

Das Konzept der Verkehrswende beschreibt den Umbau des heutigen Verkehrssystems hin zu einer nachhaltigeren Mobilität. Dabei ist es einerseits das Ziel, durch die Vermeidung von Verkehr und den Umstieg auf Fahrrad, Bus und Bahn, Energie einzusparen und andererseits durch den Wechsel von Fahrzeugen mit Benzin oder Dieselmotoren auf klimafreundlichere Antriebe den Ausstoß von Treibhausgasen (u.a. Kohlendioxid (CO₂)) zu reduzieren.



Wärmewende

Das Konzept der Wärmewende beschreibt den klimafreundlichen Umbau der Wärmeversorgung. Dazu gehört, Wärmeenergie durch die energetische Modernisierung von Gebäuden einzusparen und den Ausstoß von Treibhausgasen (u.a. Kohlendioxid (CO₂)) beim Heizen durch den Umstieg von fossiler Energie (Heizöl, Erdgas) auf klimaneutrale Technologien (Strom aus erneuerbaren Energien, Wärmepumpe, usw.) zu reduzieren.

3.1

Befürwortung der Transformation und Umsetzungsbewertung im Zeitverlauf

Die mit der Nachhaltigkeitstransformation verbundenen Wenden sind langfristige gesellschaftliche Prozesse, für deren politische Umsetzbarkeit und soziale Nachhaltigkeit entscheidend ist, wie die Bevölkerung diese bewertet und welche damit verbundenen Sorgen und Erwartungen sich über die Zeit stabilisieren oder verändern. Einblicke in die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Energie- und Verkehrswende lieferte das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer bereits in vergangenen Jahren (insbesondere 2021 bis 2023). Dieses längsschnittliche Design zeigt, wie sich die öffentliche Wahrnehmung der Nachhaltigkeitstransformation über die Zeit entwickelt hat. Da die Wärmewende erst im aktuellen Erhebungsjahr detailliert untersucht wurde, konzentriert sich die Zeitverlaufsanalyse auf die Energie- und Verkehrswende.

Hohe Zustimmung bleibt bestehen, wird jedoch zunehmend schwächer

Sowohl die Energie- als auch die Verkehrswende werden weiterhin von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt. Gleichzeitig zeigt sich seit 2021 eine abnehmende Tendenz. Die Befürwortung der Energiewende sank von knapp unter 70 % im Jahr 2021

auf 60 % im Jahr 2026.¹⁵ Auch bei der Verkehrswende verringerte sich die Zustimmung im selben Zeitraum von mehr als der Hälfte (58 %) auf genau die Hälfte. Dieses Muster zeigt sich auch bei der Forderung nach weiteren politischen Maßnahmen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die gesellschaftliche Unterstützung für beide Transformationsprojekte weiterhin vorhanden ist, jedoch die Begeisterung und Einschätzung der politischen Dringlichkeit, auch entsprechend der verringerten Sorge vor dem Klimawandel (vgl. Kapitel 1.1), etwas nachgelassen haben.

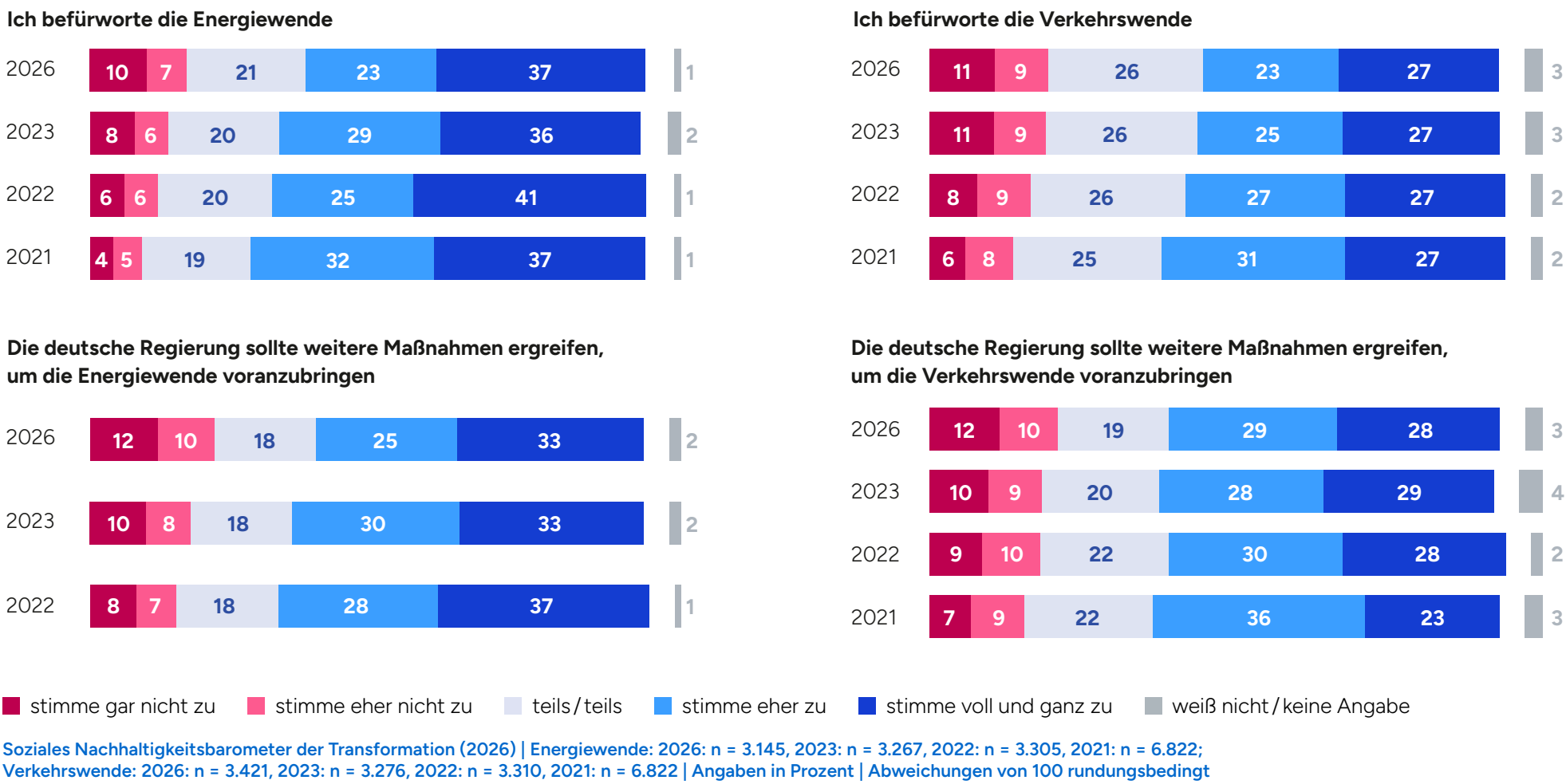
Auch die Vorstellung, Deutschland solle international eine Vorreiterrolle einnehmen, erfährt weiterhin Unterstützung, allerdings auf niedrigerem Niveau als noch vor einigen Jahren. Bei der Energiewende sank die Zustimmung von mehr als der Hälfte in den Vorjahren (57 %) auf unter die Hälfte im Jahr 2026 (45 %). Bei der etwas skeptischer bewerteten Vorreiterrolle in der Verkehrswende verringerte sich die Zustimmung im selben Zeitraum von 47 % auf nun knapp vier von zehn Personen (39 %). Die Bevölkerung bewertet damit Deutschlands Rolle als internationalen Taktgeber zurückhaltender als noch vor wenigen Jahren.

Wahrnehmung der Umsetzung wird überwiegend kritischer

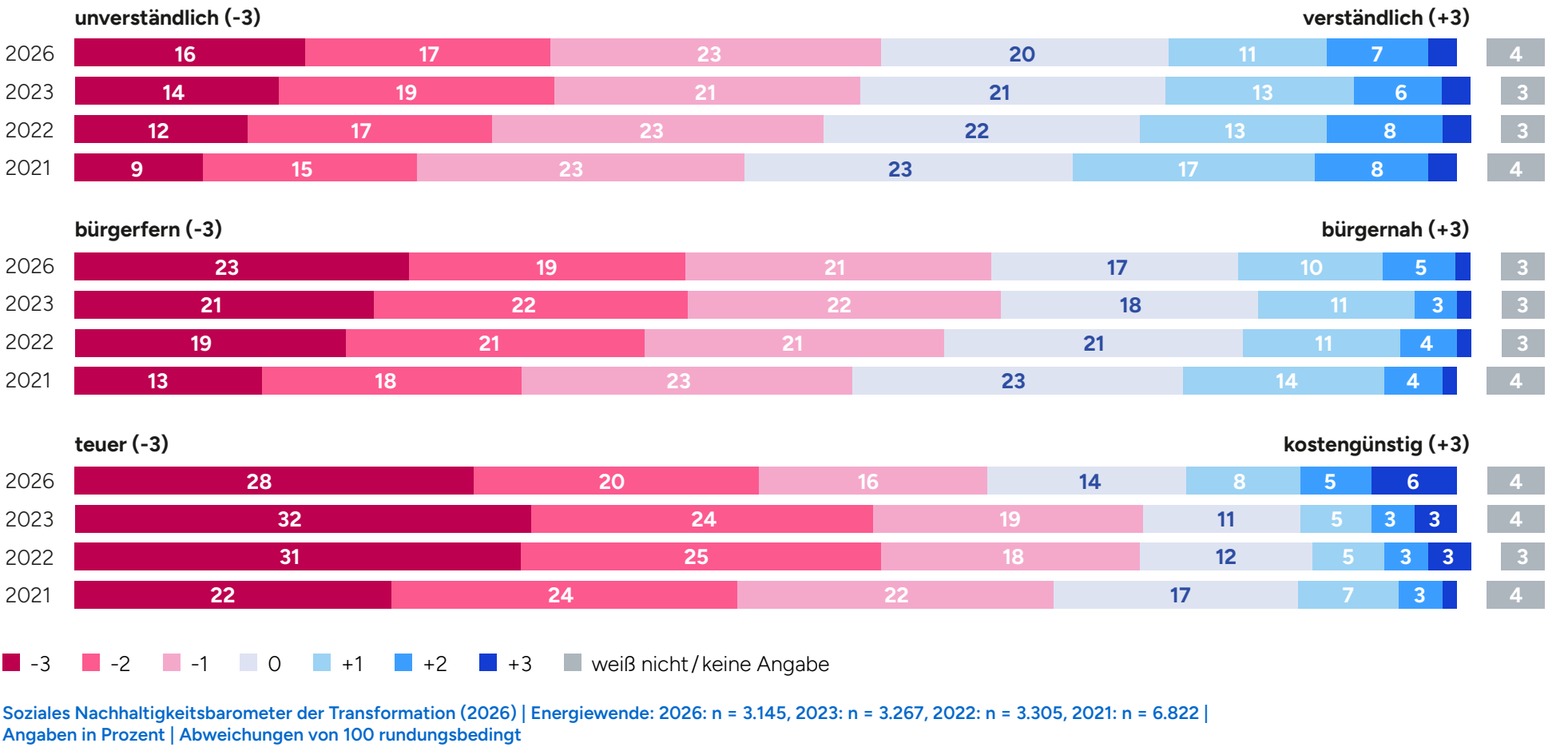
Ergänzend zur Entwicklung der Zustimmung werden im Folgenden die Einschätzungen zur Umsetzung der Energiewende im Zeitverlauf betrachtet. Entsprechende Daten liegen ausschließlich für die Energiewende vor, sie ist jedoch zugleich am weitesten ausdifferenziert und für die Nachhaltigkeitstransformation zentral. Die Befunde können daher auch über sie hinaus als Indikator für die generelle Umsetzungsbewertung des nachhaltigen Wandels verstanden werden.

Im Zeitverlauf zeigt sich eine zunehmend kritische Umsetzungsbewertung. Besonders deutlich verschlechtert hat sich die Wahrnehmung der Energiewende hinsichtlich Bürgernähe und Verständlichkeit (vgl. Kapitel 1.4). Während 2021 bereits eine Mehrheit die Umsetzung als bürgerfern (54 %) und unverständlich (47 %) einschätzte, überwiegen 2026 die skeptischen Bewertungen in beiden Dimensionen nun deutlich (63 und 56 %). Eine stabile Ausnahme bildet die Kostendimension: Obwohl der Anteil derjenigen, die die Umsetzung als teuer wahrnehmen, seit 2021 leicht (–4 Prozentpunkte) zurückging, ist noch immer eine große Mehrheit dieser Meinung. Die Gesamtschau zeigt: Die hohe Kostenwahrnehmung und schwindende Bürgernähe sowie Verständlichkeit

Allgemeine Befürwortung und Unterstützung weiterer Maßnahmen



Umsetzungsbewertung der Energiewende



15 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

belasten das Urteil der Menschen. Eine kontinuierlich kritischer bewertete Umsetzung könnte ein Faktor sein, der auch auf andere Transformationsüberzeugungen abfärbt.

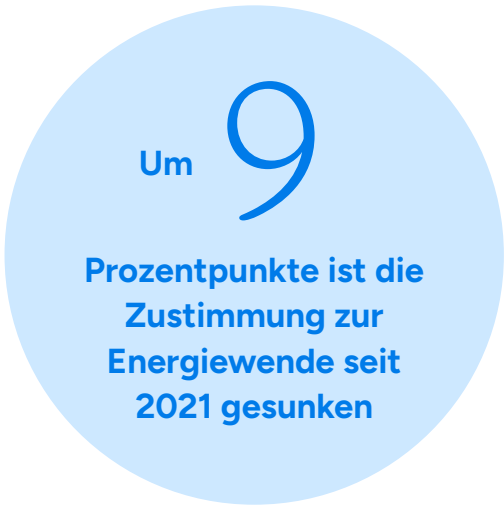
Mehr Zweifel an Nutzen und Folgen der Transformation

Parallel zur leicht sinkenden Befürwortung nehmen sowohl wirtschaftliche Sorgen als auch Zweifel an der Wirksamkeit der Transformation zu. Bei der Energiewende stieg der Anteil derjenigen, die langfristige Wohlstandsrisiken befürchten, von einem Viertel im Jahr 2021 (26 %) auf zwei Fünftel im Jahr 2026 (41 %). Bei der Verkehrswende erhöhte sich die Sorge um den Wirtschaftsstandort im selben Zeitraum um fast 15 Prozentpunkte auf nun 43 %. Gleichzeitig nahm der Anteil der Personen zu, die bezweifeln, dass die Energiewende einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leistet (von 31 auf 44 %). Interessanterweise ist die Anzahl derjenigen, die an der Umweltfreundlichkeit der Verkehrswende zweifeln, eher stabil.

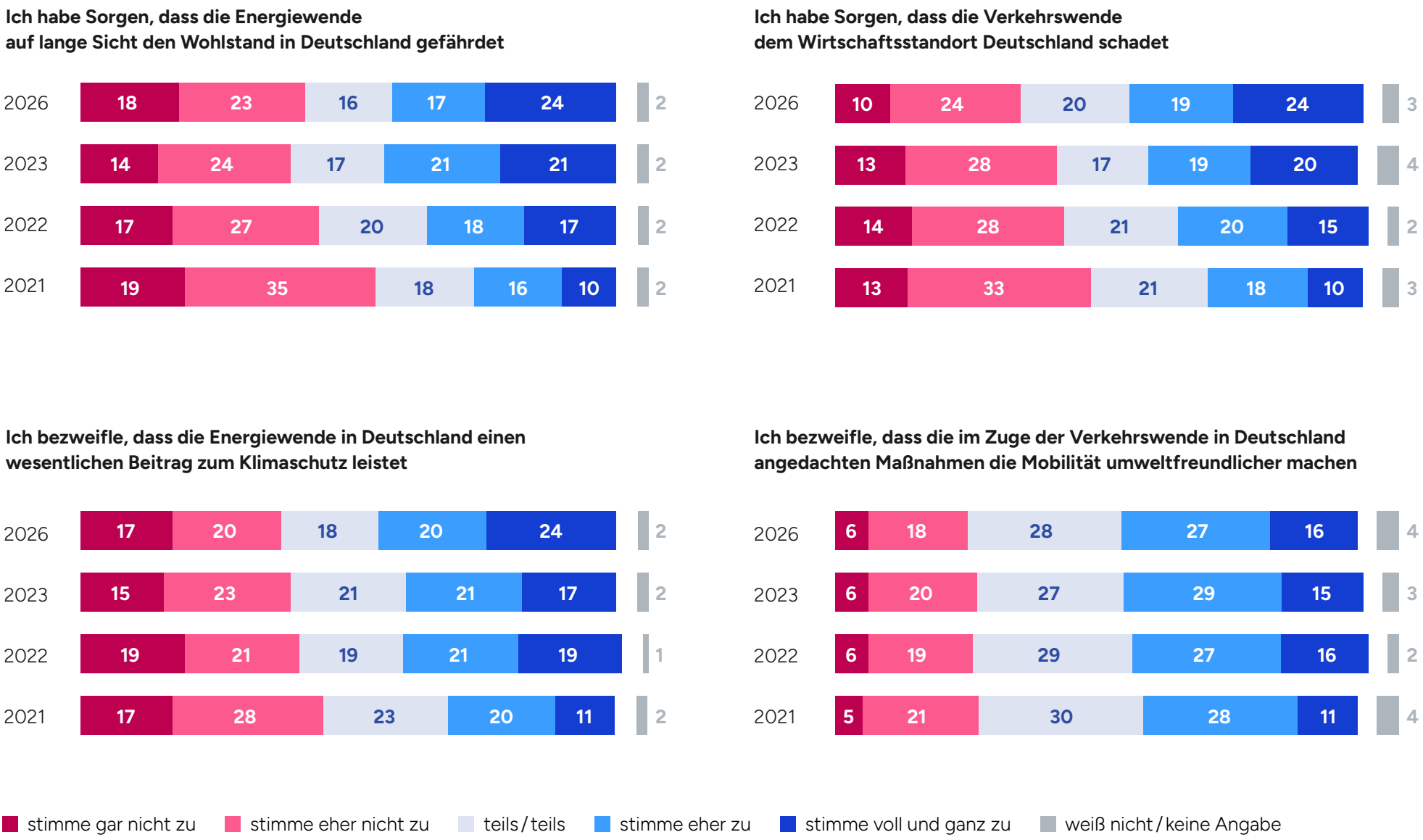
Zustimmung bleibt bestehen, Bedingungen verändern sich

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Energie- und Verkehrswende weiterhin die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung genießt. Gleichzeitig nehmen wirtschaftliche Sorgen und Zweifel an der Wirksamkeit der Maßnahmen und eine kritischere Bewertung der konkreten Umsetzung im Zeitverlauf zu. Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Herausforderungen zu betrachten, die den öffentlichen Diskurs in Deutschland heute deutlich stärker prägen als noch in vergangenen Jahren. In diesem veränderten gesellschaftlichen Klima verstärkt sich die Bedeutung der erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen der Transformation: Ökonomische Risiken könnten von den Bürgerinnen und Bürgern sensibler registriert werden und bei der Gesamtbewertung schwerer ins Gewicht fallen. Weil sich gleichzeitig die Umsetzungsbewertung der Energiewende hinsichtlich Bürger-

nähe und Verständlichkeit im Zeitverlauf spürbar verschlechtert hat, droht das Fundament der allgemeinen Befürwortung weiter zu erodieren. Für die weitere Gestaltung der Transformation dürfte daher nicht nur die Vermittlung ihrer ökologischen Notwendigkeit entscheidend sein. Vielmehr kommt es darauf an, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile glaubwürdig zu kommunizieren und durch konkrete politische Maßnahmen in der Breite spürbar zu machen, wodurch auch die wahrgenommene Umsetzungsqualität als ein zentraler Faktor für die Stabilität gesellschaftlicher Unterstützung verbessert würde.



Erwartete Auswirkungen auf Wohlstand und Standort sowie Klimaschutzbeitrag



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | Energiewende: 2026: n = 3.145, 2023: n = 3.267, 2022: n = 3.305, 2021: n = 6.822; Verkehrswende: 2026: n = 3.421, 2023: n = 3.276, 2022: n = 3.310, 2021: n = 6.822 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt

3.2

Energie-, Verkehrs- und Wärmewende im Vergleich

Während das vorangehende Kapitel zeigt, wie sich die Einstellungen zu Energie- und Verkehrswende über die Zeit entwickelt haben, vergleicht dieses Kapitel erstmals die Wahrnehmung der Transformationsfelder Energie, Verkehr und Wärme¹⁶ in der Bevölkerung. Im Zentrum steht dabei die Frage, in welchem Ausmaß sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den gesellschaftlichen Perspektiven zeigen.

Alle Wenden werden grundsätzlich unterstützt, aber Energiewende im Vergleich am beliebtesten

Die Energiewende weist die höchste gesellschaftliche Unterstützung auf: Sechs von zehn Personen (60 %) befürworten sie, während es bei der Verkehrs- und Wärmewende rund die Hälfte ist.¹⁷ Bei der Forderung nach weiteren politischen Maßnahmen in den Transformationsfeldern zeigt sich ein ähnliches Muster: In allen drei befürworten absolute Mehrheiten weitere Maßnahmen, wobei sie in der Energiewende die größte Unterstützung erfahren. Insgesamt bleiben die Unterschiede zwischen den Wenden relativ gesehen moderat. Ein auffälliger Unterschied ist jedoch, dass die Wärmewende bei nahezu allen Fragen häufiger mit „weiß nicht“ beantwortet wird als die Energie- oder Verkehrswende. Ein Unterschied von der Wärmewende zu den anderen beiden liegt damit auch im Grad der Unsicherheit bei der Meinungsbildung.

Breite Anerkennung positiver lokaler Umweltwirkung – Zweifel an der Klimawirksamkeit

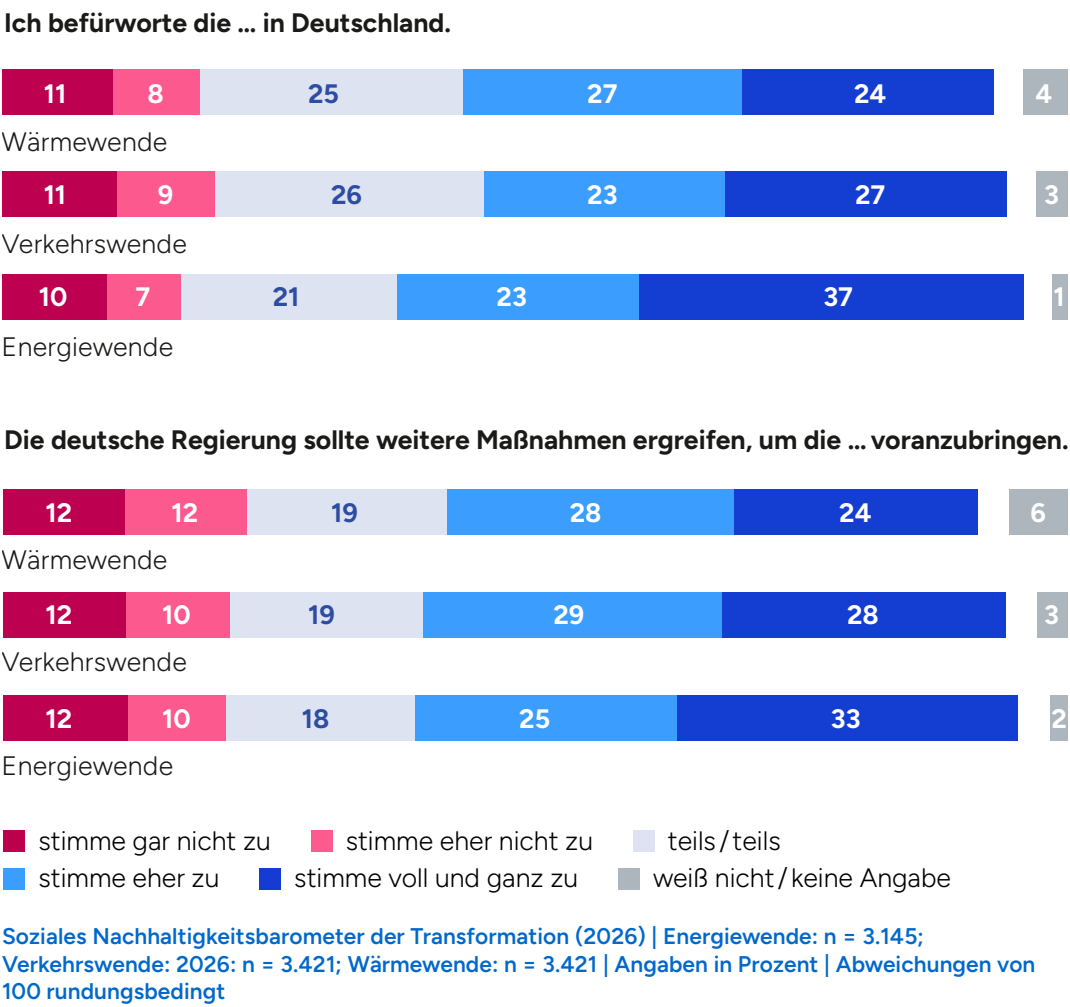
Bei allen drei Wenden ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung der Ansicht, dass diese zu einer lebenswerteren und gesünderen Umwelt beitragen. Die Unterschiede zwischen den Transformati-

onsfeldern fallen dabei gering aus. Positive Bewertungen der lokalen Umweltqualität bedeuten jedoch nicht automatisch, dass auch die Klimaschutzwirksamkeit der Maßnahmen als hoch eingeschätzt wird. Zwischen 44 und 36 % bezweifeln sie je nach Wende. Der scheinbare Widerspruch verweist auf unterschiedliche Wahrnehmungsebenen: Lokale Auswirkungen der Transformation können erfahrungsbasiert beurteilt werden, während Beiträge zum Klimaschutz vor dem Hintergrund der Gegenbewegungen mancher internationaler Partner besondere Unsicherheiten bergen.

Soziale und wirtschaftliche Risiken als gemeinsamer Deutungsrahmen

Über alle drei Transformationsfelder hinweg zeigt sich zudem eine hohe Übereinstimmung in der Wahrnehmung des sozialen Risikos. Etwa die Hälfte der Bevölkerung befürchtet, dass die jeweiligen Wenden zu einer stärkeren sozialen Spaltung beitragen könnten

Allgemeine Befürwortung und Unterstützung weiterer Maßnahmen

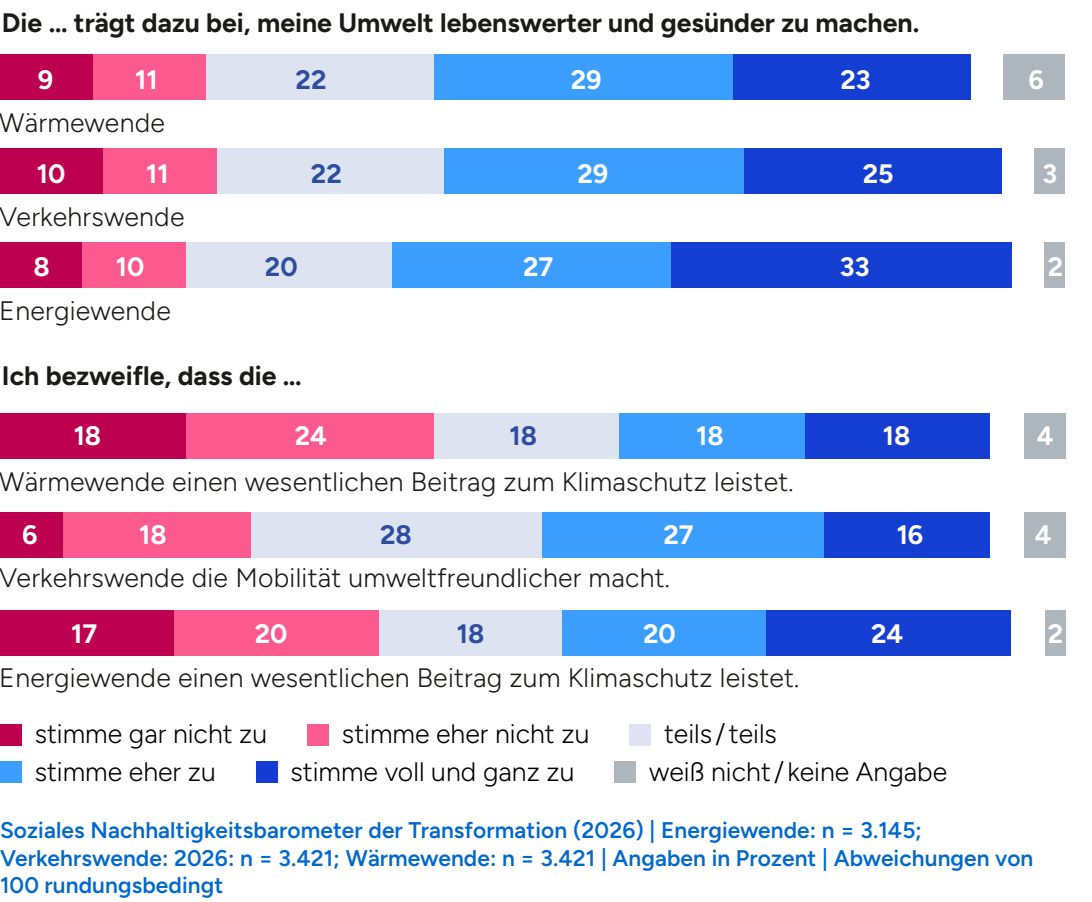


(48 bis 51 %). Sorgen vor langfristigen wirtschaftlichen Schäden zeigen ein differenzierteres Bild. Am unkritischsten wird die Wärmewende bewertet – vermutlich, weil ihr geringere wirtschaftliche Bedeutung zugeschrieben wird. Bei der Energiewende halten sich sorgenvollere und sorglosere Einschätzungen die Waage. Kritischer wird die Verkehrswende bewertet, was mit den verbreiteten Erwartungen negativer Beschäftigungseffekte im Einklang steht (vgl. Kapitel 3.3). Bemerkenswert ist in diesen Befunden weniger der Unterschied zwischen den einzelnen Wenden als vielmehr die Breite der Einschätzungen. Fragen nach den sozialen und wirtschaftlichen Folgen beschäftigen nicht vernachlässigbare Teile der Bevölkerung – unabhängig davon, ob es um die Energie-, Verkehrs- oder Wärmewende geht.

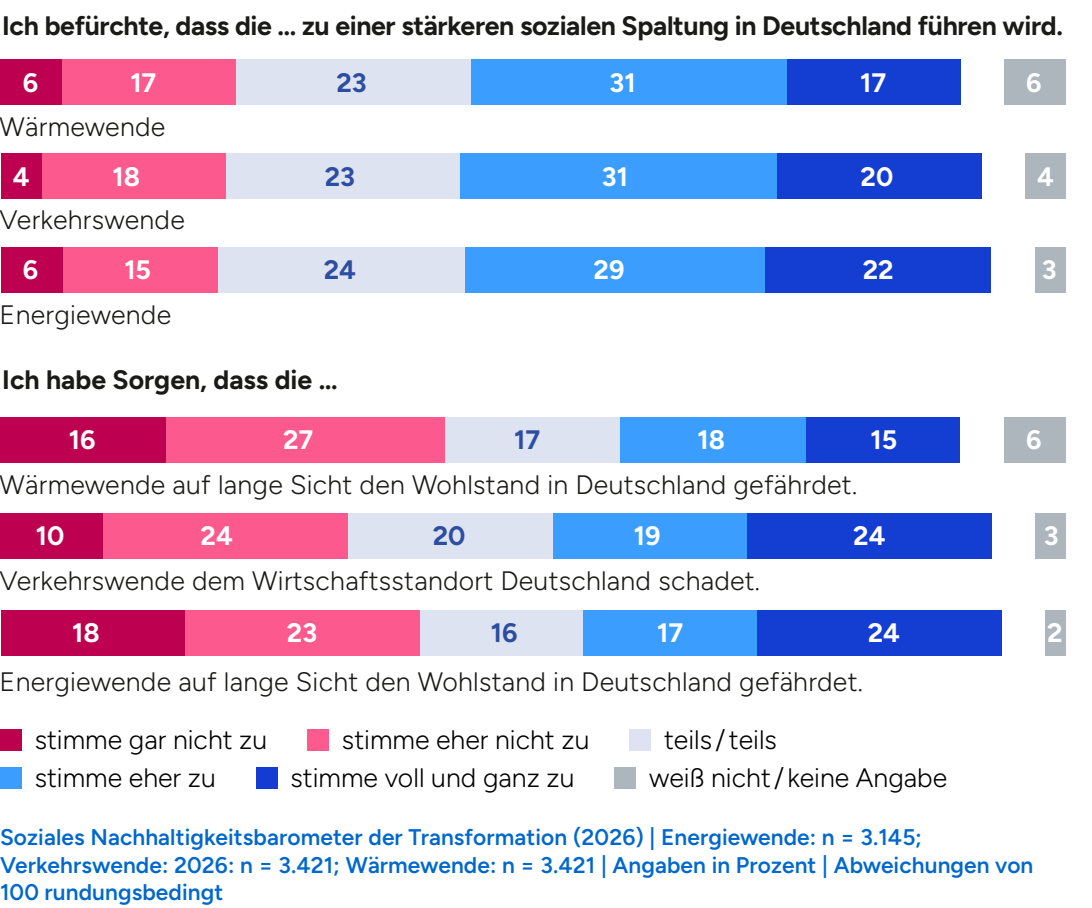
Ähnliche Bewertungsmuster bei leichtem Vorteil für die Energiewende

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass sich die drei Wenden in vielen Dimensionen ähnlich bewertet werden. Unabhängig davon, ob es um Energie, Verkehr oder Wärme geht, prägen vergleichbare soziale Sorgen sowie Fragen nach der Wirksamkeit die Wahrnehmung der Transformation. Unterschiede zeigen sich vor allem in der höheren Zustimmung zur Energiewende im Vergleich zu Verkehrs- und Wärmewende. Die Daten sprechen dafür, dass der unter dem Begriff „Energiewende“ gefasste allgemeine Umbau des Energiesystems etwas breiter unterstützt wird als vergleichbare, ebenfalls energiebezogene Veränderungen in den Bereichen Verkehr und Wärme, die jedoch nicht in gleicher Weise mit diesem leitenden Begriff verbunden sind. Trotz des höheren Rückhalts für die Energiewende treten bei allen drei Wenden ähnliche ausgeprägte Hoffnungen, Sorgen und Zweifel zutage. Damit legen die Ergebnisse nahe, dass die Bevölkerung weniger zwischen einzelnen Wenden als zwischen unterschiedlichen Erwartungen an die Transformation insgesamt unterscheidet. Die Bewertung einzelner Transformationsfelder scheint damit eng eingebettet in eine allgemeinere Sicht auf die Nachhaltigkeitstransformation als gesellschaftliches Projekt.

Erwartete Auswirkungen auf die Umwelt und Klimaschutzbeitrag



Sorge vor sozialer Spaltung und erwartete Auswirkungen auf Wohlstand und Standort



16 Für eine Beschreibung, wie die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende beim Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer verstanden werden, siehe S. 21.
17 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

3.3

Wirtschaftliche Auswirkungen der Wenden im Detail

Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Folgen der Transformation gehört zu den zentralen Dimensionen ihrer sozialen Nachhaltigkeit. Sie betrifft neben den erwarteten allgemeinen Auswirkungen (vgl. Kapitel 3.2) auch Fragen von Beschäftigung und Versorgungssicherheit als auch die persönliche finanzielle Situation. Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den Perspektiven der Bevölkerung auf diese Fragen im Kontext der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende.

Kurzfristig überwiegend negative Auswirkungen erwartet

Über alle drei Transformationsfelder hinweg rechnet die Mehrheit der Bevölkerung mit negativen Auswirkungen auf die eigene finanzielle Situation in den kommenden fünf Jahren.¹⁸ Bei der Energie- und Wärmewende erwarten jeweils 55% negative Effekte, bei der Verkehrswende sind es 50%. Positive Erwartungen bleiben mit jeweils unter 12% deutlich in der Minderheit. Auch die kurzfristigen persönlichen Auswirkungen auf die Versorgung mit Strom und Wärme sowie die Möglichkeiten, sich im Alltag fortzubewegen, werden eher negativ als positiv bewertet, wobei bei der Energie- und Wärmewende neutrale Positionen überwiegen: 36 bzw. 37% gehen hier von weder positiven noch negativen Auswirkungen aus.

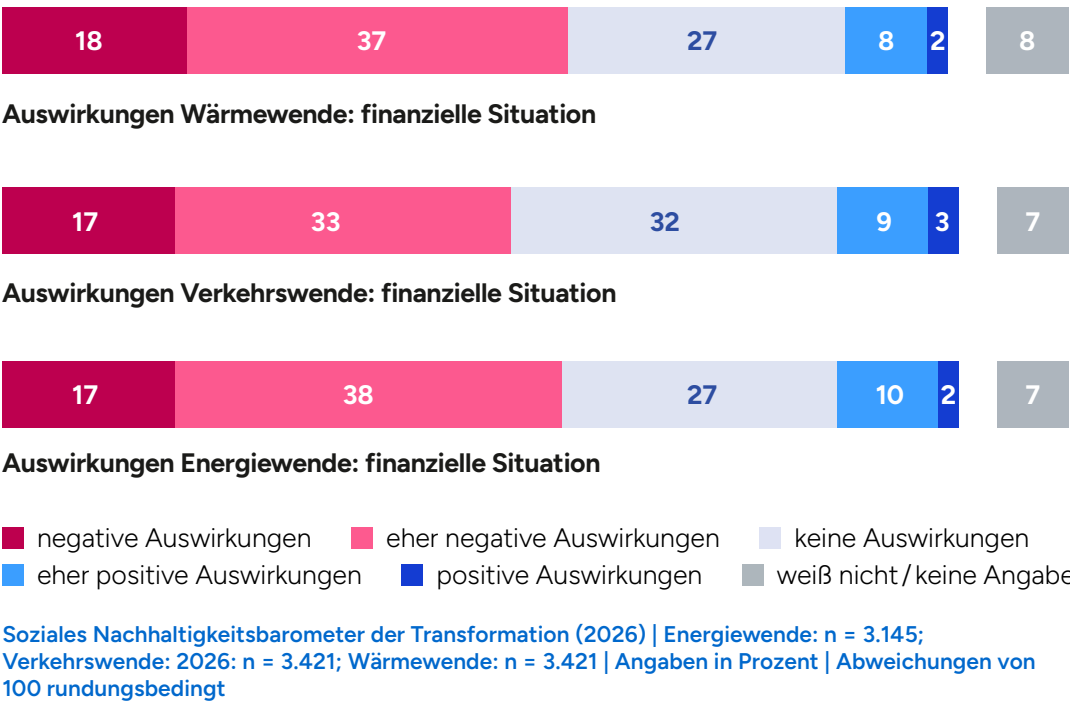
Diese Ergebnisse zeigen ein gemeinsames Grundmuster: Die Transformation wird in den nächsten Jahren eher als potenzielle Belastung im Alltag wahrgenommen, unabhängig vom jeweiligen Transformationsfeld. Kurzfristige Sorgen prägen damit maßgeblich die Perspektive auf alle drei Wenden.

Langfristige Chancen und Risiken werden unterschiedlich bewertet

Deutlich differenzierter fallen die Einschätzungen langfristiger wirtschaftlicher Auswirkungen aus. Bei allen drei Wenden unterstützt eine absolute Mehrheit die Idee, heute stärker zu investieren, um künftig höhere Folgekosten durch den Klimawandel zu vermeiden (Energie- und Wärmewende jeweils 60%; Verkehrswende 56%). Gleichzeitig unterscheiden sich die Erwartungen hinsichtlich der konkreten wirtschaftlichen Erträge dieser Investitionen. Während knapp die Hälfte der Bevölkerung davon ausgeht, dass die Energie- und Wärmewende langfristig die Kosten senkt (46 und 45%), teilt nur etwas mehr als ein Drittel diese Erwartung für die Verkehrswende (36%).

Auch bei den Beschäftigungseffekten ist die Einschätzung eher negativ geprägt. Lediglich eine Minderheit erwartet, dass die Energie- und Verkehrswende insgesamt mehr Arbeitsplätze schafft als vernichtet. Bei der Energiewende ist es immerhin noch knapp ein Drittel (30%). Besonders verhalten fällt diese Einschätzung bei der Verkehrswende aus (19%). Auffällig ist bei dieser Frage auch der hohe Anteil an „Weiß nicht/keine Angabe“-Antworten und der etwas höhere Anteil an „teils/teils“, die auf größere Unsicherheiten hinweisen und die Möglichkeit an die Politik kommunizieren, hier überzeugen zu können.

Persönliche finanzielle Auswirkungen in den nächsten fünf Jahren



18 Hier wurden die Erwartungen eher negativer oder positiver Auswirkungen und eindeutig negative oder positive Auswirkungen aufaddiert.

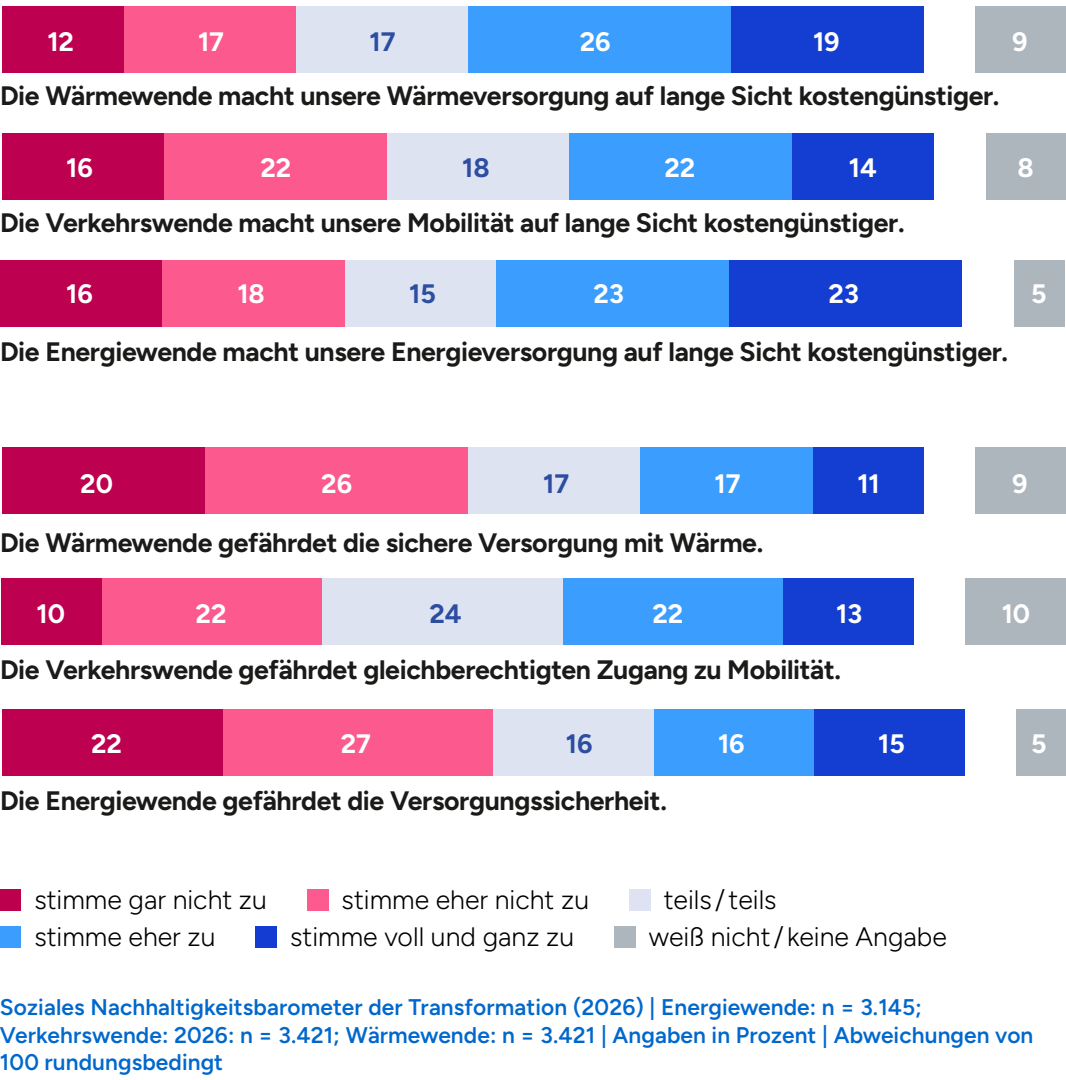
Bei der Verkehrswende zeigt sich darüber hinaus ein besonders geteiltes Meinungsbild hinsichtlich der Folgen für den Zugang zu Mobilität. Während rund ein Drittel davon ausgeht, dass sie den Zugang zu Mobilität gerechter macht (32%), erwartet ein ähnlich großer Teil eher negative Auswirkungen (35%). Im Einklang mit der Ambivalenz bei der Frage nach der Kostenentwicklung in der Mobilität dominiert hier weder eine positive noch eine negative Sichtweise. Ob die Verkehrswende Mobilität künftig für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen besser oder schlechter zugänglich macht – sei es durch Kosten oder das verfügbare Mobilitätsangebot –, bleibt aus Sicht der Bevölkerung offen.

Im Hinblick auf Versorgungssicherheit und Energieabhängigkeiten ergibt sich im Zusammenhang mit der Energiewende ein differenziertes Bild. Die Energiewende wird von fast der Hälfte der Menschen in Deutschland als Möglichkeit gesehen, Deutschland besser gegen geopolitisch bedingte Energiepreisschocks zu schützen (49%). Im Einklang damit steht, dass über vier von zehn Personen bezweifeln, die Energiewende erhöhe die Abhängigkeit vom Ausland. Dennoch gibt es auch nicht unerhebliche Bevölkerungsteile, die gegenteilige Meinungen haben. Die Politik kann damit auf einer bereits vorhandenen Zustimmung aufbauen, steht jedoch weiterhin vor der Aufgabe, die energie- und sicherheitspolitischen Vorteile der Energiewende überzeugender zu vermitteln.

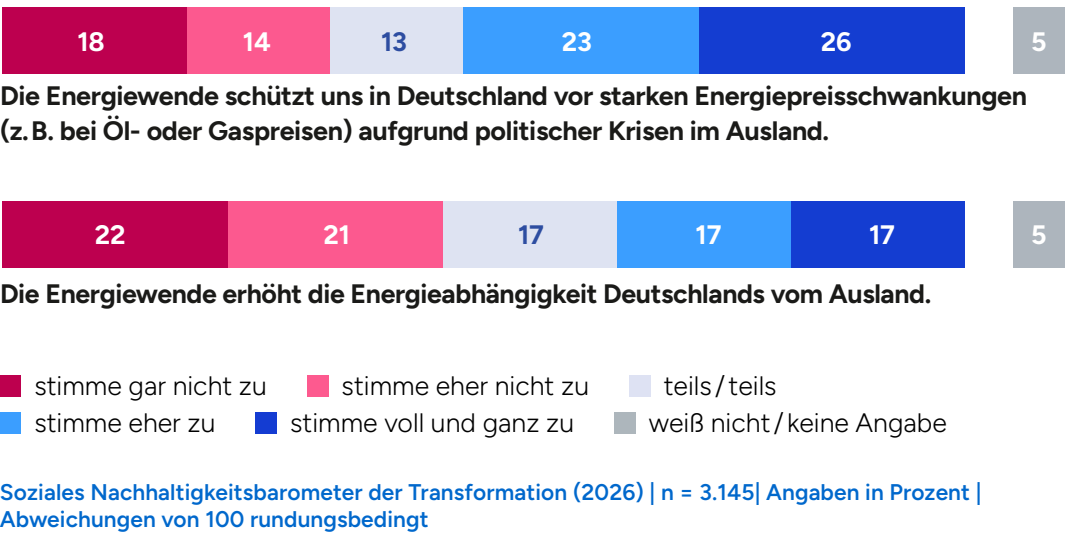
Ähnliche Grundhaltung, unterschiedliche wirtschaftliche Erwartungen

Insgesamt zeigen die Ergebnisse ein nuanciertes Bild der wirtschaftlichen Wahrnehmung der Nachhaltigkeitstransformation. Über alle drei Wenden hinweg dominieren kurzfristige Belastungserwartungen, insbesondere mit Blick auf die eigene finanzielle Situation. Gleichzeitig besteht jedoch eine bemerkenswerte Bereitschaft, Investitionen in die Transformation zu unterstützen, die das Ziel verfolgen, spätere Kosten abzuwenden. Die Bevölkerung erscheint damit weder grundsätzlich ablehnend noch uneingeschränkt optimistisch, sondern wägt erwartete Kosten und Nutzen gegeneinander ab.

Erwartete Auswirkungen auf langfristige Kostenentwicklung, Versorgung und Zugang

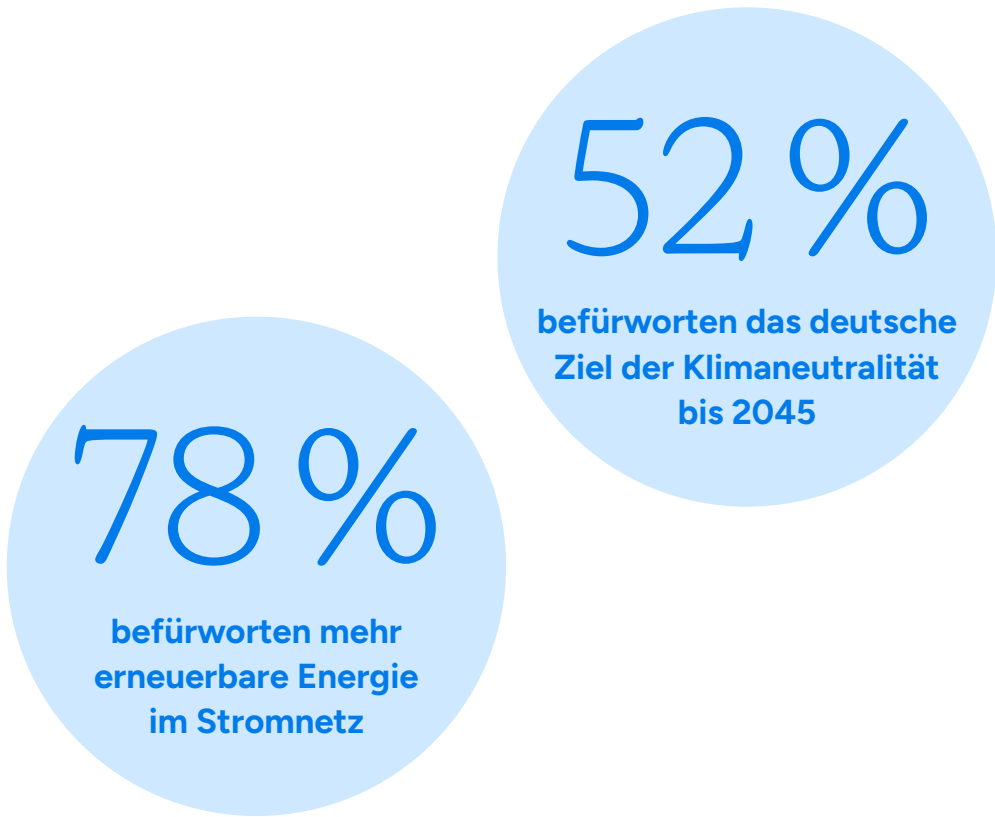


Wahrgenommener Einfluss auf Abhängigkeiten



3.4

Politische Zielsetzungen der Wenden



Die politischen Zielsetzungen der Energie-, Verkehrs-, und Wärmewende folgen unterschiedlichen politischen Transformationslogiken. Diese reichen von der Förderung technologischer Innovationen bis hin zu Maßnahmen, die Veränderungen des individuellen Konsum-, Mobilitäts- und Nutzungsverhaltens erfordern. Die politischen Zielsetzungen strukturieren damit die möglichen Transformationspfade und prägen zugleich die Verteilung von Kosten, Nutzen und Anpassungserfordernissen. Die Ergebnisse des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers geben Aufschluss darüber, welche Wege im nachhaltigen Wandel auf breite Akzeptanz stoßen und bei welchen Maßnahmen die politische Umsetzung vor Herausforderungen steht.

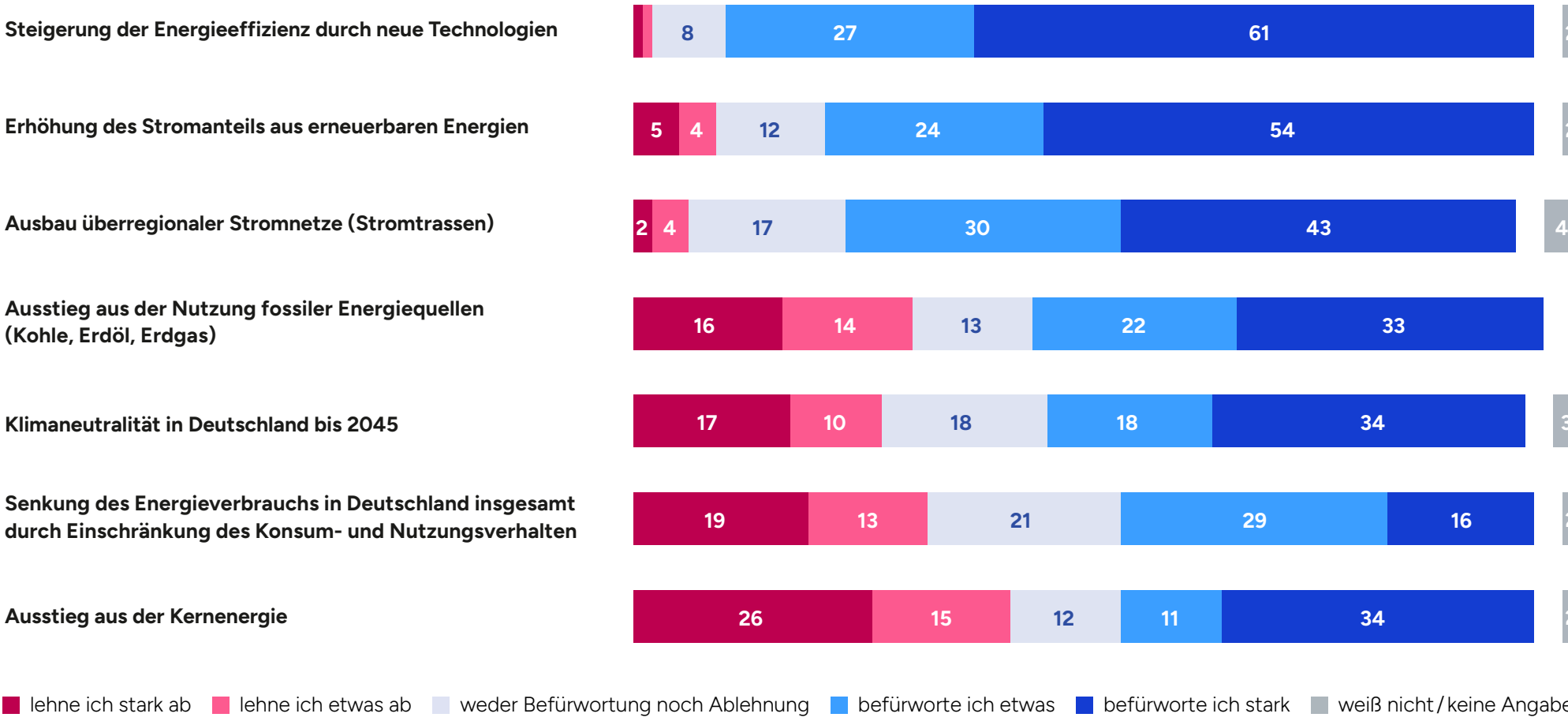
Breite Unterstützung für einen technologischen Transformationspfad der Energiewende

Im Bereich der Energiewende zeigt sich insgesamt eine hohe Zustimmung zu den untersuchten politischen Zielsetzungen. Die größte Unterstützung erfährt die Steigerung der Energieeffizienz durch neue Technologien. Fast neun von zehn Personen (88 %) stimmen diesem Ziel zu, während nur eine sehr kleine Minderheit (2 %) Ablehnung äußert.¹⁹ Auch die Erhöhung des Stromanteils aus erneuerbaren Energien wird von einer deutlichen Mehrheit getragen (78 %). Für Ergebnisse zur Akzeptanz von Erneuerbaren Energien vor Ort siehe Kapitel 4.2. Eine ähnliche Zustimmung wie bei der Erhöhung des Stromanteils der Erneuerbaren zeigt sich beim Ausbau überregionaler Stromnetze, der von knapp drei Vierteln (73 %) der Bevölkerung befürwortet wird. Etwas differenzierter fallen die Bewertungen langfristiger energiepolitischer Zielsetzungen aus. So wird der Ausstieg aus fossilen Energieträgern zwar mehrheitlich unterstützt (55 %), jedoch steht auch knapp ein Drittel diesem ablehnend gegenüber (30 %). Auch das konkrete politische Ziel, die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, wird von einer Mehrheit (52 %) unterstützt, während etwas mehr als ein Viertel Vorbehalte äußert (27 %). Eine vergleichsweise geringere Unterstützung erfährt die Senkung des Energieverbrauchs durch Einschränkungen des Konsum- und Nutzungsverhaltens. Zwar befürwortet etwas weniger als die Hälfte (45 %) der Bevölkerung dieses Ziel, doch der Anteil der voll und ganz Überzeugten ist von allen abgefragten Zielen hier am niedrigsten (17 %). Besonders kontrovers wird der Ausstieg aus der Kernenergie bewertet, bei dem sich die gesellschaftliche Debatte widerspiegelt. Hier stehen sich Zustimmung (45 %) und Ablehnung (41 %) nahezu gleichwertig gegenüber. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass übergeordnete Ziele wie Klimaneutralität oder der Ausbau erneuerbarer Energien grundsätzlich auf breite Zustimmung stoßen. Dagegen werden Maßnahmen, die mit zunehmender Eingriffsintensität oder politischer Kontroversität verbunden sind, deutlich differenzierter bewertet.

Alternative Mobilität wird unterstützt, Autoverzicht unbeliebt

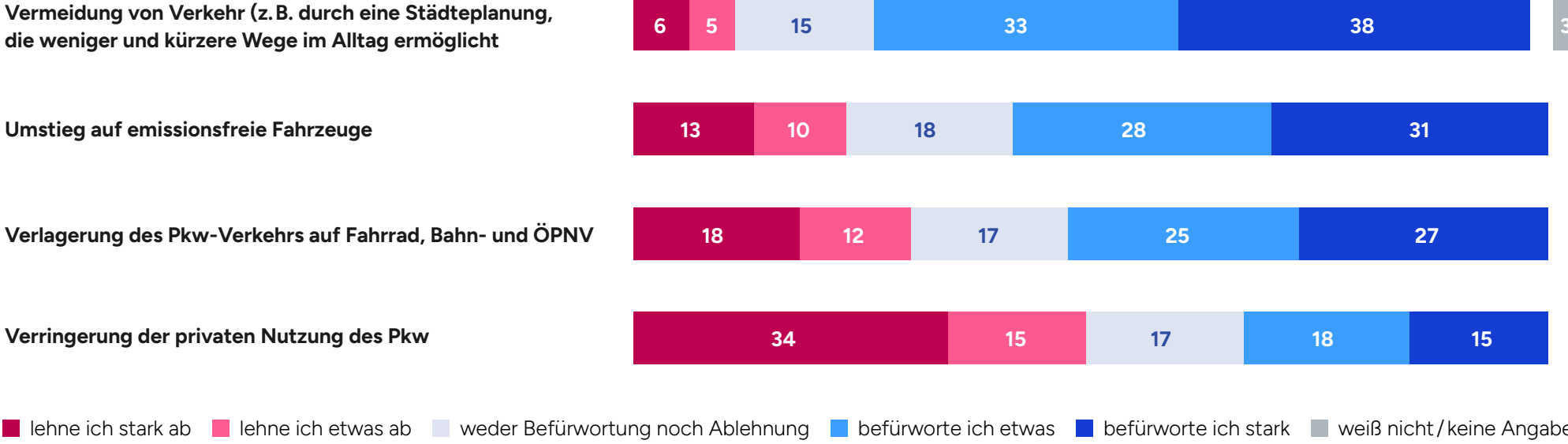
Im Bereich der Verkehrswende existieren differenzierte Meinungsbilder hinsichtlich der unterschiedlichen politischen Zielsetzungen. Die höchste Zustimmung (71 %) erfährt die Vermeidung

Unterstützung politischer Ziele der Energiewende



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.145 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt | Zahlen unter 2 % aus darstellerischen Gründen nicht abgebildet

Unterstützung politischer Ziele der Verkehrswende



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.421 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt | Zahlen unter 2 % aus darstellerischen Gründen nicht abgebildet

19 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

INFOBOX
Gebäudemodernisierungsgesetz



Die am 1. Januar 2024 in Kraft getretene zweite Novelle des bereits im Jahr 2020 beschlossenen Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sah u. a. den verpflichtenden Einbau von Heizungen mit 65 % Erneuerbaren Energien in Neubauten und den perspektivischen Ersatz von alten Heizungen in Bestandsgebäuden vor. Im Jahr 2026 soll dieses Gesetz durch das Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) abgelöst werden.²⁰ Es verzichtet auf die entsprechenden Verpflichtungen und sieht stattdessen durch die sogenannte „Biotreppe“ eine stufenweise Beimischungspflicht von klimaneutralen Brennstoffen vor. Am 10. Juli 2026 wurde das neue Gesetz von Bundesrat und Bundestag beschlossen.

von Verkehr durch eine Stadt- und Raumplanung, die kürzere Wege ermöglicht. Ebenfalls mehrheitlich unterstützt wird der Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge (59%). Auch die Verlagerung des Pkw-Verkehrs auf Fahrrad, Bahn und öffentlichen Personennahverkehr findet bei einer Mehrheit (52%) Zustimmung. Die geringste Unterstützung innerhalb der Verkehrswende erfährt die Verringerung der privaten Nutzung der Pkw. Lediglich ein Drittel der Bevölkerung (33%) unterstützt dieses Ziel, während knapp die Hälfte (49%) ihm ablehnend gegenübersteht. Die Ergebnisse deuten auf unterschiedliche Akzeptanzmuster verkehrspolitischer Zielsetzungen hin. Dabei zeigt sich, dass die Zustimmung nicht primär von der angestrebten Veränderung des Mobilitätsverhaltens abhängt, sondern vielmehr von der konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Maßnahme. Während Zielset-

zungen, die den Umstieg auf alternative Verkehrsmittel oder emissionsfreie Antriebe fördern, überwiegend Akzeptanz erfahren, stoßen pauschale Maßnahmen, die auf die Verringerung der privaten Pkw-Nutzung abzielen (vgl. Kapitel 4.2), auf deutlich geringere Zustimmung. Offenbar wird nicht die grundsätzliche Veränderung des Mobilitätsverhaltens als solches bewertet, sondern die Art und Weise, wie diese Zielsetzung erreicht werden soll.

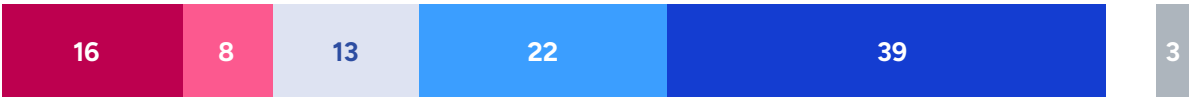
Mehrheit für Heizungen aus erneuerbaren Energien trotz Skepsis beim fossilen Ausstieg

Im Vergleich liegen die größten Herausforderungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Zielakzeptanz bei der Wärmewende, auch wenn sie grundsätzlich befürwortet wird (vgl. Kapitel 3.3) und durchaus individuelle Handlungsbereitschaft vorhanden ist (vgl. Kapitel 4.4). Die höchste Zustimmung erhält die Vorgabe, in Wohnneubauten Heizungen mit einem Anteil von mindestens 65% erneuerbarer Energie einzubauen. Diese Zielsetzung wird von einer klaren Mehrheit (61%) unterstützt. Auch der verpflichtende Einbau bei einem notwendigen Heizungsaustausch in Bestandsgebäuden wird von einer relativen Mehrheit befürwortet (47%), wenngleich dieses Ziel auch von mehr als einem Drittel abgelehnt wird (36%). Deutlich kritischer wird hingegen das Ziel eines vollständigen Ausstiegs aus Gas- und Ölheizungen bis 2045 bewertet. Während fast vier von zehn Personen (39%) dieses Ziel unterstützen, überwiegt der Anteil derjenigen, die es ablehnen (44%). Damit handelt es sich um das einzige der drei hier präsentierten Wärmewendeergebnisse, bei der die Ablehnung die Zustimmung übersteigt. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass die Bevölkerung zwischen konkreten Transformationsschritten und einer verbindlichen langfristigen Zielvorgabe unterscheidet. Die Politik kann damit auf einer grundsätzlichen Unterstützung der Wärmewende und konkreter Maßnahmenvorschläge aufbauen, muss jedoch berücksichtigen, dass insbesondere weitreichende und zeitlich verbindliche Zielsetzungen auf größere Vorbehalte stoßen.

Unterstützung politischer Ziele der Wärmewende



Verpflichtender Einbau von Heizungen mit mindestens 65 % aus erneuerbaren Energien bei Wohnneubauten



Verpflichtender Einbau von Heizungen mit mindestens 65 % aus erneuerbaren Energien bei Bestandsgebäude ab 2028 wenn Austausch notwendig ist



Vollständiger Ausstieg aus Gas und Öl beim Heizen in Deutschland bis 2045



■ lehne ich stark ab ■ lehne ich etwas ab ■ weder Befürwortung noch Ablehnung ■ befürworte ich etwas ■ befürworte ich stark ■ weiß nicht / keine Angabe

Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.421 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt



20 Vgl. Bundesregierung (2026). Alltagstauglicher Klimaschutz mit Gebäudemodernisierungsgesetz. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (Download 29.7.26).



Transformation im Alltag: Investitionen, Verhalten und lokale Akzeptanz

Die Energiewende stößt auf hohe Zustimmung und Beteiligungsbereitschaft. Finanzielle und organisatorische Hürden hemmen jedoch die Umsetzung.

Erneuerbare Energien sind mehrheitlich akzeptiert, auch Windenergie vor Ort. Finanzielle und prozedurale Beteiligung stimmt ein Drittel der Gegnerschaft um.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung die Verkehrswende vor allem als technologische Modernisierung und weniger als Verzicht auf Mobilität versteht.

Die Menschen stehen Maßnahmen der Wärmewende überraschend offen gegenüber. Entscheidend für die Umsetzung ist vor allem die Finanzierung der hohen Anfangsinvestitionen.

4.1

Handlungsbereitschaft in der Energiewende

Für Bürgerinnen und Bürger gibt es vielfältige Möglichkeiten, die Energiewende aktiv mitzugestalten. Die Möglichkeiten reichen vom niedrigschwelligen Bezug von Ökostrom bis hin zur Investition in eine Photovoltaikanlage (PV-Anlage) auf dem eigenen Dach oder Balkon oder die finanzielle Beteiligung an Wind- oder Solarparks. Wie groß die Bereitschaft der Menschen in Deutschland ist, solche Maßnahmen im Rahmen der Energiewende zu ergreifen, zeigen die Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers.

Bereitschaft zum Bezug von Ökostrom weiterhin sehr hoch

Unabhängig, ob man im Wohneigentum oder zur Miete wohnt, kann man bei der Herkunft des Stroms auf erneuerbare Energien setzen. Obwohl der Anteil von erneuerbaren Energien im gesamten Strommix in Deutschland bereits bei über 50 % liegt,²¹ kann man mit dem Bezug von 100 % „grünem“ Strom noch ein Zeichen setzen. Eine relative Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bezieht bereits sogenannten „Ökostrom“ (42 %), während weitere Teile sich das gut vorstellen können (35 %) oder es sich fest vorgenommen haben (5 %). Diese Zahlen haben sich im Vergleich zu 2023 kaum verändert. Das Einkommen hat auf die Wechselbereitschaft zu Ökostrom kaum einen Einfluss, während einkommensstärkere Personen den Wechsel tendenziell bereits etwas häufiger vollzogen haben.

Eine weitere Möglichkeit, von grün erzeugtem Strom zu profitieren, ist der Bezug von Mieterstrom, der auf dem Dach des Mehrfamilienhauses erzeugt wird. Allerdings schränken anhaltende institutionell-organisatorische Hürden die Praxistauglichkeit des Mieterstrommodells ein.²² Zwar kann es sich über die Hälfte der Bevölkerung gut vorstellen (50 %), jedoch geben nur 6 % der Bürgerinnen und Bürger an, über diese Möglichkeit Strom zu beziehen. Für jede fünfte Person kommt der Bezug von Mieterstrom in diesem Jahr jedoch (eher) nicht infrage (21 %), während 2022 die Ablehnung nur bei 8 % lag.

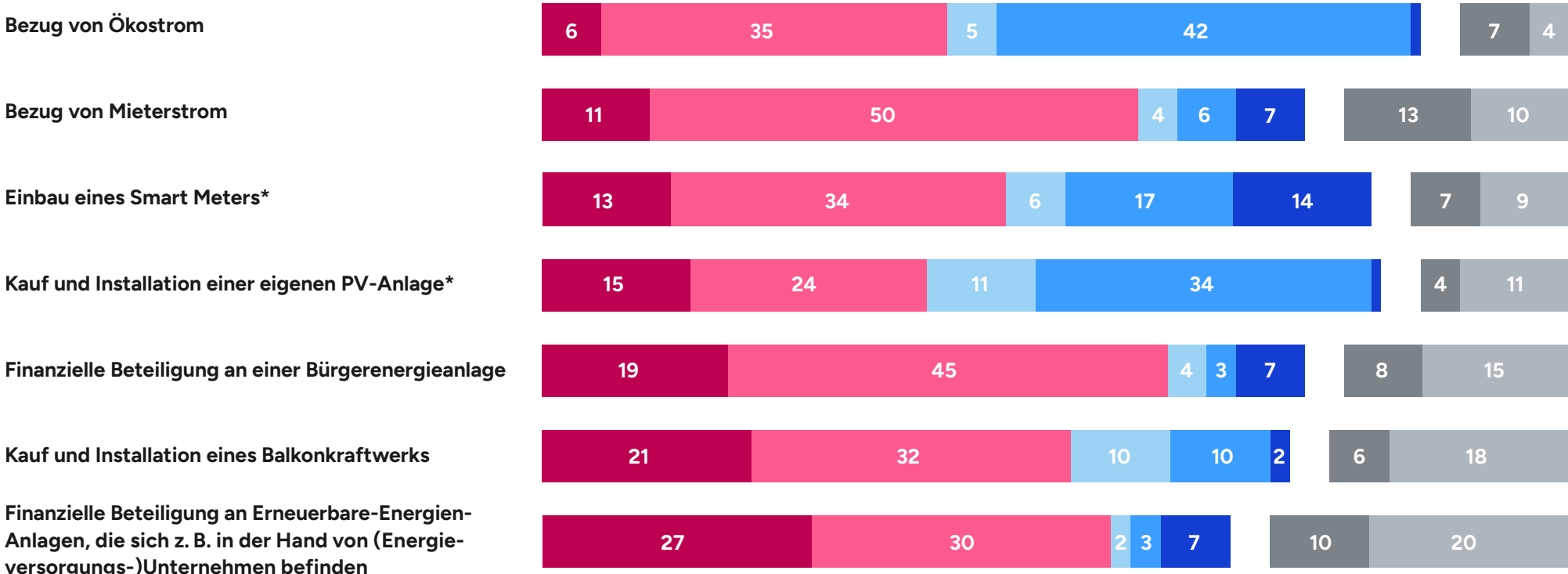
Interesse an eigenen PV-Dachanlagen, Balkonkraftwerken und Smart Meter besteht

Ein Drittel der Menschen mit Wohneigentum gibt an, sich bereits eine eigene PV-Anlage angeschafft zu haben (34 %). Zusammengekommen zusammengekommen kann sich über ein weiteres Drittel die Installation entweder gut vorstellen (24 %) oder hat sich diese fest vorgenommen (12 %). Im Einklang damit befürworten drei Viertel der Menschen (74 %) die Fortführung der staatlichen Förderung von Solaranlagen für private Haushalte. Im Jahresvergleich mit 2023 zeigt sich ein positiver Trend: Mehr Anlagen wurden installiert (+7 Prozentpunkte), wenngleich die Anzahl der Personen, die sich die Anschaffung grundsätzlich vorstellen können, sinkt (– 8 Prozentpunkte). Grundsätzliche Offenheit besteht auch beim Einbau eines Smart Meters. Hier hat etwa jede sechste Person mit Wohneigentum den Einbau vollzogen (17 %), für vier von zehn Personen kommt dies infrage oder haben sich diesen fest vorgenommen (40 %). Gleichzeitig hat immer noch ein gewisser Anteil der Menschen nichts von dieser Maßnahme gehört (14 %). Für Mieterinnen und Mieter besteht die Möglichkeit, durch die Installation eines Balkonkraftwerks an der Energiewende direkt teilzuhaben: Etwa vier von zehn Personen können sich eine solche Anschaffung vorstellen oder haben sich diese fest vorgenommen (40 %). Die Anschaffungsquote unter Mieterinnen und Mietern (4 %) ist jedoch geringer als unter Eigentümerinnen und Eigentümern (15 %).

Beteiligung an Bürgerenergiegemeinschaften vor kommerziellen Unternehmen

Wenn es um die individuelle finanzielle Beteiligung an Erneuerbare-Energien-Anlagen geht, sind Anlagen in Bürgerhand (z.B.

Beteiligungsmöglichkeiten an der Energiewende



■ kommt für mich auf keinen Fall in Frage ■ kommt für mich eher nicht in Frage ■ kann ich mir gut vorstellen ■ habe ich mir fest vorgenommen
■ habe ich bereits gemacht/ist bereits vorhanden ■ davon habe ich noch nie gehört ■ weiß nicht / keine Angabe

Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.145 | * Diese Fragen wurden nur Personen gestellt, die im Wohneigentum leben (n = 1.844) | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt | Zahlen unter 2 % aus darstellerischen Gründen nicht abgebildet

Genossenschaften) im Vergleich zu eher größeren Energieversorgungsunternehmen (z.B. RWE oder EON) etwas beliebter. Während sich knapp die Hälfte der Menschen Ersteres gut vorstellen kann (45 %) oder es sich fest vorgenommen hat (4 %), ist es bei kommerziellen Anlagenbesitzern knapp ein Drittel (30 % und 2 %). Die Möglichkeit zur Beteiligung an einer Bürgerenergiegenossenschaften ist über die Zeit bekannter geworden. Seit 2023 hat sich der Anteil derjenigen, die noch nie davon gehört haben, auf 7 % halbiert. Zusammenfassend zeigt sich eine grundsätzliche Bereitschaft, Maßnahmen in der Energiewende zu ergreifen. Dabei wurden niedrigschwellige Maßnahmen bereits vielfach umgesetzt oder sind gut vorstellbar. Jedoch zeigen die Daten auch, dass je höher die finanziellen Einstiegshürden einer Beteiligungsmöglichkeit sind, desto weniger Menschen haben tatsächlich Zugang zu ihnen.

35 %

im Wohneigentum können sich die Anschaffung einer eigenen PV-Anlage gut vorstellen oder haben es sich fest vorgenommen



74 %

befürworten weiterhin die staatliche Förderung privater Solaranlagen – ein deutlicher gesellschaftlicher Rückhalt

21 Vgl. Statistisches Bundesamt (o. D.). „Energieerzeugung“. (Download 2.7.2026).
22 Vgl. Fürstenwerth, D. (2026). „Umsetzung der gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung und Mieterstrom mit virtuellem Summenzähler durch Verteilnetzbetreiber in Deutschland. Auswertung der Umfrage und Bewertung der Performance der Verteilnetzbetreiber. Berlin. (Download 2.7.2026).

4.2

Infrastruktur mit- tragen: Die Energie- wende vor Ort

Der Ausbau von erneuerbaren Energien und der dafür erforderlichen Netzinfrastruktur ist das Kernstück der Energiewende und trägt gleichzeitig zu mehr Resilienz und Versorgungssicherheit bei. Dabei hat sich Deutschland das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2030 80 % des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. Prognosen zufolge ist dies erreichbar, sofern der beschleunigte Ausbau der Wind- und Solarenergie fortgesetzt wird.²³ Erneuerbare-Energien-Anlagen werden deshalb im Lebensumfeld der Menschen immer sichtbarer. In diesem Kapitel wird in den Fokus genommen, inwiefern die Bevölkerung den lokalen Ausbau von Energieinfrastruktur mitträgt und welche Sorgen sie damit verbindet.

Mehrheitliche Befürwortung von Erneuerbare-Energien-Technologien mit abnehmender Tendenz

Repowering, also der Ersatz von bestehenden Anlagen durch leistungsstärkere, ist unabhängig von der Region in dieser Befragung am beliebtesten: Mehr als drei Viertel der Menschen wären damit im Wohnumfeld einverstanden (78 %).²⁴ Der kontinuierliche Zubau von neuen Freiflächensolaranlagen erfährt ebenfalls breite Befürwortung: Über zwei Drittel der Bevölkerung (69 %) sind mit diesen Anlagen im Wohnumfeld einverstanden. Weiterhin sind knapp zwei Drittel der Menschen in Deutschland mit dem Bau von Geothermie-Anlagen im Wohnumfeld einverstanden (62 %). Am wenigsten, aber immer noch von einer absoluten Mehrheit befürwortet wird der Neubau von Windenergieanlagen im Wohnumfeld (58 %). Gleichzeitig unterschätzen die Menschen diese Befürwortung bei ihren Mitmenschen deutlich – im Schnitt schätzen sie die Befürwortung in Deutschland auf nur 30 %. Auch bekannt un-

ter dem Phänomen der pluralistischen Ignoranz trägt diese Unterschätzung dazu bei, dass sich Befürworterinnen und Befürworter weniger ermutigt fühlen, ihre Meinung zu äußern. Infolgedessen verringert sich die Sichtbarkeit der Zustimmung weiter.²⁵ Es zeigen sich außerdem teilweise große regionale Unterschiede in der Befürwortung. Während Menschen im Westen Deutschlands immer noch mehrheitlich mit dem Neubau von Windenergieanlagen im Wohnumfeld einverstanden sind (63 %), stehen in Ostdeutschland die Befürworterinnen und Befürworter (42 %) einer ähnlich großen Anzahl von ablehnenden Bürgerinnen und Bürgern (41 %) gegenüber. Für alle Erneuerbare-Energien-Technologien sinkt außerdem im Jahresvergleich mit 2023 die Zustimmung. Im Jahresverlauf leicht an Befürwortung gewinnen dagegen Hochspannungsleitungen: Etwas mehr als die Hälfte ist nun damit einverstanden (2026: 52 %, 2023: 47 %).

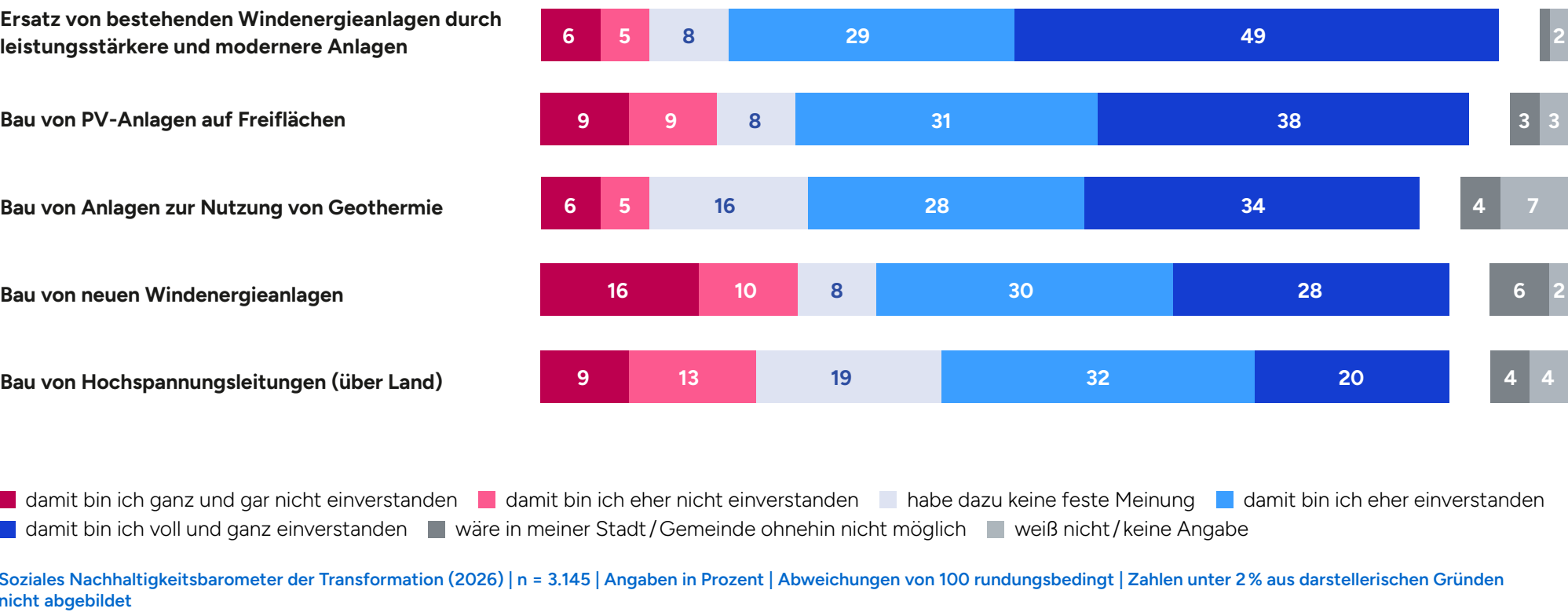
Beteiligungsmöglichkeiten an Anlagen überzeugen ein Drittel der Gegnerinnen und Gegner

Um den steigenden lokalen Widerständen zu begegnen, gibt es vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten an konkreten Energieprojekten. Es wird dabei versucht, durch die Schaffung eines finanziellen Mehrwerts oder die Mitgestaltung im Planungsprozess Konflikte zu entschärfen. Gegnerinnen und Gegner von Anlagen im Wohnumfeld wurden gefragt, unter welchen Umständen sie ihre Meinung ändern würden. Jeweils rund ein Drittel könnte sich eine Zustimmung vorstellen, wenn ihre Stadt/Gemeinde finanziell von den Anlagen profitieren würde (36 %) oder wenn sie selbst die Möglichkeit zur Mitsprache im Planungsprozess hätten (31 %). Die Möglichkeit, sich persönlich finanziell an den Erträgen der Anlagen zu beteiligen, überzeugt dagegen nur rund ein Viertel der Bevölkerung (27 %). Die meisten ablehnenden Bürgerinnen und Bürger könnten sich vorstellen, mit neuen Windenergieanlagen im Wohnumfeld einverstanden zu sein, wenn sie die Anlagen nicht sehen würden (41 %). Gleichzeitig zeigen die Daten, dass vier von zehn der ablehnenden Personen keinen der aufgeführten Umstände als hinreichend wahrnimmt, um ihre Bewertung zu verändern (42 %).

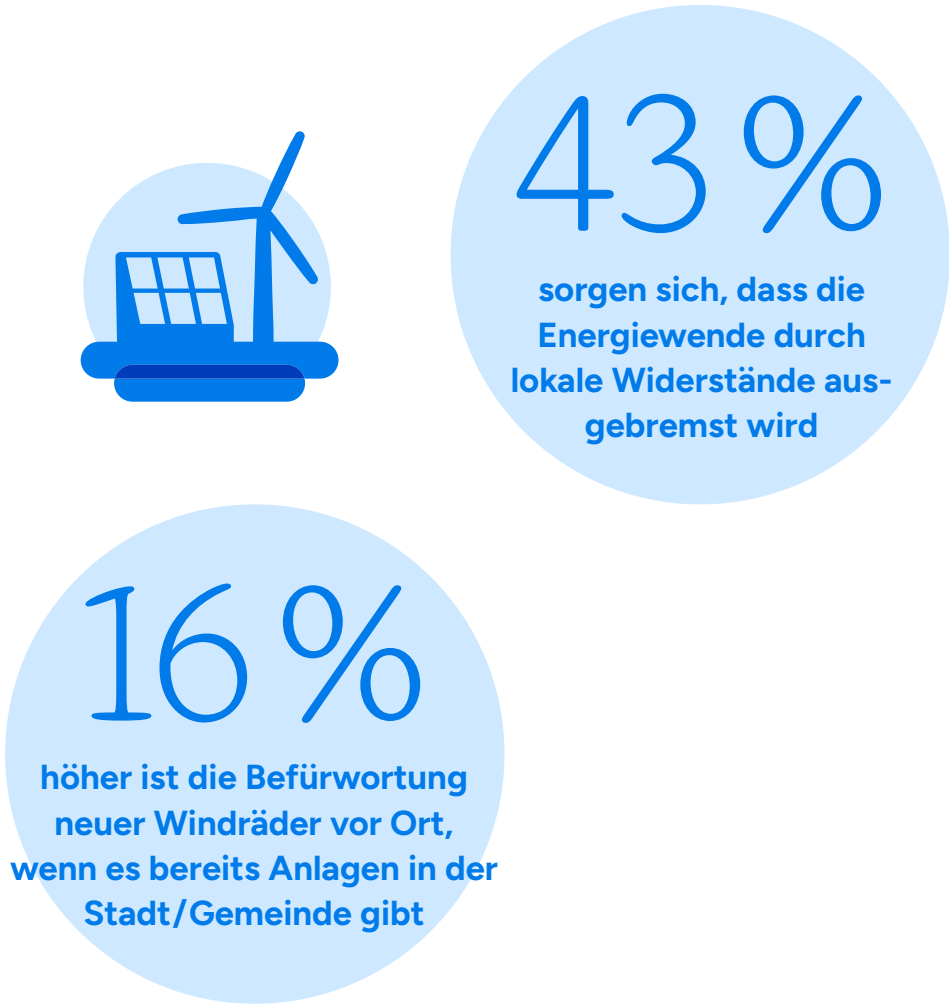
Sorge vor Konflikten und dem Ausbremsen der Energiewende dominiert

Als häufigster Ablehnungsgrund werden befürchtete Konflikte in

Einverständnis zum Bau von Erneuerbare-Energie-Anlagen im Wohnumfeld



der eigenen Stadt oder Gemeinde genannt (32 %). Tatsächlich erlebte Konflikte spielen dagegen eine deutlich geringere Rolle (16 %). Auch die häufig geäußerte Annahme, bestehende Windenergieanlagen führten zu größerer Ablehnung, bestätigt sich nicht. Im Gegenteil werden weitere Anlagen häufiger befürwortet, wenn bereits Anlagen vorhanden sind (67 %), als wenn keine vorhanden sind (51 %). Gleichzeitig bleibt im Bundesdurchschnitt die Sorge bestehen, dass lokale Konflikte den Ausbau der Energiewende insgesamt bremsen (43 %). Jedoch nimmt die Befürchtung zu, dass die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger vor Ort beim Ausbau der erneuerbaren Energien nicht ausreichend berücksichtigt werden (2026: 37 %, 2022: 32 %). Zusammenfassend zeigt sich, dass lokale Infrastrukturen der Energiewende weiterhin die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich versammeln, auch wenn sich der Trend umgekehrt hat: Während die Technologien von 2021 bis 2023 tendenziell beliebter wurden, sinkt die Befürwortung nun. In den Sorgen im Zusammenhang mit der Energiewende zeigt sich ein gesteigertes Ungerechtigkeitsempfinden und die Wahrnehmung einer fehlenden Responsivität gegenüber Bürgerinteressen in der Umsetzung der Energiewende (vgl. Kapitel 3.1).



23 Vgl. Krämer, K., Ortman, K., Kielmann, A., Carstensen, B., Alefs, K., Oehmichen, G., Wortmann, D., Flügel, H. und Medick, J. (2025). „Goal100 Windreport 2025_2“. Berlin. (Download 2.7.26).
24 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.
25 Huttarsch, J.-H., Hosch, A.-K., Matthies, E. & Hofmann, W. (2025). Verborgene Zustimmung: Die öffentliche Unterstützung für Klimaschutz wird systematisch unterschätzt. In W. Hofmann, A.-K. Hosch, J.-H. Huttarsch, E. Matthies, E.-L. Brakemeier & C. Betsch (Hrsg.), Policy Ultra-Briefs aus der Psychologie und angrenzenden Verhaltenswissenschaften, Reihe 1 - Klimaschutz.

4.3

Handlungsbereitschaft in der Verkehrswende

Die Anschaffung eines Elektrofahrzeugs oder anderer elektrischer Antriebstechnologien eröffnet die Möglichkeit, die Transformation im Verkehr aktiv mitzugestalten. Aber auch im alltäglichen Handeln helfen kleine Veränderungen, die eigene Mobilität umweltfreundlicher zu gestalten und damit Treibhausgasemissionen zu reduzieren, z.B. indem man mehr Wege zu Fuß oder mit dem öffentlichen Nahverkehr zurücklegt. Wie die Bevölkerung in Deutschland diese unterschiedlichen Optionen bewertet, wird in diesem Kapitel beschrieben.

Technologische Optionen dominieren das Mobilitätsbild

Im Spektrum möglicher Veränderungen der eigenen Mobilität werden am häufigsten folgende Optionen genannt: Mehr Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad sind für rund vier von zehn Personen (37%) vorstellbar und bleiben damit die wichtigste Handlungsalternative. Gleichzeitig gewinnen technologische Lösungen im Zuge der Verkehrswende deutlich an Bedeutung. Die Anschaffung eines Elektroautos wird gegenüber 2023 nun um 11 Prozentpunkte häufig genannt (27%). Noch immer sieht jedoch ein ähnlich großer Anteil der Menschen für sich keine Möglichkeit für umweltfreundlichere Mobilität (26%). Dass das Elektroauto nun häufiger als persönliche Handlungsoption genannt wird, bedeutet jedoch nicht, dass sich bereits eine Mehrheit eine Anschaffung vorstellen kann. Rund vier von zehn Personen können sich den Kauf eines Elektroautos gut vorstellen oder haben ihn bereits fest eingeplant (39%), knapp die Hälfte lehnt ihn dagegen ab (47%). Beim Hybridfahrzeug zeigt sich ein

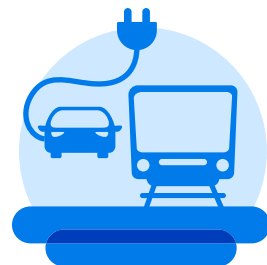
ähnliches Bild (35 bzw. 52%). Ergänzend berichten nur wenige Menschen, bereits ein entsprechendes Fahrzeug zu besitzen (8 bzw. 6%). Die Elektrifizierung des Pkw hat damit an Bedeutung gewonnen, ihre Verbreitung stößt jedoch weiterhin auf deutliche Vorbehalte. Auffällig ist dabei, dass sich trotz der Anfang 2026 eingeführten einkommensabhängigen Kaufprämie weiterhin insbesondere Personen mit geringeren Einkommen eine Anschaffung (eher) nicht vorstellen können. Gleichzeitig wird eine sozial gestaffelte Förderung deutlich stärker befürwortet als eine einkommensunabhängige Förderung (54 gegenüber 34%).²⁶ Dies deutet darauf hin, dass die finanzielle Zugänglichkeit elektrischer Mobilität weiterhin als zentrale Voraussetzung ihrer gesellschaftlichen Verbreitung gesehen wird.

Suffizienz bleibt nachgeordnet

Deutlich seltener werden Veränderungen genannt, die auf eine Verringerung der individuellen Pkw-Nutzung abzielen. Zwar gibt rund ein Viertel (23%) an, weniger mit dem Auto fahren zu wollen, doch liegt dieser Ansatz nur im Mittelfeld der möglichen Maßnahmen. Noch deutlich dahinter folgen strukturelle Veränderungen wie Carsharing oder eine generelle Einschränkung von Mobilität im Alltag. Am Ende des Spektrums steht die vollständige Abschaffung des eigenen Autos, die nur von einer sehr kleinen Minderheit als realistische Option gesehen wird. Dies steht im Einklang mit der Unbeliebtheit des allgemeinen Ziels, die private PKW-Nutzung zu reduzieren (Kapitel 3.4).

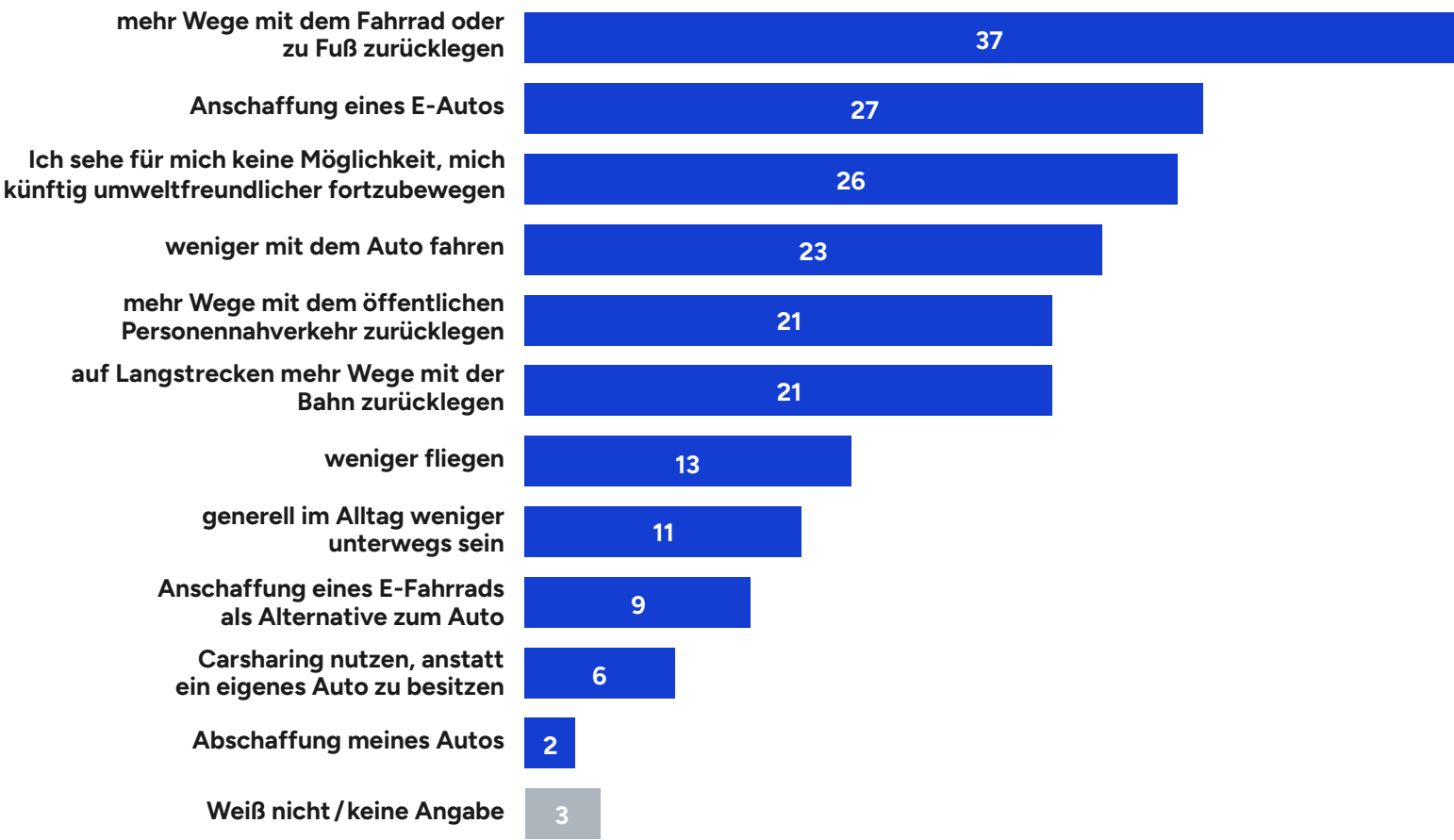
Verkehrswende als Antriebswechsel

Insgesamt zeigt sich ein konsistentes Bild: Die Verkehrswende wird von der Bevölkerung weniger als Verzicht auf individuelle Mobilität verstanden, sondern vor allem als technologische Modernisierung des bestehenden Mobilitätssystems. Während Elektromobilität und andere technische Innovationen breite Anschlussfähigkeit besitzen, stoßen suffizienzorientierte Anpassungen wie der Verzicht auf den eigenen Pkw deutlich häufiger auf Vorbehalte. Ergänzt um eine begrenzte Anpassungsbereitschaft des Mobilitätsverhaltens – etwa mehr Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad – entsteht ein Transformationsverständnis, das auf technologische Innovation setzt (vgl. Kapitel 1.3). Die gesellschaftlich anschlussfähigste Vision der Verkehrswende ist damit nicht die Abschaffung des Autos, sondern dessen technologische Erneuerung.



Vorstellbare Veränderungen des Mobilitätsverhaltens

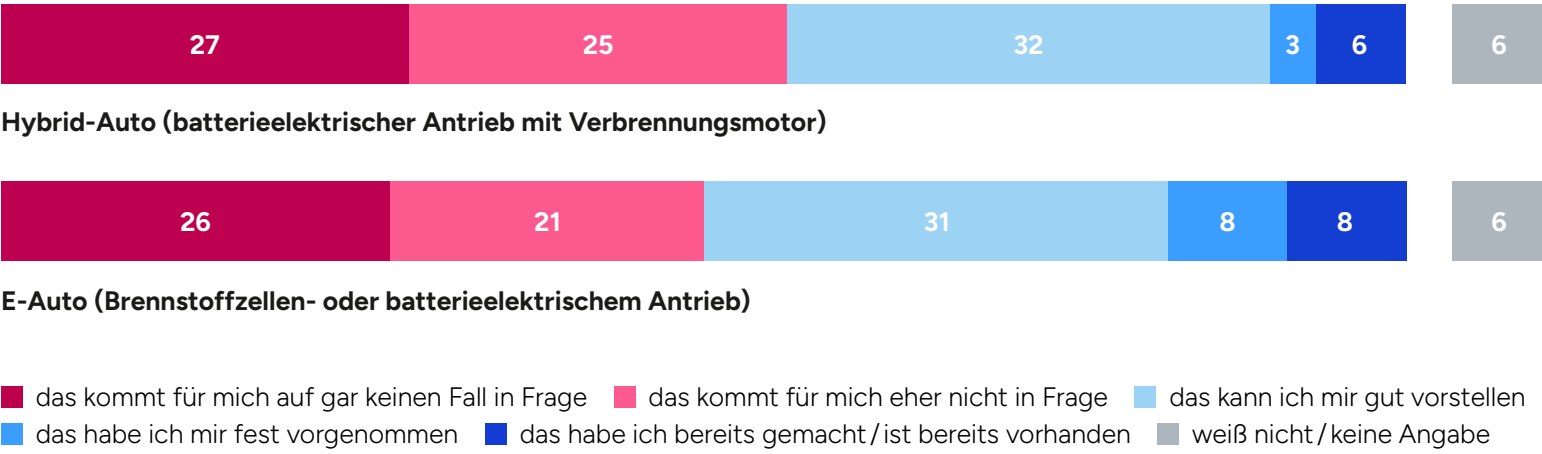
Welche Veränderungen könnten Sie sich am ehesten vorstellen, um sich künftig umweltfreundlicher fortzubewegen?



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.421 | Angaben in Prozent | Mehrfachnennungen möglich

Einstellungen zur Anschaffung eines E- oder Hybrid-Autos

Können Sie sich vorstellen, in den nächsten Jahren folgende Technologien in Ihrem Haushalt anzuschaffen?



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 3.421 | Angaben in Prozent | Antwortkategorie „davon habe ich noch nie gehört“ wurde exkludiert, da gerundet 0 | Abweichungen von 100 rundungsbedingt

26 Wenn allgemein Befürwortung/Zustimmung oder Ablehnung berichtet wird, wurden die Antwortkategorien „eher“ und „voll und ganz“ aufaddiert.

4.4 Handlungsbereitschaft in der Wärmewende

Das Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) als Nachfolgeregelung zum bisherigen „Heizungsgesetz“ (GEG-Novelle 2023/24) soll die Weichen für die Wärmewende in privaten Haushalten in Deutschland stellen. Neben der Bewertung von gesetzlichen Vorgaben für den Ersatz fossiler Heizsysteme (vgl. Kapitel 3.4) geben die Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers auch Aufschluss darüber, inwiefern sich Bürgerinnen und Bürger konkrete energetische Sanierungs- oder klimaneutrale Umrüstungsmaßnahmen im Gebäudebereich vorstellen können oder welche sie bereits unternommen haben.

Grundsätzliche Bereitschaft zum Heizungstausch vorhanden

Für eine relative Mehrheit der Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer scheint ein Systemwechsel im Heizungskeller grundsätzlich infrage zu kommen: Insgesamt vier von zehn Personen können sich die Anschaffung eines mit erneuerbaren Energien betriebenen Heizsystems gut vorstellen (28%) oder haben sich diese fest vorgenommen (12%). Gefragt nach dem Erneuerbare-Energien-System, auf welches man umsteigen möchte oder bereits umgestiegen ist, gewinnen Wärmepumpen (Luft-, Grundwasser- oder Erdwärme) mit zwei Dritteln deutlich. An zweiter Stelle wird die Solarthermie (30%) genannt, gefolgt von Holz (26%) und Fernwärme (18%). Jeweils jede zehnte Person kann sich den Umstieg auf tiefe Geothermie oder Nahwärmenetze vorstellen. Dabei hängt die Umrüstungsbereitschaft mit der allgemeinen Befürwortung der Wärmewende zusammen: Wer diese befürwortet, ist auch mit höherer Wahrscheinlichkeit bereits umgestiegen. Bemerkenswert ist, dass selbst von Haus- und Woh-

nungseigentümerinnen und -eigenthümern, die die Wärmewende eher ablehnen, sich noch knapp über ein Fünftel (21%) den Umstieg gut vorstellen kann.

Fehlende finanzielle Mittel als hauptsächliches Contra-Argument

Für ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger ist der Umstieg jedoch nicht vorstellbar (32%), was sich auch in der relativ hohen Ablehnung eines vollständigen Ausstiegs vom fossilen Heizen bis 2045 zeigt (vgl. Kapitel 3.4). Obwohl es keine bemerkenswerten Unterschiede in der Anschaffungsbereitschaft nach Einkommensgruppen gibt, ist der über alle Gruppen hinweg dominierende Ablehnungsgrund die finanzielle Situation (41%). Für ein Drittel kommt der Umstieg aufgrund kürzlicher Erneuerung der fossilen Heizung (31%) nicht infrage, während wiederum rund ein Drittel angibt, bei seinem derzeitigen fossilen Heizsystem (Gas- oder Ölheizung) bleiben zu wollen (31%). Jede vierte Person, die ablehnt, ist darüber hinaus von einem Wechsel des Heizsystems einfach nicht überzeugt (24%). Als Ablehnungsgründe werden seltener die Wohnsituation (z.B. technische oder bauliche Hindernisse, 16%) oder der Verweis auf ein hohes Alter der betreffenden Personen und damit fehlende Rentabilität einer Erneuerung genannt (3%).

Klimaneutrale Heizsysteme und Gebäudesanierung

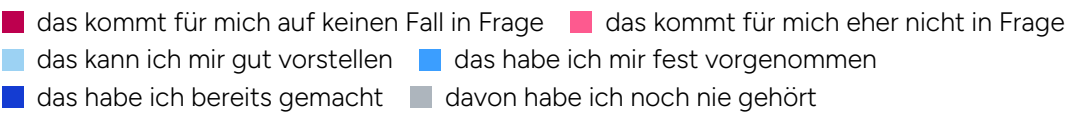
Können Sie sich vorstellen, in den nächsten Jahren folgende Investitionen zu tätigen?



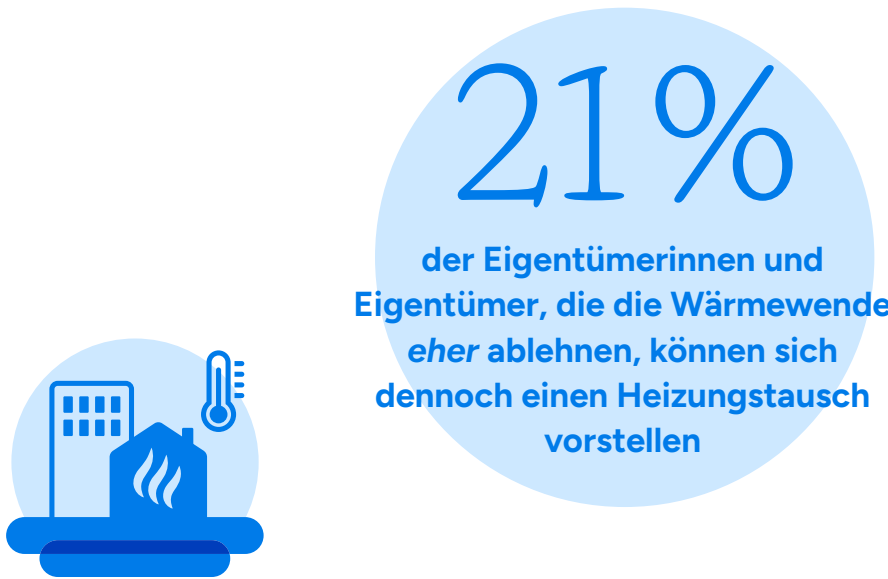
Durchführung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung



Umstieg auf ein klimaneutrales Heizsystem, das mit erneuerbaren Energien betrieben wird



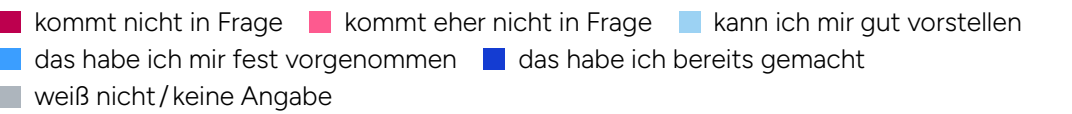
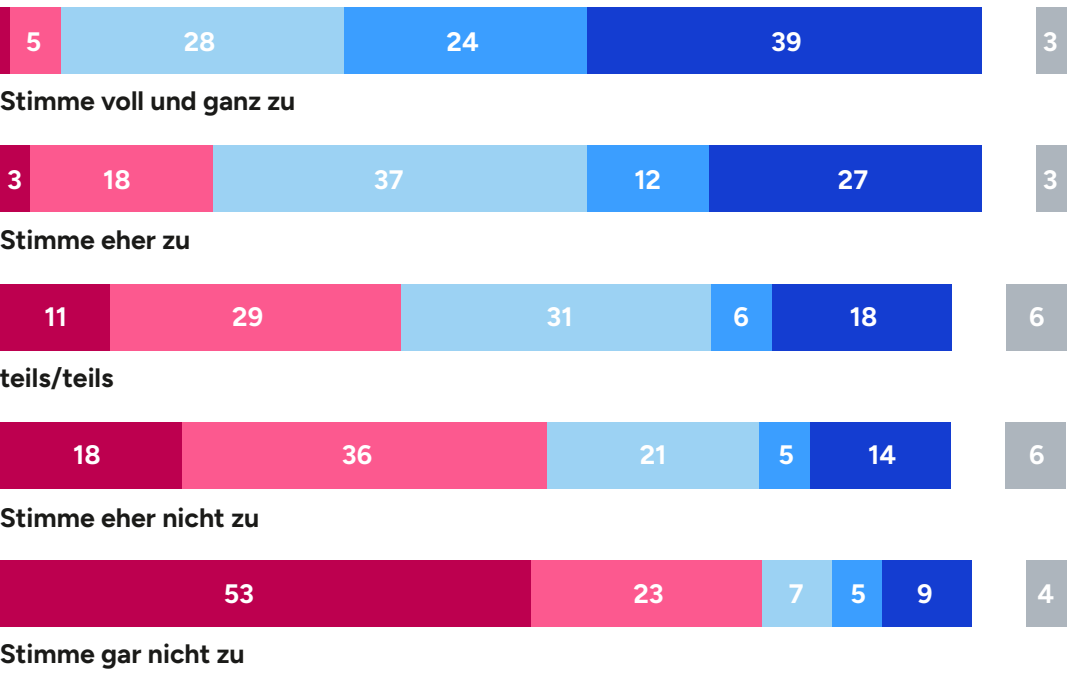
Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | Diese Fragen wurden nur Personen gestellt, die im Wohneigentum leben (n = 1.844) | Angaben in Prozent | Antwortkategorie „davon habe ich noch nie gehört“ wurde exkludiert, da gerundet 0 | Abweichungen von 100 rundungsbedingt



Große Offenheit bei energetischer Gebäudesanierung

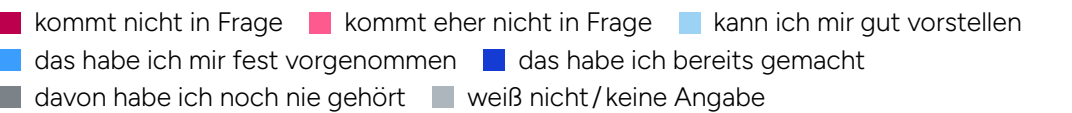
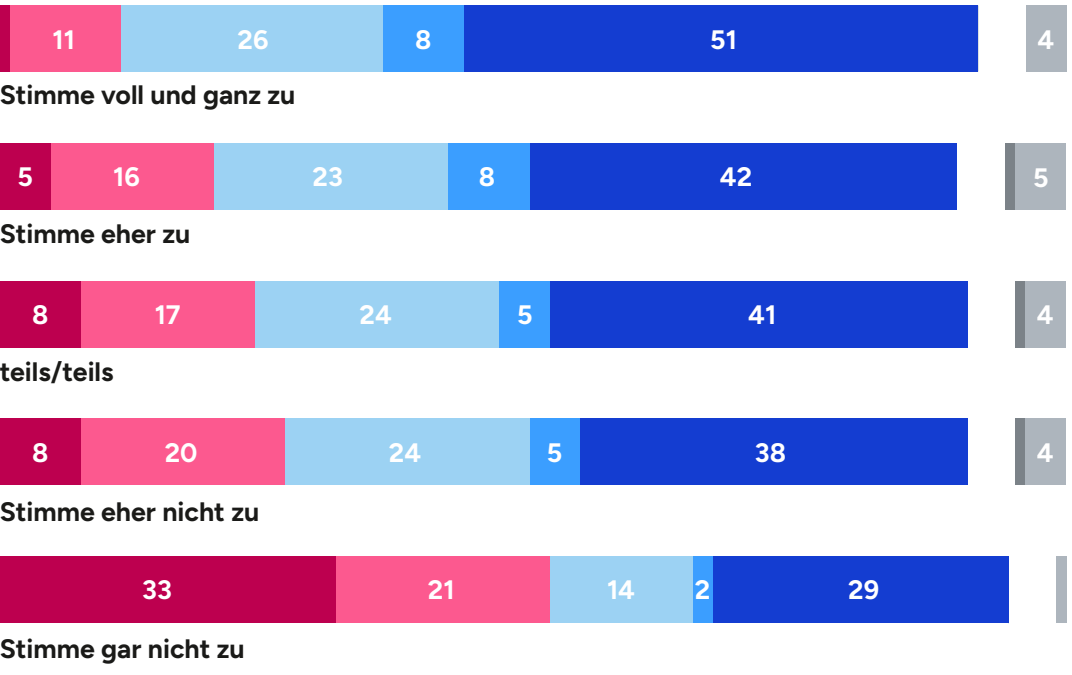
Insgesamt kann sich knapp ein Drittel der Eigentümerinnen und Eigentümer eine energetische Gebäudesanierung entweder gut vorstellen (23%) oder hat sich diese bereits fest vorgenommen (7%). Dabei ist dieser Anteil von Befürworterinnen und Befürwortern der Wärmewende, Unentschlossenen sowie Personen mit leicht ablehnender Haltung relativ stabil und schwankt nur bei denjenigen, die die Wärmewende voll und ganz ablehnen. Vier von zehn Personen berichten sogar, die Sanierung bereits vollzogen zu haben (41%). Dabei ist die Sanierungsquote bei Einkommensschwächeren bzw. der unteren Mitte um 6 Prozentpunkte niedriger. Lediglich für etwa ein Viertel kommen Maßnahmen wie Fenstermodernisierung oder Fassadendämmung (eher) nicht infrage (24%). Bei den genannten einkommensschwächeren Gruppen sind es etwas mehr (29%). Dementsprechend sind die am häufigsten genannten Gründe gegen eine Sanierung die fehlende finanzielle Mittel (52%), gefolgt von Hindernissen durch die Wohnsituation oder bereits ausreichend sanierte Gebäude (34%). Die Sanierung wird von jeder fünften Person abgelehnt, weil sie nicht von der Maßnahme überzeugt ist (21%). Auch bei Maßnahmen der Wärmewende zeigen sich die Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich offen für Investitionen – in Teilen auch unabhängig davon, ob sie die Wärmewende befürworten oder nicht. Zur Finanzierung der zumeist hohen Anfangsinvestitionen sollte der Staat den Bürgerinnen und Bürgern Förderungsprogramme anbieten, um auf diese Weise weitere Potenziale zu heben.

Bereitschaft zum Heizungswechsel nach Befürwortung der Wärmewende



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 1.844 | Angaben in Prozent | Antwortkategorie „davon habe ich noch nie gehört“ wurde exkludiert, da gerundet 0 | Abweichungen von 100 rundungsbedingt | Zahlen unter 2% aus darstellerischen Gründen nicht abgebildet

Bereitschaft zur Gebäudesanierung nach Befürwortung der Wärmewende



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation (2026) | n = 1.844 | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 rundungsbedingt | Zahlen unter 2% aus darstellerischen Gründen nicht abgebildet

Fazit

FAZIT

Zwischen ökologischem Konsens und ökonomischer Unsicherheit

Bestehende Mehrheiten stehen unter Druck

Die vorliegenden Befunde des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers zeichnen das Bild einer Gesellschaft in einem Spannungsfeld. Auf der einen Seite steht ein breiter ökologischer Konsens: Die Realität des menschengemachten Klimawandels wird quer durch die Bevölkerung anerkannt und staatliches Handeln wird mehrheitlich eingefordert. Auf der anderen Seite zeigt sich eine zunehmend kritische Dynamik: Seit 2021 sinken die Zustimmungswerte zur Nachhaltigkeitstransformation; die politische Umsetzung wird als zunehmend bürgerfern, unverständlich und ohne faire Beteiligungsmöglichkeiten an Entscheidungsprozessen kritisiert. Parallel sind wirtschaftliche Sorgen weit verbreitet, während die Sorge vor dem Klimawandel abnimmt.

Es gibt (noch) ein stabiles Fundament

Die große Mehrheit der Bevölkerung erkennt die wissenschaftlichen Fakten des Klimawandels an. Zweifel am Klimawandel werden trotz Zunahme in den letzten Jahren nicht von Mehrheiten geteilt. In der Breite findet die Transformationsdebatte nicht um

das „Ob“ statt, sondern anhaltend steht das „Wie“ im Mittelpunkt. Absolute Mehrheiten fordern mehr politische Anstrengung. Die Bevölkerung bevorzugt politische Rahmensetzung, die Regeln mit Fördermaßnahmen und den Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur kombiniert. Dieser mehrheitliche Rückhalt bildet eine belastbare Grundlage für die weitere Gestaltung der Transformation.

Die Versuchung der Verzögerung

Doch im Schatten dieser Einsichten steht eine zweite gegenläufige Realität: die Versuchung, das ambitionierte Handeln, das eigentlich die logische Folge aus dem ökologischen Konsens wäre, in der Praxis hinauszuzögern. Sie speist sich aus begründeten Sorgen über Kosten, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und persönliche Belastung – durchaus berechtigt, aber zunehmend politisch instrumentalisiert. Diese Bedenken sind auch in der gesellschaftlichen Mitte breit verankert. Die Hälfte der Deutschen ist sich einig: Klimaschutz kostet aktuell zu viel und trifft vor allem die Schwächeren. Parallel dazu schwindet die Zustimmung zu Energie- und Verkehrswende seit 2021. Auch die Forderung nach weiteren politischen Maßnahmen geht zurück – wenngleich noch immer absolute Mehrheiten hinter ihr stehen. Eine als angespannt wahrgenommene wirtschaftliche Situation kann den Nährboden für Verzögerungsdiskurse vergrößern, die Klimaschutz als Bedrohung von Wohlstand und Lebensstandard rahmen. Dieser Befund ist nicht mit Klimawandelskepsis gleichzusetzen. Er zeugt vielmehr von einer grundsätzlich transformationsbereiten Gesellschaft, in der die Menschen aufgrund wachsender Erschöpfung und Frustration zunehmend versucht sein können, die Handbremse zu ziehen.

Das Zeugnis für die Politik: Krise prozeduraler Legitimität

Die schärfste Kritik der Bevölkerung richtet sich nicht gegen den Klimaschutz als solchen – sie gilt der Art seiner Umsetzung. Die Transformation wird in ihrer aktuellen Ausgestaltung vor allem als kurzfristig belastend wahrgenommen – ihre langfristigen Wirkungen eher ambivalent und abwägend bewertet – ein Befund, der darauf hindeutet, dass das Transformationsversprechen eines besseren Lebens bislang nur begrenzt trägt. In dieser Gemengelage hat das Vertrauen in die Bundesregierung gelitten. Bemerkenswert ist, was davon unberührt bleibt: Das Vertrauen in die

Wissenschaft ist weiterhin ausgeprägt und entsprechend spricht sich die Bevölkerung deutlich dafür aus, ihre Erkenntnisse stärker ins Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Es handelt sich also nicht um einen diffusen Vertrauensverlust gegenüber Institutionen im Allgemeinen, sondern um eine Abwendung von der politischen Umsetzung der letzten Jahre. Dort, wo Entscheidungen als undurchsichtig empfunden werden, geht dies offenbar auch mit geringem Vertrauen einher, dass im Interesse der Allgemeinheit gehandelt wird. Exemplarisch steht für diese Einschätzungen das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität: Viele fühlen sich schlecht informiert und bewerten es skeptisch – weder als klimawirksam noch als wirtschaftsstärkend. Die Tendenz in unseren Daten zeigt: Wenn Prozesse zunehmend als teuer, bürgerfern und unverständlich wahrgenommen werden, droht mittelfristig auch die weitere Erosion der gesellschaftlichen Akzeptanz für die Transformation insgesamt.

Ein strategischer Ausweg:

Die glaubhafte Aussicht auf ein besseres Leben

Neben der prozeduralen Legitimationskrise zeigen die Daten eine inhaltliche Weichenstellung: Klimapolitik sollte in einer größtenteils wachstumsorientierten Gesellschaft nicht als Gegenentwurf zur wirtschaftlichen Prosperität konzipiert oder kommuniziert werden. In den Augen der Mehrheit besteht hier kein grundsätzlicher Zielkonflikt – wirtschaftliche Sorgen entstehen dann, wenn die konkrete Umsetzung Chancen wirtschaftlicher Modernisierung verpasst. Maßnahmen, die spürbar das Leben verbessern – bezahlbare Energie, funktionierende Mobilität, sozial gestaffelte Förderungen und die Entlastung einkommensschwacher Haushalte – werden breit getragen. Jene, die primär als Verzicht, Verteuerung oder individuelle Bürde erscheinen, erzeugen Widerstand. Die Klimawirkung einer Maßnahme erscheint vor diesem Hintergrund nicht als ihr erstes Verkaufsargument – vorrangige Prüfsteine im Alltag der Menschen lauten: Werde ich dadurch besser oder schlechter gestellt? Trifft die Maßnahme die Richtigen? Konkrete, erlebbare Verbesserungen von Lebensqualität, Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Sicherheit sollten deshalb ins Zentrum von Maßnahmengestaltung und Kommunikation rücken – nicht weil Klimaschutz sekundär ist, sondern weil er dauerhaft nur gelingt, wenn er den Alltag der Menschen nicht belastet sondern idealerweise verbessert.

Im Mittelpunkt der Transformationsdebatte steht nicht das „Ob“, sondern das

„Wie“

Ein empirischer Weckruf

Trotz der vorhandenen Mehrheiten sind die Daten dieses Berichts kein Grund zur Entwarnung – sie sind ein dringlicher Weckruf. Die gesellschaftliche Mehrheit für die Transformation ist real, aber nicht unerschütterlich. Ihre Erosion verläuft langsam – bis zu jenem Punkt, an dem das „Wie“ wieder zum „Ob“ werden könnte. Dieser Punkt ist noch nicht erreicht. Aber die Richtung ist erkennbar. Bleiben konkrete Verbesserungen im Alltag aus und faire Lastenverteilung ein leeres Versprechen, kann dies die Akzeptanz der Transformation insgesamt gefährden. Was die Stimmungslage in der Bevölkerung einfordert, ist eine Politik, die die Legitimationskrise ernst nimmt und wirtschaftliche Verträglichkeit glaubwürdig und spürbar macht. Dass Deutschland sich dabei in einem globalen Kontext geopolitischer Unsicherheiten, internationaler Konkurrenz und struktureller Umbrüche jenseits klimapolitischen Einflusses bewegt, macht die Aufgabe komplexer. Unsere Daten legen nahe: Wer in diesem Kontext die Transformation als Sündenbock für wirtschaftliche Sorgen erscheinen lässt, vergibt nicht nur eine Chance – er verstärkt Zweifel an einem Wandel, der gerade auf Zukunftsfähigkeit zielt.

Methodik

Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer ist eine Panelstudie, die bereits in den Jahren 2017 bis 2019 und 2021 bis 2023 durchgeführt wurde und schrittweiser konzeptueller Weiterentwicklung unterliegt. Die Erhebung der aktuellen Welle des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Transformation fand im Zeitraum vom 23. März bis zum 13. April 2026 statt. Die Befragung wurde als Onlineerhebung von forsa (forsa.omninet) durchgeführt. Bei forsa.omninet handelt es sich um ein für die deutsche Onlinebevölkerung ab 14 Jahren repräsentatives Panel mit über 150.000 Personen. Die Rekrutierung der Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer erfolgt per Telefon über ein mehrstufiges Zufallsverfahren (ADM-Telefonstichproben-System). Als Grundgesamtheit der vorliegenden Studie gilt die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Befragung wurden zunächst Teilnehmende der vorangegangenen Erhebungswellen des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers (2021 bis 2023) eingeladen. Ausfälle wurden durch ein strukturähnliches Refreshment-Sample ersetzt, das Alter, Geschlecht, Bildung und Region berücksichtigt. Tabelle 1 zeigt die gewichtete Verteilung der soziodemografischen Merkmale in der Stichprobe und in der Grundgesamtheit. Die Nettostichprobe umfasst 6.566 Personen (Bruttostichprobe: 20.771 Personen; keine Teilnahme: 13.100 Personen; Abbruch: 1.105 Personen). Aufgrund des Befragungsumfangs wurde die Stichprobe wie in den vorherigen Wellen zufällig in zwei Gruppen aufgeteilt. Die spezifischen Fragen zu den Themenfeldern „Energiewende“ sowie „Verkehrswende und Wärme-wende“ wurden jeweils nur einer Gruppe gestellt (Energiewende: n = 3.145; Verkehrswende und Wärmewende: n = 3.421). Über beide Gruppen hinweg wurden 4.695 Personen befragt, die mindes-tens an einer der vorangegangenen Wellen teilgenommen haben.

Den Befragungen des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers liegt ein strukturierter Fragebogen mit einer durchschnittlichen Inter-viewdauer zwischen 30 bis 34 Minuten zugrunde. Das Befra-gungsinstrument wurde auf Basis theoretischer Überlegungen zur subjektiven Messung sozialer Nachhaltigkeit entwickelt (vgl. Einleitung). Die Tauglichkeit des Fragebogens wurde mithilfe kog-nitiver Interviews sowie eines quantitativen Pretests vor der Haupterhebung überprüft.

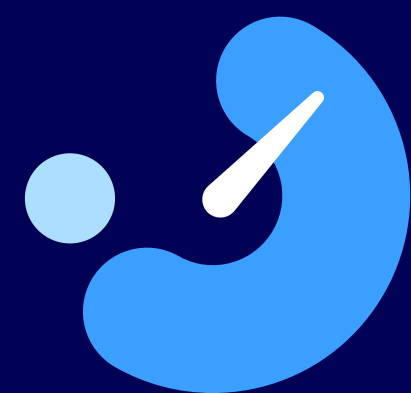
Dadurch, dass an der Befragung nicht alle eingeladenen Personen teilnehmen, kann es zu Verzerrungen in der Stichprobe im Ver-gleich zur Grundgesamtheit kommen. Um die Grundgesamtheit so präzise wie möglich abzubilden, erfolgte eine Gewichtung der Daten mithilfe des Verfahrens des Iterative Proportional Fitting (IPF) an bekannte Strukturdaten der Bevölkerung (bspw. aus dem Mikrozensus). Berücksichtigt wurden dabei die Merkmale Alter, Geschlecht, Bundesland, Bildung sowie der kreisstrukturelle Sied-lungstyp. Zusätzlich wurde für den Teil der Befragten, der Anga-ben zum Wahlverhalten bei einer hypothetischen Bundestags-wahl am nächsten Sonntag (sogenannte „Sonntagsfrage“) gemacht hat, die Verteilung an Daten des Politbarometers ange-glichen. Der IPF-Algorithmus berechnet für jeden Befragten ein Gewicht, welches schrittweise angepasst wird, bis die sogenann-ten „Randverteilungen der Grundgesamtheit“ angenähert werden (s. Tabelle).²⁷

Die Ergebnisse weisen eine statistische Fehlertoleranz auf. Der Ein-fluss der Gewichtung auf diese Fehlertoleranz wurde bei der Be-rechnung berücksichtigt (sogenannter „Designeffekt“). Bei einem Konfidenzniveau von 95 % liegt der maximale effektive Stichpro-benfehler (bei einem Anteilswert von 50 %) für Fragen an die ge-samte Stichprobe bei ca. ± 1,6 Prozentpunkten und für Fragen, die nur den Energie- oder Verkehrs- und Wärmewende-Teilstichpro-ben vorgelegt wurden, bei ca. ± 2,3 Prozentpunkten. Bei tieferge-henden Analysen kleinerer Subgruppen (z.B. Personen mit Wohn-eigentum) fällt die Fehlertoleranz entsprechend etwas höher aus.

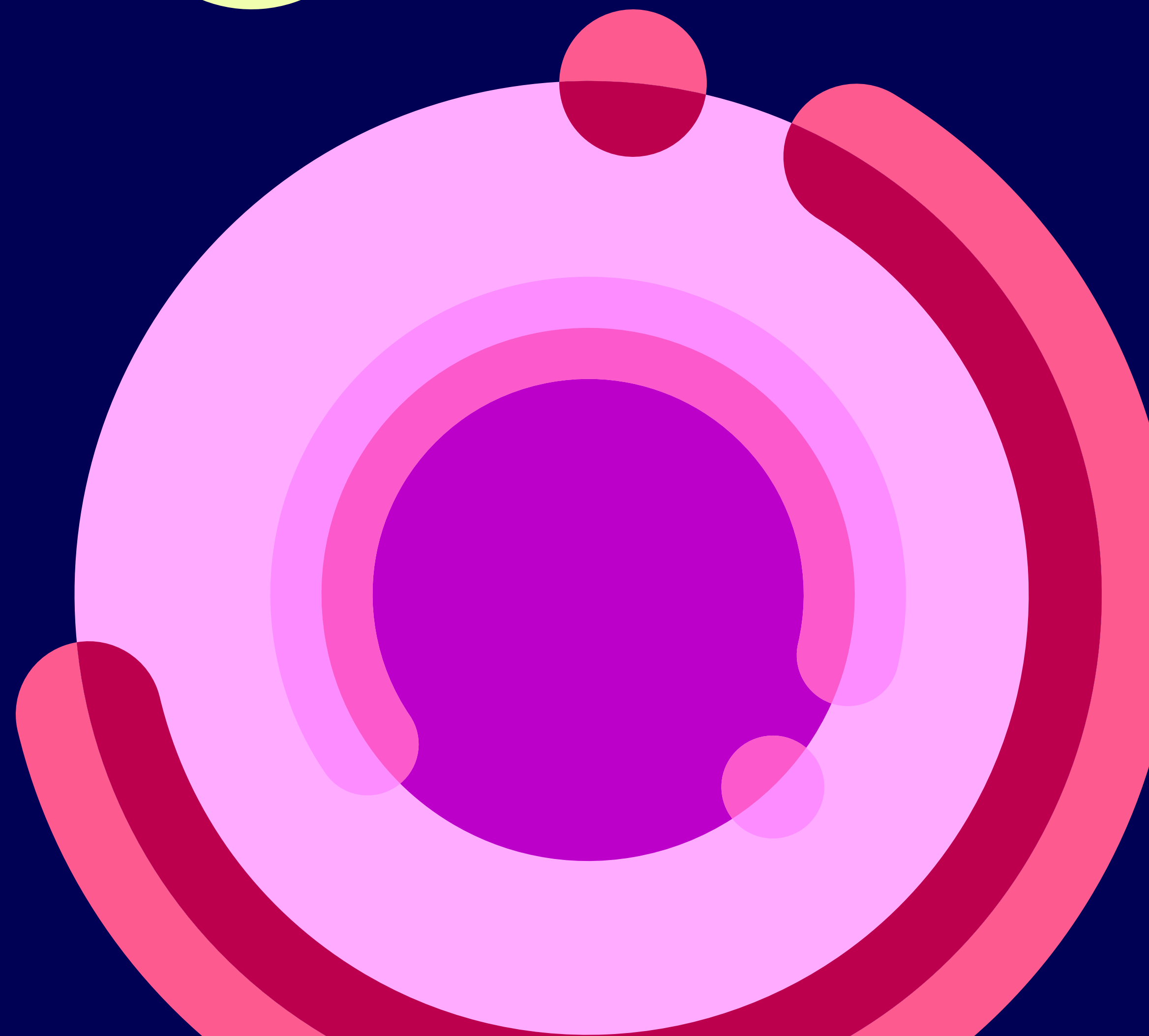
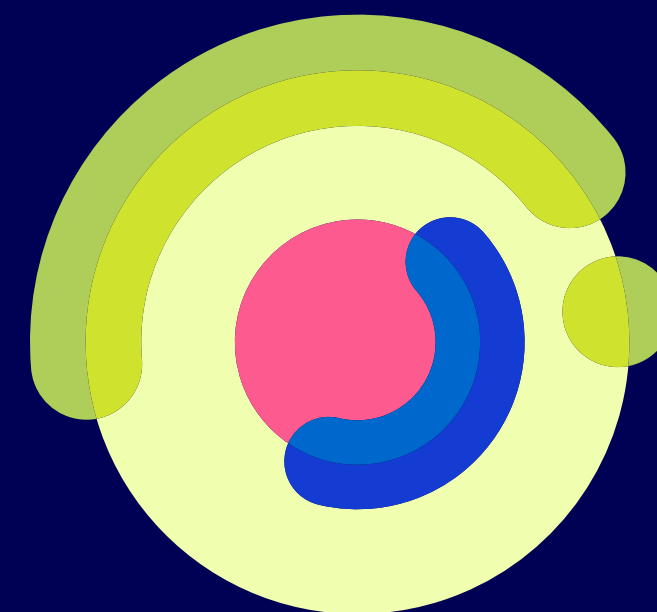
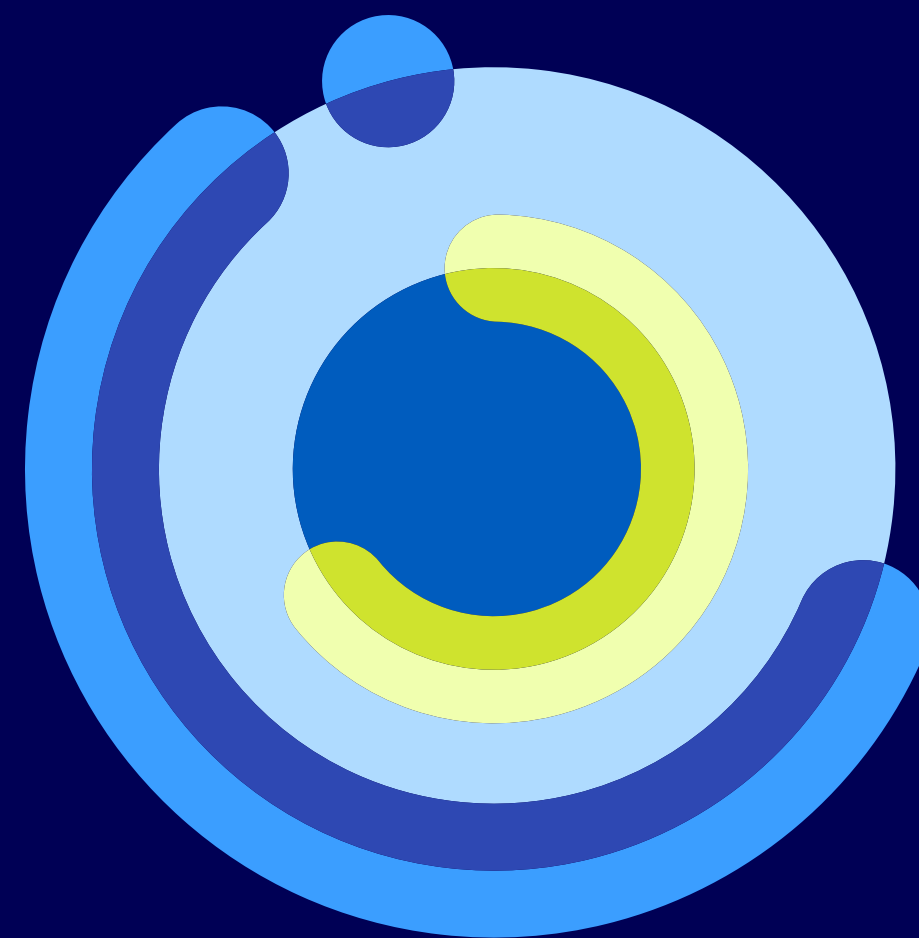
Verteilung soziodemografischer Merkmale in der gewichteten Stichprobe und der Grundgesamtheit

Variable	Merkmalsausprägungen	Stichprobe (gewichtet, %)	Grundgesamtheit (%)
Geschlecht ²⁸	Weiblich	51,1	51,1
	Männlich	48,9	48,9
Alter ²⁹	18–29 Jahre	15,7	15,7
	30–39 Jahre	15,7	15,7
	40–49 Jahre	15,0	15,0
	50–59 Jahre	17,0	17,0
	60 + Jahre	36,6	36,6
Einkommen ³⁰	Einkommensarme	12,3	14,8
	Einkommensschwache Mitte	19,0	17,3
	Mitte im engeren Sinne	53,2	47,9
	Einkommensstarke Mitte	13,8	16,0
	Einkommensreiche	1,7	4,0
Wohnform ³¹	Miete	42,8	58,1
	Eigentum	57,2	41,9
Siedlungsstruktur (nach Kreistyp) ³²	kreisfreie Großstadt	29,0	29,0
	städtischer Kreis	39,0	39,0
	ländlicher Kreis mit Verdichtungsansatz	17,0	17,0
	dünn besiedelter ländlicher Kreis	15,0	15,0
Bildung ³³	Aktuell Besuch einer Schule	1,3	3,6
	Kein Abschluss	0,6	5,7
	Haupt-/Volksschulabschluss	30,0	24,1
	Realschulabschluss	29,8	29,4
	Fachhochschule/ Allgemeine Hochschulreife	36,9	37,2
Wahlabsicht ³⁴	CDU/CSU	21,4	25
	SPD	10,3	12
	DIE LINKE	9,4	11
	Bündnis 90/Die Grünen	18,0	21
	FDP	2,6	3
	AFD	18,0	21
	Sonstige	6,0	7
	Keine Angabe/Gehe nicht wählen/ Nicht wahlberechtigt	14,2	–

27 Für eine ausführliche Darstellung der Methodik siehe Website.
28 Statistisches Bundesamt (2025). „Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Altersjahre, Nationalität, Geschlecht/Familienstand“. (Download 15.6.2026).
29 Statistisches Bundesamt (2025). „Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Altersjahre, Nationalität, Geschlecht/Familienstand“. (Download 15.6.2026).
30 Niehues, J. & Stockhausen, M. (2025). „Wer zählt zur Mittelschicht? Einkommensbasierte Abgrenzung eines uneinheitlichen Begriffs“. IW-Kurzbericht, Nr. 29. Köln/Berlin. (Download 17.06.2026)
31 Statistisches Bundesamt (2025). „Haushalte in Mitwohnungen“. (Download 15.6.2026); Statistisches Bundesamt (2025). „Haushalte in Eigentümerwohnungen“. (Download 15.6.2026).
32 Statistisches Bundesamt (2025). „Regions- und Kreistypen nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2024“. (Download 15.6.2026).
33 Statistisches Bundesamt (2026). „Bevölkerung ab 15 Jahren in Hauptwohnsitzhaushalten: Deutschland, Jahre, Geschlecht, Altersgruppen, Allgemeine Schulausbildung“. (Download 15.6.2026).
34 Z. Wilko, & M. Cantow (2026). „Politische Stimmung mit Daten von ZDF-Politbarometer des ZDF und Forschungsgruppe Wahlen e. V.“. 17.4. (Download 15.6.2026).
Hinweis: Die Anteile der Grundgesamtheit beziehen sich ausschließlich auf Befragte mit valider Parteipräferenz (exkl. Unentschlossene und Nicht-Wähler). Die Anteile der Stichprobe weisen diese Gruppen separat aus, weshalb die Prozentwerte der Parteien hier rechnerisch geringer ausfallen.



Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation



Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Anne Meisiek
Bertelsmann Stiftung
anne.meisiek@bertelsmann-stiftung.de

Luisa Schulze Marquarding
Bertelsmann Stiftung
luisa.marquarding@bertelsmann-stiftung.de

Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ
Berliner Straße 130
14467 Potsdam

Jean Henri Huttarsch
Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ
jean-henri.huttarsch@rifs-potsdam.de

Benita Ebersbach
Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ
benita.ebersbach@rifs-potsdam.de

soziales-nachhaltigkeitsbarometer.de